

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Infections-Epidie**  
 Derzeit für die sechsgepaltenen Kolonien  
 gelte oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Verkaufspreis: 10 Pf., Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 17. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Aus der Schleifsteinzeit.

Die „Post“ hatte sich offenbar vorgestellt, wir würden die schauerlich-tomische Terrorismus-Rede des Oberamtmanns Ring im preussischen Abgeordnetenhaus in schlotternder Angst unseren Lesern verhehlen. Ein Blatt, das jeden Augenblick genötigt ist, Thatsachenmaterial zu unterschlagen, weil es für eine verlorene, nur noch künstlich mit den Zwangsmitteln der Lüge und Verleumdung aufrecht erhaltene Sache fight, kann sich natürlich nicht in den glücklichen Seelenzustand von Leuten versetzen, die nichts zu verstreuen brauchen, weil ihnen die Wahrheit und die Zukunft gehört. Gerade umgekehrt, wie unsere Gegner, die sich nicht gestatten dürfen, nur eine einzige sozialdemokratische Meinungsäußerung unverfälscht wiederzugeben, suchen wir mit besonderer Vorliebe die Ansichten unserer Feinde unseren Gesinnungsgenossen zu übermitteln; denn unsere Feinde sind unsere wirksamsten Agitatoren.

Das vermag die Unternehmerrintelligenz nicht zu kapieren, und so erzählt sie ernsthaft:

„Das sozialdemokratische Parteiblatt hat gegen die Richtigkeit dieser Ausführungen nichts einzuwenden, erkennt daher nicht nur an, daß es die Praxis der sozialdemokratischen Vereinigungen ist, die Arbeiter durch Vorklappung, durch Mißhandlung und selbst durch Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens in ihre Organisation zu pressen, sondern billigt dieses Vorgehen auch offenbar, ja es theilt die Ausführungen des Abg. Ring ausdrücklich mit in der offensiblen Absicht, in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft Kund zu thun, was die Arbeiter, welche sich nicht in die Zwangsorganisation pressen lassen wollen, oder welche sonst sich die Freiheit ihres Entschlusses wahren, zu gewärtigen haben. Das sozialdemokratische Parteiblatt erwartet augenscheinlich, daß die Furcht vor der Macht der sozialdemokratischen Organisationen und vor den Nachtheilen, welchen Widerstrebende ausgesetzt sind, den Muth der den Zwangsorganisationen bisher nicht angehörenden Arbeiter brechen und sie zur willenslosen Unterwerfung unter die sozialdemokratischen Organisationen veranlassen werde. So stark also fählt sich bereits die sozialdemokratische Organisation bei uns, daß sie sich offen zum Zwange gegen widerwärtige Arbeiter mittels Gefährdung ihres Erwerbes, ihrer Gesundheit und ihres Lebens bekennet, und daß sie von diesem Terrorismus die Unterwerfung sämtlicher Arbeiter der beifälligen Erwerbszweige unter ihre Organisation, und damit unter ihre Herrschaft, erwartet.“

Man möchte eigentlich zur Ehre der journalistischen Zunft annehmen, daß dem Verfasser dieser Enthüllungen der Stumm-Dienst einmal zu bunt geworden sei und daß er sich in zurückgebliebener Faszinglaune erdreistet habe, sich über die bekannte Logik seines Herrn und Meisters parodistisch lustig zu machen.

Indessen mag es sich wohl um einen Fall echter journalistischer Selbstentmündigung handeln, und da möchten wir doch dem Herrn v. Stumm freundschaftlich anrathen, sich Flügere Leute für sein theures Geld zu kaufen; denn derartige Dummheiten sind geeignet, seine Sache noch vor der Zeit zu ruinieren.

An den „Vorwärts“-Lesern ist ja doch nichts mehr zu verderben, wenn es auch manche darunter geben mag, die ihn nur aus Furcht abonnieren, weil ihnen sonst — à la Max und Moritz! — gewohnheitsmäßig die Balken durchgefäht werden, auf denen sie stehen. Aber was soll man zu der Unvorsichtigkeit des Herrn Ring sagen, der diese Rede gehalten, was zu der Thorheit der gutgesinnten Presse, die das Anlagematerial geflüstert weiter propagirt — sie machen doch nun die noch nicht versehten Arbeiter, die nicht den „Vorwärts“ lesen, mit den Gefahren bekannt, die ihnen drohen, wenn sie nicht den Organisationen beitreten. Sie hegen einschüchternd — nach der „Post“-Logik — durch die Verbreitung der terroristischen Mittel der Sozialdemokratie die noch „reich-treuen“ Arbeiter geradezu in unsere Reihen hinein. Sie erfüllen die Treugebliebenen mit schlotternder Angst, wie denn die theuren Arbeitswilligen, nach der Meinung der Stummlinge, außer der Gewohnheit grenzenloser Arbeitswilligkeit nur noch die eine schätzbare Eigenschaft haben sollen: ewig zu zittern, zu bangen und zu flennen. Die arbeitswilligen Deutschen fürchten Alles auf der Welt — die Herren Ring und Felsch müssen ihre Leute kennen, und wir sind nicht genötigt, ihnen zu widersprechen.

Allerdings sollten die Herren ihre Auffassung von der thränenfeuchten Männlichkeit ihrer Arbeiter nicht übertragen auf die Leute, die sie garnichts angehen, auf die uns „Verfallenen“. Das thun aber die „Berliner Neuesten Nachrichten“ in ihrem sensationellen Schauergemälde, das sie betiteln „Die Leibeigenschaft der deutschen Arbeiter“.

Leibeigene sind nicht etwa die Landsklaven Ostindiens, nicht die Horigen Saarabien, nicht die Unterbeamten, die mit ihrer Arbeitskraft auch ihre Gesinnung verkaufen müssen, — nein, es sind die — Sozialdemokraten selber:

„Man vergegenwärtige sich das Bild: auf der einen Seite ein Arbeiter, der dem Vertreter der Staatsgewalt gegenüber mit Thränen in den Augen bekennet, daß er nicht nur in seiner materiellen Existenz, sondern an Leib und Leben bedroht ist, wenn er nicht zur Streikasse zählt, d. h. an die Sozialdemokratie eine Steuer entrichtet, wie der Staat sie von den Arbeitern zu fordern längst nicht mehr wagt. Daneben befindet dieser Steuerpflichtige der Sozialdemokratie sich aber auch noch unter der sorgfältigen polizeilichen Aufsicht der letzteren, die ihn auch für die Dauer seiner Arbeitslosigkeit nicht aus den Augen läßt. Die berühmten Register der heiligen Inquisition sind garnichts einer solchen Organisation gegenüber. Die erstere beschäftigte sich doch nur mit einigen hundert Personen, die als Ketzer oder politisch verdächtig waren, die Register der

Sozialdemokratie schlagen den gesammten deutschen Arbeiterstand mit allen Familienangehörigen in Ketten und Banden; sie gestatten ihm die Verhätigung keiner anderen Gesinnung als der ihm von der Sozialdemokratie vorgeschriebenen; seine und seiner Familie Existenz ist rettungslos verloren, wenn er es wagt, an diesem Hörigkeitsverhältnis zu rütteln. Es ist dies eine Sklaverei, in der sich die gesammte deutsche Arbeiterschaft befindet, wie man sie am Ende des 19. Jahrhunderts kaum für möglich halten sollte.“

Das ist noch nicht die ganze entsetzliche Wahrheit! Diese armseligen Sklaven fühlen nicht einmal mehr, wie elend sie sind. So weit ist es gekommen! Sie empfinden sich im Gegentheil als freieste Männer, als Genossen im Freiheitskampfe der Menschheit. Und sie bedauern die Leibeigenschaft der anderen. Eine Verdrehung aller Begriffe — ein Lohhauszustand — eine ruchlos verkehrte Welt! Diese Kernsten der Armen würden mit allen Mitteln sich der edelmüthigen Absicht der Ring-Männer widersetzen, sich von ihnen befreien zu lassen.

Welches Mittel giebt es nun gegen diesen Freiheitsabscheu, diesen Leibeigenschaftsanatismus der Arbeiter! Bekümmert klagen die „Berliner Neuesten Nachrichten“, daß der absolute Staat selbst nach dem Zusammenbruch von 1807 nicht so ohnmächtig gewesen sei, wie der heutige parlamentarische Staat. Also zurück zu Jena! Die „V. R. N.“ schildern dann begeistert diesen absoluten Staat nach dem Zusammenbruch:

„Den deutschen Arbeitern muß ihre Freiheit zurückgegeben werden. Der Staat hat die Pflicht, dieser heutigen Leibeigenschaft ebenso wie einst der früheren ein Ende zu machen und mit fester Hand ein System zu zerbrechen, das jetzt schon fast mehr als einen Staat im Staate darstellt.“

Hier handelt es sich um eine erlösende That, die auf ihren Vollbringer wartet!

Wir wußten es längst. Die Reaktionen von heute sehnen sich nach dem inneren Jena, wie ihre Ahnen einst der französischen Diktatur jubelten und es den Umstürzern überliehen, national zu denken.

Sie schmachten nach der absoluten Fremdherrschaft — der kapitalistischen Ausbeutung. —

### Dresdener Buchthauskurs.

#### Offizielle Fälscher.

Die Darstellung, welche das sächsische Regierungsorgan „Dresdener Journal“ über die Urtheilsgründe im Landfriedensbruch-Prozess gab, stellt sich jetzt vollends als grobe Fälschung heraus. Wir hatten gleich bei unserer telegraphischen Uebersetzung der Auslassung des „Journal“, von der es ganz unklar war, was sie eigentlich vorstellen sollte, geflüstert von einem offiziellen Artikel, nicht etwa von einer Wiedergabe der Urtheilsbegründung gesprochen, wie es die reaktionäre Presse that. Jetzt wird nachgewiesen, daß der Artikel geradezu eine Fälschung ist.

Das „Journal“ leitete seine Schilderungen mit den Worten ein: Die Hauptverhandlung nahm drei Tage in Anspruch; sie ergab ein grauenhaftes Bild der Vergeßlichkeit der „Organisirten“ gegen die „Nichtorganisirten“. Der Thatbestand ist im wesentlichen folgender:

Die Einleitung sollte zu der Meinung führen, daß die folgende Schilderung auf den Ergebnissen der Gerichtsverhandlung beruhe. Wir hatten sofort die Einseitigkeit der Schilderung aufgedeckt. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ aber ist jetzt in der Lage festzustellen, daß die angebliche Schilderung des Thatbestandes in der sogenannten Begründung des Urtheils bis auf die fortgelassenen formellen Altenhinweise

#### Wörtlich der Anlagenschrift entnommen ist.

Hinzugefügt, so bemerkt die „S. A. Z.“, ist dann nur noch die Mittheilung, daß die verammelte Menschenmenge auf 3-400 Mann geschätzt worden sei, und eine möglichst schwarz gefärbte Schilderung der Leiden des Klemm jun. und des Eindrucks, den er vor Gericht gemacht habe. Dabei ist der Kniff gebraucht worden, diese eigenen Thaten des Urtheilsschreibers dem Auszuge aus der Anlagenschrift ohne Abjag anzuhängen, so daß der unbefangene Leser umso mehr den Eindruck gewinnen muß, er habe es in dieser ganzen Auseinandersetzung mit richterlich gesichtetem Beweismaterial zu thun. Das offiziöse Organ hat also an Stelle des durch die Beweisaufnahme festgestellten Thatbestandes — der vielerlei Milderungsstände für die Angeklagten aufwies — die Anlagenschrift, welche alle belastenden Momente besonders hervorzuheben pflegt, untergeschoben. Eine offensibare Täuschung der öffentlichen Meinung!

Glaubt das sächsische Regierungsorgan etwa, nur mit Lug, Trug, Täuschung und Fälschung die Härte des Dresdener Urtheils zu vertheidigen zu können?

Dabei vermag nicht einmal die Anlagenschrift, die den Verhandlungen vorausgeht und nur das einseitige Belastungsmaterial enthält, den Eindruck zu erwecken, daß das furchtbare Urtheil auch nur entfernt der Schwere des Vergehens angemessen sei. Wie grell würde erst der Widerspruch nach den Ergebnissen der Verhandlung herdoortreten!

Die reaktionäre Presse, an ihrer Spitze das Dresdener Regierungsblatt, hat also die Verurtheilung der Angeklagten ausgesprochen, bevor sie gehört waren. Für sie gab es nur Verdammte von Anfang an. Die Anlagenschrift genügt für sie, es bedurfte für die Reaktionen nicht nur nicht der öffentlichen Verhandlung, sondern überhaupt keiner Verhandlung mehr!

Die „Soziale Praxis“ des ehemaligen Ministers von Berlepsch gesteht, daß sie mit tiefer Erschütterung das Urtheil gelesen hat: Die That trübenner Häßlichkeit erfordert Sühne: die Angeklagten hatten sich schwer vergangen, sie mußten harter Strafe gewärtig sein, das erforderte die Gerechtigkeit. Aber diese Strafe überschreitet doch weit jedes zulässige Maß; sie könnte nicht schlimmer sein, wenn jeder von den Verurtheilten ein im Zorn vernichtetes

Menschenleben auf dem Gewissen hätte — ja wie oft wird ein Todtschlag milder bestraft!...

Wir können es verstehen, daß... in der Arbeiterwelt das Dresdener Urtheil die Ueberzeugung befestigt, die herrschenden Klassen hätten den Anlaß benutzt, ein Exempel draconischer Strenge zu statuieren. Thatsache ist, daß die Erregung nicht nur in sozialdemokratischen, sondern in allen Arbeiterkreisen sehr tief geht...

Daß gerade in Sachen die Gegensätze zwischen Bürgerthum und Arbeiterbewegung besonders scharf sind, ist bekannt; ein Urtheil wie das über den Löbtauer Baukrawall zeigt die Gefahr dieser Zerklüftung eines Volkes in bedrohlichem Lichte. — Nachträglich erhalten wir Kenntniz von einer offiziellen Darstellung des Prozesses im „Dresdener Journal“; wir haben indeß keine Veranlassung, an unserer Auffassung etwas zu ändern.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

#### Der Reichstag

verbraucht auch noch drei Viertel der heutigen Sitzung, um die Invalidenversicherungs-Vorlage in die Kommission (von 28 Mitgliedern) zu befördern. Ueber das Gesetz selbst wurde nichts Neues mehr gesagt. Es wurde eigentlich nur noch über die gehaltenen Reden debattirt. Und da unsere Partei verhältnismäßig angerempelt und angerümpelt ward, so bedurfte es noch einer Generalabrechnung, die von Singer prompt und con amore besorgt wurde. Besonders wirksam war der Nothheits-Spiegel, welchen er den Herren Junkern und Junkerengossen vorhielt, und seine Brandmarkung des Dresdener Buchthausurtheils. Herr Lieberman von Sonnenberg, der gestern gezeigt hatte, daß er die Geschäftsordnung nicht kennt und das Dresdener Buchthausurtheil bewundert, zeigte heut, daß er die deutsche Sprache nicht kennt, denn er klagte uns der Unwahrheit an, weil wir seine der Wahrheit ins Gesicht schlagende Behauptung, wir hätten den Löbtauer Landesfriedensbruch nicht getadelt, eine Billigung des Dresdener Buchthausurtheils genannt haben. Etwas Logik, Herr Lieberman. Und etwas Unterricht in der deutschen Sprache!

Inzwischen hatte Herr von Hohenlohe sich eingefunden, mit einem Schwarm von Bundesraths-Mitgliedern. Es galt das der Johannsen'schen Interpellation. Es war schon 1/2 Uhr. Aber da der Herr Reichskanzler sich die Mühe genommen hatte, da zu sein, so mußte er auch sein Sprüchlein sagen. Dem Präsidenten gefragt, ob er gleich antworten wolle, erklärte er kurz, daß er die Interpellation, weil sie eine rein preussische Angelegenheit sei, nicht beantworten könne. Sprach's und zog ab, mit den anwesenden Bundesrathslern im Gänsemarsch hinterdrein. Es war eine prächtige Szene für den „Wahren Jakob“. Das Haus beschloß hierauf mit großer Mehrheit eine Besprechung der Interpellation und Johannsen erhielt nun das Wort zur Begründung. Trotzdem er sichtlich unwohl war und mühsam am Stöße ging, hielt er eine fünfviertelstündige Rede, die von seinem Standpunkte aus vortrefflich war. Das war die Sprache der ehrlichen Ueberzeugung, und wenn er die Leute, die von dänischen Verschwörungen faszeln, ohne Umschweife für Lügner erklärte, so war das vielleicht nicht „parlamentarisch“, aber wahr.

Nach Johannsen's Rede vertagte sich das Haus. Morgen Fortsetzung, und dann Anträge aus dem Haus — falls Zeit bleibt. —

#### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt heute nach kurzer Debatte den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, sowie den Entwurf eines preussischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Im Verlaufe der Diskussion kündete der Justizminister Schönstedt für diese Session noch Ausführungs-gesetze zur Zivilprozess-Ordnung, zur Grundbuch-Ordnung, zum Gesetz über Zwangsversteigerungen, zum Handelsgesetzbuch sowie den Entwurf eines Gesetzes über eine neue Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Rotare an.

Morgen wird der Etat des Ministeriums des Innern weiter beraten. Außerdem steht der Etat der Zentral-Genossenschaftskasse auf der Tagesordnung. —

#### Die Militärbehörden im Buchthaus

möchten die toll reaktionären „Dresdener Nachrichten“ schiden. In einem Gedanken-austausch im „Briefkasten“ wird folgende Schilderung von Boykott entworfen:

„Haben die Herren vielleicht eine Ahnung davon, was dies eine Wort zu bedeuten hat? Wollen wir zu ihren Gunsten annehmen, daß dieselben die Tragweite dieses furchtbaren Wortes garnicht ermessen können! Nur das Eine sei gesagt, es ist das schwerste Verbrechen, das es giebt, und es giebt keine Strafe, die schwer genug ist, dieses Verbrechen zu bestrafen. Wer hat denn, so fragt man, mit diesen Unglücklichen, die davon betroffen werden, Mitleid? Mit den armen Familienältern, die mit einem Schlage ihrer Existenz beraubt und mit Weib und Kind in die bitterste Noth gestürzt werden? Hat man diese armen Kinder schon gezählt, die durch diese furchtbare Maßregel ein elendes Dasein fristen müssen; hat man danach gefragt, welche entsetzlichen Sorgenstunden so ein armer boykottirter Geschäftsmann und Familienvater durchgerungen hat und wie viele ganze schlaflose Nächte derselbe auf seinem Lager mit diesen qualvollen Sorgen durchwacht hat? Nun, so frage man einmal, und jeder rechtsschaffene ehrenhafte Mensch wird sagen: hier müssen unbedingt die schwersten Strafen angewendet werden, denn wo sollte das hinführen, wenn hunderte von unschuldigen Menschen um Gab und Gut und ins

bitterste Leid gestürzt werden können. Ein jeder steht unter dem Schutze des Gesetzes, die Behörden haben nicht bloß das Recht, sondern sogar die Pflicht, den durch Boykott Bedröhten zu beschützen, und da der Boykott das schwerste Verbrechen ist, so müssen auch die schwersten Strafen dagegen angewandt werden. Boykott ist noch schlimmer wie Mord, da durch denselben ein lauges, qualvolles Leid ganzer Familien erzeugt wird."

So klagt der Einfiedler und die Briefkasten-Redaktion nennt das einen „recht zu Herzen gehenden Nothschrei aus der Tiefe eines gequälten Herzens“.

Es giebt nun mancherlei Boykott. Der Antisemit fordert auf: Kauf nicht bei Juden! Der Deutsch-Chauvinist: Meidet Polen und Dänen! Die Regierung boykottiert oppositionelle Blätter. Landräthe verhängen die Sperre über Wirtschaften, die für mißliebige Parteien ihre Säle hergeben, und Herr Bobbiestki setzt auf die Lektüre des „Deutschen Postboten“ oder das Am-gleichen-Lische-fischen mit Sozialdemokraten die Todesstrafe der Entlassung. Boffe boykottiert jüdische Lehrerinnen und sozialistische Schuldeputations-Mitglieder, von dem Berliner Oberbürgermeister-Boykott nicht zu reden. Am durchgreifendsten und prinzipiellsten aber wendet doch die Militärbehörde die Waffe des Boykotts an.

Ob sie es einsehen wird, daß Boykott noch schlimmer ist wie Mord.

Es begegnet unseren Feinden stets dasselbe Ungemach, was Herrn v. Posadowsky jüngst passiert sein soll. Er ging aus, um ein Königreich zu suchen und fand eine Gefasin. Er spürte nach Material für Arbeiterterrorismus, und er entdeckte den Unternehmerterrorismus. Und jetzt muß er seinen Mh geradezu martern, um eine Zuchthausvorlage für — Arbeiter zu begründen.

### Die schwarzen Listen.

Dieses Verfehmungssystem hat Vertheidigung und Verherrlichung gefunden bei unseren Richtern. Das ist das neueste Ereignis in dem ereignisreichen Wallen preussischer Justiz.

In einer am 24. September 1898 in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung freilebender Holzarbeiter war von einem der Ausständigen öffentlich die Behauptung aufgestellt worden, daß die Unternehmer in einem früheren Falle von der Polizeibehörde schwarze Listen erhalten hätten. Berufserklärung der Arbeiter also mit Hilfe der Polizei! Diesen Vorwurf hat der betreffende Arbeiter auch in einer späteren Versammlung wiederholt. Vom Staatsanwalt deswegen unter Anklage gestellt, wurde der Angellagte vom Gericht freigesprochen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist in der Lage, die Begründung dieses freisprechenden Urtheils mittheilen zu können. Eine Stelle desselben verdient der breitesten Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Es heißt da:

„... Es mag nun dahingestellt bleiben, ob überhaupt und speziell durch die vorkommende Zeugenaussage die Wahrheit der von dem Angellagten behaupteten Thatfache für erwiesen (1) gelten kann; denn die unter Anklage gestellte Verurteilung kann weder formell noch materiell als eine Verleumdung im Sinne der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuchs angesehen werden.“

Die Polizeibehörde ist im sozialen Interesse (2) zweifellos befugt, in ruhigen Zeiten eine Ueberwachung der Arbeiterbevölkerung nach der Richtung hin einzutreten zu lassen, daß sie zur Erhaltung guter Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern den letzteren die Namen derjenigen Arbeiter bezeichne, deren schädlicher Einfluß auf die übrigen Arbeiterelemente (3) auf die Dauer eine erhebliche Störung der größeren Betriebe befürchten läßt.

Wird nun diese im Geheimen vorzuziehende (4) und flüchtige Differenzen verhängende (5) Thätigkeit der Polizeibehörde von irgend jemand erwähnt, so hat er dazu ebenso ein Recht, als wenn er behauptet, daß das Publikum auf den Straßen nicht schuldig sei, weil eben die Polizei-Organen jeden, der die öffentliche Sittlichkeit störe, unverzüglich beschneidern. Es handelt sich also im vorliegenden Falle nicht um die Behauptung einer Thatfache, welche die Behörde verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist.

Dies ist hier um so weniger der Fall, als die Erklärung des Angellagten nur zu dem Zwecke geschah, den Arbeitgebern klar zu machen, daß sie in Folge der geheimen sogenannten schwarzen Listen nicht schuldig seien gegen die angebliche Terrorisirung der Arbeiter.“

## Der zukünftige Krieg.

I.

Ein Bauhauer Künstler, Herr Johann Bloch, oder wenn man will, Erzelenz Staatsrath Johann von Bloch, hat unter obigem Titel ein Werk in russischer Sprache erscheinen lassen, welches demnächst auch in deutscher und französischer Uebersetzung dem europäischen Publikum zugänglich sein wird. Herr Marawjew, der russische Minister des Aeußeren, hat der guten Frau Vertha Sutinier zu ihrem Leidwesen erklärt, daß, wenn etwas den Jaren beeinflusst haben sollte, es dieses Werk war und nicht ihr so schöner Roman „Die Waffen nieder“. Das Werk wird also voranstehend, sobald es in deutscher Sprache vorliegt, gleichlichen Stand aufzuweisen. Uns, denen Vätern Jar alles andere, nur keine Autorität ist, interessiert das Werk, nicht weil es mit dem Jaren in Zusammenhang gebracht wird, sondern aus dem Grunde, weil es eine Verhätigung dessen bietet, was die Sozialdemokratie bereits seit Jahrzehnten über den Militarismus gesagt hat.

Das Werk ist in der That mit ungeheurem Fleiße gearbeitet und die Angaben sind durchweg zuverlässig. Der Verfasser geht in der Weise vor, daß er im ersten und zweiten Bande den Krieg zu Lande, im dritten den Krieg zur See behandelt; im vierten Bande die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Militarismus und eines etwaigen europäischer Krieges schildert, im fünften sodann die Möglichkeit eines internationalen Schiedsgerichtes erwägt und die praktischen Fragen untersucht, um nachzuweisen, daß ein Krieg überhaupt keine Lösung darbietet, während der schäste Band ein Resümee der übrigen ist und außerdem einige politische Spekulationen in Form einer Verhandlung von Staatsmännern enthält.

Wir wollen an der Hand des Buches im Nachstehenden den Militärgang Revue passieren lassen und uns die Schlussfolgerungen des Herrn Bloch näher ansehen.

### Die Entwicklung der Waffentechnik.

Die Fortschritte in der Technik der Feuerwaffen sind allgemein bekannt, es genügt an dieser Stelle auf die vorläufig erzielten Resultate kurz hinzuweisen: Das kleinstalbrige Gewehr hat nicht nur eine größere Tragweite und Durchschlagskraft, es hat vor allem eine größere Genauigkeit, d. h. die Geschosse dieses Gewehres bestreichen eine ungleich größere Fläche: Das Geschöß des acht-Millimeter-Gewehres segt auf der Distanz von 600 Metern alles hinweg, das Geschöß des bereits erprobten fünf-Millimeter-Gewehres, bestreift eine Distanz von 1100 Metern. Auf weite Entfernungen hat das Gewehr eine ungleich größere Durchschlagskraft: Während nämlich

So das selbst im Zuchthaus nur geradezu bewundernswürdige Urtheil eines Gerichts. Die „Begründung“ sagt mit einfacheren Worten nichts mehr und nichts weniger, als daß die Polizei die moralische Verpflichtung hat, eventuell auch durch Vermittelung schwarzer Listen den Unternehmern unzufriedene Arbeiter — deren „schädlicher Einfluß“ — und damit unter Umständen Streiks vom Halse zu halten. Da braucht man sich allerdings nicht mehr zu wundern, wenn kein Staatsanwalt gegen solche Unternehmer einschreitet, die schwarze Listen kopirieren. Was bei den Arbeitern, wenn diese es thun, strafbare Verurteilung ist, das ist, wenn es Unternehmer und Behörden in deren Diensten thun, eine Handlung im Interesse des sozialen Friedens.

## Deutsches Reich.

### Die einheitliche Regierung.

Die „Kat.-Zit. Rev.“ schreibt: „Den Gründen, welche von verschiedenen Seiten für Veränderungen in der Staatsregierung angeführt werden, wird, wie man uns von wohlwollenderer Seite mittheilt, eine derartige weitergehende Bedeutung an maßgebender Stelle nicht zugestanden, wenn auch über die Zuträglichkeit der Vorläufige, die zu solchen Annahmen geführt haben, weder innerhalb noch außerhalb des Parlaments Zweifel irgendwo bestehen dürften.“

Die Minister sind sich darüber einig, daß Uneinigkeit unter ihnen dem Gesundheitszustand des Gesamtministeriums nicht zuträglich sei. Aber für bedenklich hält man den Zustand noch nicht, wenn die Minister sich vor verammeltem Parlament voll gegenseitig beschließen, wenn das Schweinereffort und das Bildungsressort sich kräftiglich desavouieren, wenn der Landwirtschaftsminister ganze Parteien seiner Reden im Stenogramm unvorzüglich muß. Das sind neue leichte Fieberstauer eines preussischen Ministers. Wirklich krank wird ein preussischer Minister erst, wenn der Lucas-Hauch ihn anweht.

### Im preussischen Gefängnis.

Unser Parteigenosse Paul Jahn hat wegen politischer Vergehen auf einige Monate das Strafgefängnis zu Zegel beziehen müssen. Wie wir hören, wird er dort einer Behandlung unterworfen, gegen die wir den schärfsten Widerpruch erheben müssen. Unserem Parteigenossen wurde Selbstbeschäftigung abgeprochen und er muß Woll sortieren. Die will die Gefängnisdirektion dieses Verhalten mit den Vorschriften der Gefängnisordnung vereinbaren, die namentlich für solche Gefangene, die in ihrem bürgerlichen Berufe geistig beschäftigt sind, Selbstbeschäftigung empfiehlt? Fast unglücklich erscheint es aber, daß dem Genossen Jahn verweigert worden sei, eine Eingabe an die Oberstaatsanwaltschaft wegen der Selbstbeschäftigung zu richten.

Und noch mehr. Jahn mußte seine eigene Kleidung ablegen und wurde in Gefängnisdruck gesteckt, ein Verfahren, das unseres Wissens in Berliner Gefängnissen gegenüber politischen Sündern bisher gänzlich unerhört war. Die Gefängnisordnung schreibt ausdrücklich vor, daß eigene Kleidung und Wäsche gewahrt werden können. Warum wird sie in diesem Falle nicht gewahrt? Wie kommt man dazu, einen ehrenwerthen Mann, der bei seiner Kritik öffentlicher Verhältnisse sich in den Räuschen des Strafgesetzbuchs verfangen, so unglücklich und selbst gegen den Geist der gewiß nicht milden Gefängnisordnung zu behandeln?

Wenn die Direktion des Strafgefängnisses zu Zegel nicht aus eigener Initiative Wandel in diesem geradezu merkwürdigen Verfahren schafft, so wäre es eine Ehrenpflicht des Justizministers, schleunigst einzugreifen.

Der deutsche Handelsstag wird am 2. März seine Plenarversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Verordnungen: Gesetz über die private Versicherungsunternehmungen; Wasserbauverwaltung in Preußen; Schädigung des Handels durch Kornhausgenossenschaften und Landwirtschaftskammern; Aenderung des Bankgesetzes.

Mit einem Autogramm Liebermann von Sonnenberg's wurden wir heute beehrt. Die Schrift und Urtheilsfähigkeit-Probe verläßt unter der gänzlich unbegründeten Berufung auf den § 11 die Aufnahme für „Vorwärts“ zu erklären. Wir sind dochhaft genug, das Schreiben wiederzugeben, obwohl wir juristisch dazu nicht verpflichtet wären. Es lautet:

### Verichtigung.

In Nr. 40 des „Vorwärts“ wird in der Rubrik „Politische Ueberblick“ behauptet: Herr Liebermann von Sonnenberg benutzte

in aller Eile noch die Gelegenheit, um zu zeigen, daß er das Dresdener Zuchthaus-Urtheil bewundert. Das ist unwahr. Ich habe nach dem Stenogramm wörtlich nur gesagt:

„Ich habe von sozialdemokratischen Hochheitsverbrechen inzwischen recht viel gehört; ich erinnere nur an die jetzt offiziell herausgegebene Darstellung der Dresdener Vorkommnisse, für die die Sozialdemokratie kein Wort der Verurtheilung gehabt hat; sie wendet sich nur gegen die hohe Strafe.“

Liebermann von Sonnenberg, W. d. R.

Berlin, 18. Februar 1899.

Wir sind nicht recht sicher, ob der Erwählte der Schwärmer Ammenkolonie — sein Wahlkreis spielt die Rolle eines mittel-deutschen Spreewaldes — zwischen einer Thatsache und einem Urtheil zu unterscheiden vermag. Eine Thatsache kann er berichten, aber unser Urtheil über sein Verhalten unterliegt nicht der Möglichkeit, mittels des § 11 angefochten zu werden. Wir haben das Urtheil ausgesprochen, daß sich seine Verurtheilungen über den Dresdener Zuchthauskurs als Bewunderung charakterisieren, und wir fassen auch die uns gültige im Stenogramm mitgetheilte Wendung so auf.

Herr Liebermann aber ist weiter so liebenswürdig, uns zu beschmeicheln, daß wir sein Wort der Verurtheilung für die Dresdener Vorkommnisse gehabt hätten. Das Dresdener Vorkommnis ist das Urtheil des Gerichts. Und das sollen wir nicht verurtheilt haben? Andere Leute haben uns ja wegen unserer Kritik der wüthenden Hege, der Proklamierung des sozialdemokratischen Staates, der Unterwählung der Gesellschaft befehdigt. Sind wir so gagsaft in unserer Verurtheilung gewesen, daß der allerdings an berbere Sprache gewöhnte Herr es nicht mal gemerkt hat, daß wir mit dem Urtheil nicht einverstanden sind?

Sollte aber Herr Liebermann meinen, daß wir für die Löb-tauer Ausschreitungen kein Wort der Verurtheilung gehabt haben, so ist das eine grobe Unwahrheit, die wir als wissenschaftliche Unwahrheit, d. h. als Lüge auffassen müßten, wenn wir nicht annehmen könnten, daß dieser Volksvertreter grundsätzlich nur von Dingen spricht, über die er nicht unterrichtet ist.

Der Fall sollte für Herrn Liebermann belehrend sein, unter welchen Bedingungen der § 11 anwendbar ist. Wir hatten ein Urtheil ausgesprochen, das durch den § 11 nicht angegriffen werden kann. Dagegen hat er eine falsche Thatsache behauptet, so daß wir also in der Lage wären, ihn zur Aufnahme einer Verichtigung zu zwingen, wenn er nicht ganz im Allgemeinen, ohne eine bestimmte Adresse, die Verdächtigung ausgesprochen hätte.

Die Unterbeamte durch das „Wohlvollen“ ihrer Vorgesetzten „zufrieden“ gestimmt werden, leitet folgender Bericht, der uns aus Magdeburg zugeht: Als am 1. Januar 1898 auf Verfügung des Justizministeriums für die Aufseher preussischer Gefängnisse und Zuchthäuser der Zehnstunden dienst eingeführt wurde, war die Freude der Aufseher groß, denn vor dem Tage der Einführung war der Dienst laut Dienstreglement an seine bestimmte Tageszeit gebunden, was zur Folge hatte, daß die Aufseher ihren ungelunden abzumumpfen, geiststötenden Dienst 11, 12 oder 15 Stunden verrichten mußten. Die Freude über die Verfertigung der Dienstzeit konnte aber bei einer Anzahl Beamten nicht recht lebendig werden, verwandelt sie sich vielmehr in das Gegenheil. Zu diesen Beamten zählen diejenigen der circa 400 Insassen bergenden Strafanstalt Gommern. Dasselbe ist der Zehnstundendienst nie zur Einführung gekommen. Die Aufseher mußten bis vor Kurzem pro Tag rund dreiviertel Stunden länger als zehn Stunden Dienst verrichten. Nach einer genauen Berechnung wäre nur die Einstellung eines weiteren Beamten nöthig gewesen, um die Aufseher in den Genuß des Zehnstunden-Dienstes zu versetzen. Trotzdem der Gefängnisverwaltung dies bekannt und genau vorgezeichnet wurde, hat sie es nicht unternommen, hinreichende Maßnahmen zur Realisirung der ministeriellen Verfügung zu ergreifen. Die Aufseher jener Strafanstalt haben sogar eine Verlängerung ihrer Dienstzeit erfahren müssen; sie müssen nun von früh 6 bis Abends 7 Uhr im Dienst sein, und wenn sie um 7 Uhr nicht alle Arbeit erledigt haben, haben sie einfach länger dazubleiben“. Also keinen Zehnstundendienst, sondern 11 und mehr Stunden müssen die Aufseher in Gommern Dienst verrichten. Solche Maßnahmen der Verwaltung dürften nicht geeignet sein, die Aufseher zufrieden zu stimmen.

Im Geiste Köller's. Die unser Kieler Parteiblatt mittheilt, hat der Rorburger Amtsrichter Dr. Jahn wiederum eine ganze Anzahl Hofbesitzer, und zwar dieselben wie im Dezember v. J., vorgeladen und an sie die Frage gestellt, ob sie nunmehr gewillt seien, ihre Kinder von den dänischen Fortbildungsschulen zurückzurufen. Wenn dies nicht der Fall, werde er, ebenso wie er bereits gegen Claus Clausen verfügt, ihnen die Elternrechte entziehen. Der Amts-

heit des neuen Gewehres, die im Allgemeinen weit bessere Ausbildung der Schützen und vor allem die Einführung des rauchschwachen Pulvers. Schon allein die Thatsache, daß die Zahl der Patronen, welche ein Mann mit sich führt, weit größer ist, muß dieses Resultat herbeiführen, selbst wenn im Uebrigen gar keine Fortschritte zu verzeichnen wären. Im Uebrigen ist der Beweis für die Vernichtungskraft des modernen Gewehres experimentell erbracht: Im Bürgerkrieg des Jahres 1864 in Chile war ein Theil der Kongrestruppen mit 8-Millimeter-Gewehren, System Mannlicher, bewaffnet, ein Theil dagegen mit alten Gewehren; es wurde nun berechnet, daß je 100 Soldaten mit dem neuen Gewehr 82 Gegner unfähig machten, je 100 Soldaten mit dem alten Gewehr dagegen 84. — In den Kriegen unseres Jahrhunderts waren laut Schätzungen der Fachleute 8/9 bis 10/10 Schüsse notwendig, um einen Gegner kampfunfähig zu machen. Es genügt also jedenfalls die Patronenzahl, welche der Infanterie heute mit sich führt, um einen Gegner niederzuschleichen, und wird das 4-Millimeter-Gewehr eingeführt, so genügt die Zahl, um zwei bis drei Gegner kampfunfähig zu machen. Es ist also die theoretische Möglichkeit gegeben, daß die Gegner sich gegenseitig vernichten. Zieht man in Betracht, daß die Soldaten heute mehr denn je Dedung suchen, so bleibt trotzdem der Ausspruch nur zu verständlich, den General Häfeler bei den Manövern zu Hamburg in Gegenwart des deutschen Kaisers that: „Wenn das so weiter geht, wenig ich nicht, wer übrig bleiben soll, um die Todten zu verscharren.“

Nun hat man bei Einführung der kleinstalbrigen Gewehre und Mantelgeschosse behauptet, die von diesen geschlagenen Wunden wären leichter zu heilen; man hat daher das Stahlmantelgeschöß als das „humane Geschöß“ begriffen. Das ist längst widerlegt. Die Untersuchungen, welche 1894 im Auftrag des preussischen Kriegsministeriums angestellt wurden, wie auch die Untersuchungen schweizerischer und österreichischer Militärärzte haben es unabweislich nachgewiesen, daß die geschlagenen Wunden weit gefährlicher sind. Das „humane Geschöß“ wirkt nämlich direkt wie ein Sprenggeschöß, was folgendermaßen erklärt wird: Infolge der ungeheuren Schmaligkeit, mit welcher der Anprall selbst bei großer Entfernung erfolgt, drängen die flüssigen Theile des Körpers rückwärts und sprengen die Gefäße. Aus diesem Grunde bohrt das Geschöß nur eine Eingangsöffnung, die dem Kaliber entspricht, aber die Ausgangsöffnung stellt sich dar als eine klaffende Wunde mit zerlegten Wänden. Das Geschöß durchschneidet auf seinem Laufe die Blutgefäße in der Weise, daß die Enden weit auseinandergerissen werden und daher innere Blutungen die Regel sind. Schließlich zermalmt das Geschöß infolge seiner durchschlagenden Durchschlagskraft die Knochen in der Weise, daß eine ungeheure Zahl winziger Splitter in die Weichtheile eindringen und die Gewebe zerstören müssen. Auch hat es sich als falsch erwiesen, daß das Mantelgeschöß weniger deformirt wird, als die frühere Bleikugel, im Gegentheil die Deformation ist größer und ein Streifen, bei dem eine rissigretirende Kugel in den Körper dringt, wirkt wie ein Schuß mit gelohemem Blei. Das alles veranlaßte den Schweizer Militärarzt Dr. Kocher auf dem medizinischen Kongresse zu Rom zu dem Ausspruch: „Die Wirkung des modernen Mantelgeschößes hat die Grenzen des Fittich zulässigen bereits bei weitem überschritten.“

Die Artillerie ist natürlich nicht zurückgeblieben. Im Jahre 1891

\*) Von der deutschen Uebersetzung sind bereits Band I, III und VI erschienen (Verlag von Puttmann und Mühlbrecht, Berlin). Ist schon das russische Original stellenweise fürchterlich salopp gearbeitet, indem z. B. die Quellenangaben durchweg mangelhaft sind und vielfach selbst die Namen der Autoren falsch angegeben sind (Kosky statt Kosch, Wain statt Wain u. s. w.), so ist die Uebersetzung nicht nur in miserablem Deutsch geschrieben, sondern selbst die deutschen Citate sind rüßübersezt aus dem Russischen.

richter wies auf das Erkenntnis des Kammergerichts in Berlin in Sachen der Wittve Stamp hin. Sämtliche vorgeladenen Lehren es auch diesmal wieder ab, dem Amtsinhaber des Amtsrichters Folge zu leisten.

Die weil die Familie erhalten werden muß! —

### Triplische „Arbeiter-Fürsorge“

Man staune: Die kaiserliche Werft in Kiel hat eine neue Wohlthat für die Arbeiter gethan, sie hat sich zu einer Arbeiterzeit-Verklärung entschlossen. Zwar hat man es noch nicht bis zum Achtstundentag gebracht, dessen „demoralisierende Wirkung“ man fürchtet. Aber man hat sich dazu aufgeschwungen, den Arbeitern innerhalb ihrer zehnstündigen Arbeitszeit nunmehr eine Frühstüdspause zu „gewähren“. Diese große sozialreformatorische That geschah durch folgenden

#### Reffortbefehl

Hiermit wird bestimmt, daß in der Zeit von 8—8¼ Uhr Vormittags gestrichelt werden darf. Die Arbeiten sind dabei möglichst wenig zu unterbrechen. Die Arbeitsmaschinen bleiben daher, wenn die Arbeit dieses gestattet, in Thätigkeit. Zum Beginn, um 8 Uhr, und zum Schluß der Pause, 8¼ Uhr Vormittags, ist in den Werkstätten ein Signal mit der Dampfpeise zu geben, während an Bord S. M. Schiffe die betreffenden Werführer Beginn und Schluß der Pause durch Ruf anzufügen haben.

Außerhalb dieser Zeit darf nicht gestrichelt werden, und sind Zuwiderhandlungen zur Bestrafung (im Original unterzischen) zu melden.

Dieser Befehl ist durch Anschlag den Arbeitern bekannt zu geben.

Kiel, den 24. Januar 1899.

Der Maschinenbau-Direktor,

ges. Meyer,

Geheimer Ober-Baurath.

Dieser Befehl wurde den Arbeitern des Maschinenbau-Refforts vor wenigen Tagen bekannt gegeben. Man sagt, daß mit diesem Befehl die letzten Wünsche der Werftarbeiter erfüllt worden seien. —

### Chronik der Gewaltthätigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Ruchthaus-Prozess.)

Wegen Landfriedensbruch hat die Elberfelder Strafkammer den Arbeiter Heinrich Kauermann zu 2 Jahren, den Müllermeist Jos. Chr. Huppertz zu 1 Jahr, den Bergmann Ludwig Strakmann zu 3 Monaten und den Bergmann Michael Wuschamp zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Angeklagten, sämtlich in Bodnadan und Biehang wohnhaft, hatten in der Nacht zum 15. August v. J. eine von italienischen Erdarbeitern bewohnte Kantine gestürmt, durch ein Steinbombardement zum großen Theil zerstört und die Italiener mißhandelt.

Ebenfalls aus Elberfeld wird berichtet:

**Elberfeld.** Die hiesige Strafkammer verhandelte am Dienstag gegen die früheren Schulze Gutzke und Wagner aus Selbert, die angeklagt waren, in der Ausübung ihrer Gewalt zu weit gegangen zu sein. Der zuerstgenannte Angeklagte hatte in der Nacht vom 2. Mai v. J. den Wäcker Kohl ohne jede Ursache mit dem Säbel mißhandelt. Am 16. Mai hatten beide Angeklagte den Dachbeder Wäcker mißhandelt. Die Angeklagten bestritten das ihnen zur Last gelegte Vergehen. Durch die Zeugenausagen wurde jedoch ihre Schuld hinlänglich bewiesen. Der Gerichtshof verurtheilte Gutzke zu drei Monaten 1 Woche Gefängniß, Wagner erhielt 14 Tage Gefängniß. Der Vorsitzende rißte das schroffe und rohe Benehmen der Angeklagten. —

### Die Berliner Wahl.

Den Ehrlichen unter den Liberalen — es sind ihrer freilich gar wenige — ist es fatal, daß sie nur mit konservativer Hilfe an die Möglichkeit der Erhaltung des Mandats denken dürfen. Die maßgebenden Kreise der Partei aber spielen eine Rolle, wie sie trauriger nicht gedacht werden kann. Die „Vossische Zeitung“ bettelt förmlich um die Stimmen der Konservativen und Antisemiten. Sie hält der „Kreuz-Zeitung“ vor, was der Freisinn alles bei der vorjährigen Wahl für die Aropathen, Löbell, Pauli gethan habe. Drei konservative Wahlkreise vor den Thoren Berlins seien durch freisinnige Hilfe der Sozialdemokratie entzogen worden. Das Blatt vergißt in seiner Sehnsucht nach konservativen Stimmen, wie außerordentlich es seine eigene Partei in den Augen aller völlig freigesetzten Wähler durch die Erinnerung an die Verrätherie des vorigen Jahres diskreditirt. Und dazu noch muß es ertragen, daß die Konservativen die Wähler an der Thür mit Hohn und Spott überschütteten. „Kreuzzeitung“, Freisinn! —

stellte Professor Langlois folgende Berechnung auf: Bei gleicher Zahl der Geschosse ist das Feuer der modernen Geschütze fünfmal wirksamer als das Feuer der 1870 gebrauchlichen. Da aber ein Geschütz im gleichen Zeitraum 2½ bis 3 mal so viel Schüsse abgibt, so ist die Wirkung des Artilleriefeuers seit jener Zeit um das 12- bezw. 15-fache gestiegen.

Aber diese Berechnung gilt heute nicht mehr: Seither haben Frankreich, Deutschland und Rußland Schnellfeuergeschütze eingeführt, und Autoritäten wie General Wille, Professor Potokhly und Kapitän Koch behaupten, die Wirkung derselben sei mindestens doppelt so groß, wie diejenige der Geschütze von 1870. Demnach wäre die Wirkung des jetzt gebräuchlichen Geschützes 24 bis 30 mal größer, als diejenige der Geschütze von 1870.

Gleichzeitig wird unablässig an der Herstellung immer stärkerer Sprengstoffe und vernichtender Geschütze gearbeitet. Im Jahre 1870 waren Granaten im Gebrauch, die 19 bis 30 Splitter abgaben — heute sind es 240; ein Schrapnell von damals playte in 37, ein heutiges in 340 Stücke. Was die Plaggranaten anbetrifft, sind die Veränderungen so groß, daß ein Vergleich nur schwer zu führen ist, aber folgende Zusammenstellung giebt einen ungefähren Begriff: Eine ungetrierte, mit Pulver geladene Bombe im Gewichte von 37 Kilogramm zerplatzte in 42 Stücke, jetzt wo sie mit Hydrolyt geladen ist, giebt sie 1204 Splitter. — Dabei wurden früher die Augen und Geschöpsplitter nur auf kleine Entfernung geschleudert, heute verbreiten sie Tod und Verderben im Umkreise von 200 Metern von der Stelle, wo das Geschöß platzt, und das bei einem Schusse auf 3000 Meter Distanz.

Es gilt also für Gewehr wie für Geschütz der Satz: Die Wirkung der modernen Waffe ist eine weit größere, als diejenige, welche in den bisherigen Kriegen erprobt war; Kämpfe zwischen ebendürftigen europäischen Armeen haben mit diesen Waffen niemals stattgefunden und niemand kann heute voraussetzen, wie ein solcher Kampf sich gestalten wird.

Dabei stehen abermals für die nächste Zeit durchgreifende Veränderungen in der Geschütztechnik bevor, und zwar wird aller Wahrscheinlichkeit das Geschütz der Zukunft eine automatisch wirkende Schnellfeuer-Kanone sein. Ein solches Geschütz besteht bereits als Mitrailleur, System Maxim. Das Prinzip ist hier, den Rückstoß des abgefeuerten Geschöses dazu zu benutzen, das nächste Geschöß auszulösen und abzufeuern. Eine solche Mitrailleur braucht nur einen Mann zur Bedienung und feuert 200 Schüsse in der Minute. Sie ist bereits im Gebrauche in der englischen Armee (wo sie sich belamlich in furchtbarer Weise bewährt hat, zum Beispiel bei Omdurman) und in der schweizerischen. Man arbeitet aber Max in an einer Kanone, die nach demselben Prinzip konstruirt werden soll, also einer Kanone, welche große Geschütze bis zu 125 Millimeter Durchmesser automatisch abfeuern soll. Bisher ist dieses Ziel nicht erreicht, aber es scheint nahezu sicher, daß es erreicht wird. Die Wirkung eines solchen Geschöses möge sich die Phantasie des Lesers ausmalen.

Mit Recht hebt Bloch hervor, es sei fraglich, ob die Kräfte der Menschen den Anblick der furchtbaren Verheerung ertragen werden, welche die Geschütze anrichten, um so mehr, da bei dem rauchschwachen Pulver nicht wie früher Dampfswollen die Greuel dem Blicke entgegen werden.

## Ausland.

### Schweiz.

**Bern, 16. Februar.** In seiner Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz lenkt der Bundesrath, wie der „Sund“ meldet, die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf die Nothwendigkeit einer Revision der Bestimmungen der Genfer Konvention und nicht allein einer Ausdehnung derselben auf den Seekrieg. Der Bundesrath weist darauf hin, daß gewisse Bestimmungen der Konvention nicht mehr der gegenwärtigen Anschauungsweise entsprechen, und daß man in die Konvention auch Bestimmungen hinsichtlich der Kriegsgebäude aufnehmen müsse. —

**Genf, 12. Februar.** (Fig. Ber.) Die Regierung hat einen Gesetzentwurf veröffentlicht, der die Errichtung von Einigungsämtern zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern bezweckt. Der Entwurf bestimmt, daß jede Vereinigung, die zum Streik schreiten will, den Chef des Industrie- und Handelsdepartements davon benachrichtigen muß. Diese schriftliche Mitteilung soll außer dem Gegenstand des Streites Name, Beruf und Wohnort der Beteiligten oder ihrer Vertreter bezeichnen und ferner mittheilen, wer die Personen sind, die die Gruppen vertreten, an welche sich die betreffende Forderung richtet. Endlich sollen darin die von der reklamierenden Gruppe zur Führung ihrer Sache vor dem Gerichtshof delegirten Personen bezeichnet werden. Die beteiligten Arbeiter und Unternehmer werden sodann durch den Reformminister eingeladen, eine Einigungskommission zu bilden, die zusammengesetzt ist aus je 7 Vertretern der Arbeiter und Unternehmern. Kommt hier keine Einigung zu stande, so geht die Sache an die „Commission centrale des prud'hommes“, eine Art Gerichtshof, welche berechtigt sein soll, nicht bloß durch einen Spruch, der nur moralische Wirkung besitzt, sondern durch ein vollstreckbares förmliches Urtheil den Konflikt zu lösen. An die Durchführbarkeit eines solchen Urtheils scheint der Verfasser des Entwurfes, das sozialistische Mitglied der Genfer Kantonsregierung, Thiebaut, nicht gedacht zu haben.

### Italien.

**Die Reaktion der Arbeit.** Die Deputirtenkammer begann am Donnerstag die erste Lesung der Gesetzentwürfe, betr. die öffentliche Sicherheit, die Presse, den Militärdienst für Angehörige des Verurlaubtenstandes, welche im Eisenbahn-, Post- oder Telegraphendienst beschäftigt sind, und betreffend die rückfälligen Verbrecher. Die Rednerliste weist 50 Namen auf.

### Frankreich.

**Paris, 16. Februar.** Eine ganze Reihe Blätter, u. a. auch die „Petite Republique“ geben mit aller Bestimmtheit die Nachricht wieder, die Regierung habe beschlossen, den Generalprokurator Magnan abzugeben, da er darauf bestanden habe, in den Verhandlungen über die Drehfus-Affäre selbst zu fungieren. Der Nachfolger Magnan's sei bereits ernannt. Es sei kein anderer als der Senator Guerin, welcher im Jahre 1894 während des Drehfus-Prozesses Justizminister war, und der als eifriger Gegner der Revision bekannt ist. Offiziös werden diese Meldungen dementirt, die Minister hätten sich mit dieser Angelegenheit noch gar nicht zu beschäftigen gehabt.

**Fransösische Erwerbung am Persischen Meerbusen.** Ein aus dem Persischen Golfe in Bombay eingetroffener Dampfer bringt die Meldung, daß dem Sultan von Oman am Sonnabend ein Ultimatum überreicht worden sei. Es heißt, die pachtweise Ueberlassung von Bandar Jissar an Frankreich gelte für ein Jahr.

### Dänemark.

**Zur Prüfung der Frage der Kinderarbeit** wird vom Folkething ein Ausschuss eingesetzt worden. Die Mehrzahl der Mitglieder desselben (die Rechten, die Moderaten und die Vertreter der Linken) sprechen sich gegen die beantragten Maßregeln aus, mit der Begründung, daß erst eine Statistik beschafft werden müßte und dann dem nächsten Reichstag ein Antrag zugehen möge. Unser Parteigenosse aber verlangt, daß wenigstens eine Kommission aus Regierungsvertretern, Reichstags-Abgeordneten und Vertretern der organisirten Arbeiter gebildet werde, die die Sache energisch in Angriff nimmt. Dänemark steht in der Frage des Kinderchutzes weit hinter anderen Ländern zurück. —

### Rußland.

**Im Lande des „Friedens-Jaren“.** In Welostol (West-Rußland) findet zur Zeit ein Zustand sämtlicher Schneidergesellen statt. Aus Anlaß dieses Anstandes sind zahlreiche Verhaftungen unter der Arbeiterschaft dieser Stadt vorgenommen worden.

Gegen 20 jüdischen Arbeitern, welche in den Gefängnissen der Städte Welostol und Winsk internirt sind, ist dieser Tage der in ihrer Sache gefällte Urtheilspruch zugestellt worden — sie sind zu drei Jahren Verbannung nach dem östlichen Sibirien verurtheilt worden. Die in Welostol Verurtheilten sind Weber, welche mit dieser hohen Strafe ihre Vertheiligung an dem Streik des vorigen Jahres büßen müssen — darunter ist ein hochbejahrter Greis. Die Wänder Arbeiter haben vor ihrer Verurtheilung eine zweijährige Untersuchungsfrist abgolvirt.

Ende Januar und Anfang Februar sind verhaftet worden in Perm (Ost-Rußland) ein „Intelligenzler“, dessen Name uns unbekannt ist, und in Kungure (Gouvernement Perm) sieben in der Leberwaaren-Industrie beschäftigte Arbeiter sowie ein Schüler der technischen Schule, namens Pomorsow. —

### Rumänien.

**Die Bauernunruhen** kamen infolge einer Interpellation des Sozialisten Morzun in der Deputirtenkammer zur Besprechung. Der Minister des Innern hielt eine Rede gegen die Sozialisten und erklärte, die Unruhen seien durch die Auflösung der bäuerlichen Klubs beseitigt worden. Von einer Beseitigung der Nothstände der Bauern, die unter der Wojarenherrschaft litten, sagte der Minister nichts. —

### Serbien.

**Belgrad, 16. Februar.** Von gut unterrichteter Seite verlautet, mehrere hervorragende Staatsbeamte seien wegen inkorrekt politischer Haltung und wegen des Versuches, die radikale Partei neu zu organisiren, pensionirt worden.

## Zölle und Verbrauchssteuern.

In der Budgetkommission des Reichstages stand am Donnerstag der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern zur Verhandlung. Referent Müller, Sagan glaubt aus den Einnahmen (netto zusammen auf 742 260 000 M. für 1899 veranschlagt) ein stetiges Fortschreiten der Entwidlung konstatiren zu können, wenn auch nicht in dem Maße wie in den früheren Jahren. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann: Es sei ein Irrthum, wenn infolge der Diskussion im Abgeordnetenhause in der Presse angenommen worden sei, es bestöhe zwischen ihm und dem preussischen Landwirtschafts-Minister eine Differenz hinsichtlich der Auffassung der kubanischen Zuckersfrage. Ruba werde in absehbarer Zeit kein gefährlicher Zuckerkonkurrent werden, da infolge des Krieges die Zuckerselder vernachlässigt, mit Unkraut bewachsen und deshalb schwer wieder zu bepflanzen seien. Dazu komme der Mangel an Arbeitern. Von der weichen Bevölkerung seien 60 pCt. infolge der Revolution und des Krieges verschwinden, von der farbigen Bevölkerung ebenfalls ein beträchtlicher Theil und es sei fraglich, ob sich brauchbare Arbeitskräfte in den nächsten Jahren beschaffen lassen würden. Die amerikanischen Regier sind der schweren Arbeit ganz ungewohnt und würden nicht nach Ruba gehen. Aus diesem Grunde glaube er nicht, daß in den nächsten Jahren bedeutende Zuckermengen aus Ruba kommen

würden. Die Abgeordneten Paasche und Frese sprechen sich in demselben Sinne aus.

In der Spezialdiskussion bringt Dr. Paasche bei dem Titel „Zuckersteuer“ (Nettoeinnahme des Reichs für 1899: 92 134 000 Mark) seinen früheren Vorschlag zur Sprache, den Handel mit denaturirtem Zucker zu Gunsten der Verfertigung in der Landwirtschaft zu fördern. Der Regierungsvertreter sagt dies zu, die Verurtheile seien aber noch nicht abgeschlossen.

Bei dem Titel „Salzsteuer“ (47 249 000 M.) erklärt Direktor v. Körner, deren Schwankungen beruhen auf einem Zufall. Die Ergebnisse entsprechen sonst konstant dem Verbrauch der Bevölkerung. Abgeordneter Müller (nationalliberal) fährt fort, die Verurtheile über die Behandlung des denaturirten Salzes seitens der Behörden. Müller-Sagan meint, solche Klagen seien durch den Bureaualtrismus des Reichs-Gesundheitsamtes hervorgerufen.

Beim Titel „Branntweinsteuer“ wünscht Dr. Paasche ein besseres und billigeres Denaturierungsmittel, namentlich im Interesse der Steigerung des Verbrauches von Pechspiritus. Direktor v. Körner: Die Frage unterliege eingehender Prüfung. Am 2. März trete zu diesem Zweck eine Konferenz von Sachverständigen zusammen. Wahrscheinlich sei Benzol das beste Denaturierungsmittel.

Bei der „Brausteuer“ bemerkt Dr. Paasche, die Anwendung von Saccharin zur Bierbrauerei sei zwar gesetzlich verboten, gleichwohl werde dieses Surrogat in Massen abgesetzt. Er möchte wissen, in welchem Umfange der Absatz der Saccharinfabriken sich ausgedehnt habe. Direktor v. Körner: Die mißbräuchliche Anwendung des Saccharins zu verbotenen Zwecken der Polizei. Graf Stolberg, Müller-Gulda, v. Kardorff befrworten nach einander die Einschränkung des Saccharinhandels. Saccharin dürfe nur in Apotheken verabreicht werden. Vier dürfe nur aus Salz und Hopfen hergestellt werden.

Bei den „Stempelabgaben“ wird vom Abgeordneten v. Kardorff wenn nicht ein Verbot, so doch wenigstens eine Kontingentirung der Staatslotterien angeregt. Dr. Lieber meint, man solle entweder alle Staatslotterien aufheben, oder alle gestatten. Das aber sei ein Unrecht, daß Preußen das Spiel in deutschen, nichtpreussischen Lotterien verbiete. Graf Stolberg spricht sich für Kontingentirung aus. Müller-Sagan meint, die Kontingentirung würde das Lotteriespiel verewigen. Er ist für völlige Abschaffung des Lotterie-Abwens. Prinz Arenberg will die Lotterie nur zur Wohlthätigkeitszwecken gestattet wissen und verwirft auf das Beispiel von England, Frankreich, Holland und Belgien, die sämtlich die Staatslotterie abgeschafft haben.

Die Wünsche des Etats wurden im Uebrigen durchweg unverändert genehmigt. Morgen wird die Berathung der Militärvorlage fortgesetzt.

## Parlamentarisches.

**Der Bundesrath** ertheilte in seiner Sitzung vom Donnerstag dem Ausschussantrage zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Schlichtung und Fleischschau sowie dem Ausschussberichte über die Vorlage betreffend den Entwurf einer Fernsprechgebühren-Ordnung seine Zustimmung. —

**Von der sozialdemokratischen Fraktion** ist ein schleuniger Antrag an Reichstag eingebracht worden, daß das gegen den Abgeordneten Stadthagen beim Landgericht Berlin I wegen Verleibung sämtlicher preussischer Landräthe, der diesen untergeordneten Polizeibeamten, der preussischen Offiziere und Unteroffiziere, der preussischen Richter und Staatsanwälte, des Landgerichtsdirektor Brausewetter und des Polizeipräsidenten zu Berlin schwebende Strafverfahren während der Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werde.

**Die vereinigten Privatpostanstalten** haben dem Reichstag eine eingehende Denkschrift gegen den Postgesetzentwurf überreicht. Sie weisen nach, welche Bedeutung die Privatposten für den Mittelstand und den kleinen Mann haben. Es ist interessant, aus der Eingabe zu ersehen, daß die hiesige Padekafahrtgesellschaft, die für 10 Pfennig Pakete durch ganz Berlin befördert, täglich 8000 Pakete erhält, während die Reichspost nur 200 bekommt. Die Privatposten bitten, die Ausdehnung des Postregals grundsätzlich abzulehnen, sie den Fall der Annahme des Entwurfes aber ihnen wie ihren Angehörigen, auch denen unter 18 Jahren, volle Entschädigung zu gewähren, der Postverwaltung auch die Befugniß zur Schließung der Privatposten zu verweigern.

## Partei-Nachrichten.

**Genosse Varbus**, der, wie bekannt, wegen seiner Ausweisung beim reichlichen Ministerium Verurtheilt worden hatte, erhielt darauf eine vom 4. Februar datirte, am 11. Februar zur Post gegebene Zuschrift folgenden Wortlautes:

„Auf Ihre am 1. d. M. hierher gelangte Eingabe erwidern wir Ihnen, daß die in derselben behaupteten Thatfachen für uns ohne Interesse sind und uns nicht den geringsten Anlaß bieten, den Ihnen seiner Zeit behändigten Ausweisbefehl wieder zurückzunehmen oder auch nur dessen Wirksamkeit vorübergehend zu stören.“

Hierzu bemerkt Gen. Varbus: „Das Ministerium, geg. v. Sinüber, verschiebt den Sachverhalt, um eine ausweichende Antwort zu geben. Nicht um meine Klage handelte es sich, sondern um die offizielle Zurückweisung der polizeiförmigen Verleumdung, durch welche meine Ausweisung öffentlich begründet wurde. Ich will nicht annehmen, daß das Ministerium, weil es selbst warm sitzt, gar kein Interesse daran habe, ob es mit Recht oder Unrecht die Ruhe einer Familie gründlich gestört hat, aber dessen bin ich sicher, daß die Offenlichkeit, besonders das Volk der Arbeiter, das ich, obwohl Ausländer, besser zu kennen glaube, als die Eingeborenen in den Ministerialbureaus, in solchen Fällen ein äußerst peinliches Gerechtigkeitsgefühl zeigt, das ein ganz bestimmtes Ja oder Nein verlangt und alle Ausflüchte mit Entrüstung zurückweist.“

**Der in Jürich domicilirende Landesauschuss der deutschen Sozialisten in der Schweiz** beruft auf Ofter-Sonntag eine Landeskongress nach Luzern ein. Auf der Tagesordnung derselben stehen außer dem Thätigkeitsbericht des Ausschusses die Frage der Agitation, der Versammlung der deutschen und österreichischen Organisation, Statutenrevision, Unterrichtsgegenstände zc.

**Todtenliste der Partei.** In Forst i. L. starb am Montag der Genosse Reinisch im Alter von 68 Jahren. A., welcher Anfang der 70er Jahre dorthin gekommen ist, hat als Kolporteur unserer Literatur seine Schuldigkeit für die Verbreitung unserer Ideen gethan. Er hat auch während der Zeit des Sozialistengesetzes es verstanden, trotz vieler Hausfuchungen, alles richtig an den Mann zu bringen. A. war bis in die letzte Zeit noch rüstig.

**Ein Revolutionsveteran** gestorben. Wieder ist einer der alten Kämpfer aus dem Leben geschieden. Genosse Friedrich Schlimmer, Tischler in Kaiserslautern, ist am Montag im Alter von 70 Jahren gestorben. Schlimmer, zu Zweibrücken geboren, diente beim Ausbruch der Revolution in der Pfalz im 9. Infanterie-Regiment in Landau, ging zu den Rebellen über, wurde in dem Entscheidungsgescheh bei Waghäusel durch einen Säbelhieb über den rechten Arm schwer verwundet, flüchtete in die Schweiz und wurde, als er später von Heimweh getrieben, zurückkehren wollte, beim Ueberschreiten der Grenze verhaftet. Vor ein Militärgericht gestellt, wurde er, weil er in der Revolutionsarmee eine Charge bekleidet hatte (er war unter dem zur Revolution übergegangenen und später dafür in den Landauer Wallgräben erschossenen Leutnant Graf Fugger Sergeant gewesen), zu 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Nachdem er 9 Jahre 8 Monate verbüßt hatte, wurde er begnadigt. Während seiner Strafzeit zog er sich auch noch 14 Tage Dunkelarrest zu, weil er einen seiner Schicksalsgenossen, der die Haft mit ihm theilte, den Rechtsanwält Jinn, der für irrsinnig erklärt wurde, von der Zwangsarbeit, die man ihm angezogen hatte, befreite. Schlimmer, der

während der ganzen Dauer seiner Straftat Fesseln an den Händen trug, hatte Feilsens an den Folgen des Zuchthaus und der ihm zu Theil gewordenen Behandlung zu leiden. Durch Krankheit verhindert, konnte er voriges Jahr der 50-jährigen Gedächtnisfeier der Märzrevolution nicht mehr beiwohnen. Nun ist er, kurz vor der 50-jährigen Wiederkehr der pfälzisch-badischen Revolution verchieden.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. i. v.

— **Beschlagnahme** wurde von den Königsberger Genossen verbreitete Kalender „Der Landbote“. Diese Maßnahme ist vom Staatsanwalt Hecht in Jasterburg angeordnet worden, demselben Herrn, der auch Jasterberg die von den Königsberger Parteigenossen verbreiteten Wahlschlager konfiszierte ließ. Die Verbreiter jenes Flugblattes wurden sämtlich vom Gericht freigesprochen; Herr Hecht will sich wohl eine neue Niederlage holen.

— **Das Opfer eines frivolsten Lügenbalds** ist der Genosse Baberky, Redakteur des „Hamburger Echo“, geworden. Nach gewissenhafter Prüfung veröffentlichte er die Erzählung eines Arbeiters Urbach, welcher behauptete, schuldlos wegen Wettens verhaftet zu sein und hüpfte daran eine Kritik. Eine ihm zugestellte Verächtigung nahm er sofort auf, trotzdem wurde er wegen Polizei- und Schutzmanns-Verleumdung angeklagt und zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, während sein Gewährsmann sechs Monate erhielt.

— **Begräbnis „ungewöhnlicher Art“.** Fünf Genossen in Erfurt wurden zu 15 bezw. 21 M. Geldstrafe verurtheilt, weil sie durch Reden am Grabe, und dadurch, daß sie das Köpfchen von nichtlichen Redern gestatteten, ein Begräbnis ungewöhnlicher Art ins Werk gesetzt, bezw. eine unerlaubte Versammlung unter freiem Himmel abgehalten hätten.

**In einem Monat Gefängnis** wurde Genosse Rudolph, Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt, wegen angeblicher Verleumdung eines Polizisten verurtheilt.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Der Verband städtischer Arbeiter** beruft zum Montag, nach Stecher's Feststücken, Andreasstraße 21, eine Versammlung der in städtischen Betrieben thätigen Arbeiter ein, in welcher zu der Mahnung der beiden Arbeiter auf den Friedrichshagener Wasserwerken genommen werden soll. Befamlich hat es der Berliner Magistrat abgelehnt, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts die Differenzen zum Austrag zu bringen.

**Der Gesellenausschuss der Vätererinnung Germania** verhandelte gestern mit dem Vorstand der Junung über die Forderungen der Gesellen. Die Meister erklärten, daß sie weitere Zugeständnisse als die in einer vorausgegangen Sitzung genannten nicht bewilligen könnten. Vor allem lehnten sie es ab, das Kost- und Logiswesen abzuschaffen, sowie einen paritätischen Arbeitsnachweis einzuführen. Dagegen zeigte man sich geneigt, für die verheirateten Gesellen das Kost- und Logiswesen abzuschaffen. Weitere Zugeständnisse wurden nicht gemacht. Die weiteren Verhandlungen wurden dann von den Meistern mit der Weisung abgebrochen, die Gesellen mögen sich später noch einmal an die Junung wenden.

#### Deutsches Reich.

**Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber.** Die uns berichtet wird, ist der Anklündigung des Herrn Dr. Vertram, des Vorsitzenden der sozialen Kommission des städtischen Kollegiums, die Thätigkeit und sind Unterhandlungen im Gange. Die drei Arbeiterverbände haben die Einladung erhalten, zu einer Sitzung, die am Sonnabend im Rathhaussaal stattfindet, je zwei Delegirte zu entsenden.

Die Stimmung, die in den Kreisen der christlichen Textilarbeiter zu den Lohnkämpfen sich geltend macht, kennzeichnet treffend ein Bericht über eine Versammlung des christlichen Verbandes der Textilarbeiter in Kachen. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Streik in Eupen. Sämtliche Redner verurtheilten das Zweistufenlohn und befürworteten ein gemeinsames Vorgehen. Ueber den Krefelder Streik berichteten sodann zwei Mitglieder des christlichen Verbandes Krefeld. Mit „Danbarkeit“ erwähnten sie es, daß die Fabrikanten ihnen eine Besprechung gewährt haben u. i. v. von ihrem Bestreben, die Arbeiter zu bewegen, die Arbeit beschleunigt aufzunehmen und den Lohnausfall aus der Verbandskasse zu decken, kein Wort. Nach diesen Rednern kam Forster (Krefeld) zum Wort und er wies auf das zweifelhafte Benehmen der Führer des christlichen Verbandes hin. Er erwähnte das Anerbieten von Unterstützung und die Zurückweisung von Seiten der christlichen Führer, die ihren Mitgliedern immer erklären, es wäre kein Geld da. Von Seiten des Gewerkschaftsleiters seien den Ausschüßigen 6000 M. angeboten. Im Uebrigen kennzeichnete er das Bestreben der christlichen Führer, mit den Fabrikanten allein zu verhandeln, da sie doch nur den zehnten Theil der Streitenden ausmachen. Durch dieses einseitige Vorgehen wird die Arbeitererschaft schwer geschädigt, indem die Fabrikanten hoffen, durch die Uneinigkeit der Arbeiter im Trüben fischen zu können. Ein christlicher Krefelder versuchte ihr einseitiges Vorgehen zu entschuldigen mit den Worten: „Sie, die christlichen Führer, wollten in ihrem Verband mit den Fabrikanten selbst verhandeln und dann eine etwa erzielte Einigung den anderen Verbänden unterbreiten.“ Ein bemerkenswerther Zug aus dieser Versammlung war die Ansicht, die verschiedentlich in der Diskussion zum Ausdruck kam, daß die Arbeiter gemeinschaftlich handeln müßten, und zwar wurde dies auch von Mitgliedern des christlichen Verbandes betont. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung erkennt nach Anhörung der Berichte über die derzeitige Lage das Vorgehen der Krefelder Weber voll und ganz als berechtigt an und verpflichtet sich, dieselben in moralischer und insbesondere in finanzieller Hinsicht nach besten Kräften zu unterstützen.

**Zu der Münchener Artilleriewerkstätte** erhielten am Sonnabend 100—120 Arbeiter, Sattler, Mechaniker und Schmiede, ihre Kündigung. Weitere Entlassungen sollen bevorstehen.

### Soziales.

**Minister contra Gruben-Repräsentant.** Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: „Bislang kommt es vor, daß bei Grubenunfällen niemand gefunden wird, der für die Betriebs-Einrichtungen verantwortlich ist. Ein Beamter schiebt die Schuld auf den anderen, am Ende wird keiner gefast. In einem ober-schlesischen Grubenbetriebe handelte es sich bei einem Sturfschlag darum, ob der Bergverwalter oder der Repräsentant der verantwortliche Leiter sei. Ähnlich war der Bergverwalter als Betriebsleiter angegeben worden, der Repräsentant hatte jedoch dessen Befugnisse u. A. dadurch beschränkt, daß er ihm die selbständige Korrespondenz in Angelegenheiten des Werkes untersagt hatte, wodurch eine Strafanzeige erheblich verspätet worden war. Wegen dieses Repräsentanten ist in einem Ministererlaß betont worden, daß der Bergverwalter nicht in dieser Weise in der Leitung beschränkt werden dürfe; dem Repräsentanten wird für jeden Fall neuer ungedeckter Verschuldungen der Befugnisse des Betriebsleiters die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens angedroht. Der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännliche Verein ist mit diesem Ministererlaß sehr unzufrieden und will dessen Zurücknahme fordern.“

**Streiklausel der Züricher Arbeitsbörse.** Die Züricher Arbeitsbörse hat folgende Bestimmungen für Streikfälle in ihre Reglement aufgenommen: 1. Bei Eintritt eines Streiks oder einer Ausperrung scheidet der Arbeitsnachweis seine Thätigkeit für den betreffenden Geschäftszweig ein. 2. Die Wiederaufnahme des Arbeitsnachweises hängt vom Beschluß eines zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unternehmern bestehenden Einigungsrates ab. 3. Im Falle die Aufnahme des Arbeitsnachweises auf Grund eines solchen Beschlusses vor Beendigung des Streiks erfolgt, behält sich die Arbeitsbörse das

Recht vor, Arbeitsuchende von der Andauer des Streiks in Kenntniß zu setzen. 4. Weigern sich die Arbeitgeber, sich einem Einigungsverfahren anzuschließen, so behält sich die Arbeitsbörse das Recht vor, nach Gutdünken im Einverständnis mit dem betheiligten Arbeiterverband vorzugehen.

### Gerichts-Beilage.

**Gefährdung der Sittlichkeit durch den Berliner Arbeiter-Kalender für 1899.** Das im Verlage von Meyerhofer's Nachfolger erscheinende Büchlein erhält in seiner diesjährigen Ausgabe unter Anderem auch eine kleine Novelle von Guy de Maupassant „Am Rande des Bettes“. Der Verfasser geißelt die Unsitlichkeit solcher Ehen, wo der Mann neben seiner rechtmäßigen Frau noch verschiedene bezahlte Liebesverhältnisse unterhält, indem er in Form eines Dialoges schildert, wie die Gattin eines solchen Ehemannes für die Gefatlung ehelicher Liebesfreunden nun ebenfalls Bezahlung von ihrem Gemahl verlangt. Die genannte Arbeit ist in allen Sammlungen Maupassant'scher Novellen zu finden, sie wurde auch vor Jahren von Maria Zeitlin übersetzt und ist damals durch eine Korrespondenz unbeanstandet verbreitet worden. Diese Zeitlin'sche Uebersetzung hat der Verleger Stebing (Inhaber der Firma Meyerhofer Nachfolger) in den Berliner Arbeiter-Kalender für 1899 übernommen; er mußte sich deshalb am Donnerstag vor der 9. Strafkammer am Landgericht I wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift verantworten. Nach langer Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 100 M. verurtheilt, außerdem erkannte das Gericht auf Einziehung der noch vorhandenen Exemplare des Kalenders, unter der Begründung, daß die genannte Maupassant'sche Arbeit objektiv unzüchtig und geeignet sei, das sittliche Gefühl gröblich zu verletzen. Da sich der Angeklagte auch dessen bewußt gewesen sei, mußte er bestraft werden.

**Im Zuchthaus.** Arg zusammengeschrumpft ist gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II eine Anklage, die unter der grellen Beleuchtung des Zuchthausfuries überaus drohend ansah. Wegen Nötigung und wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung waren die Porzellanarbeiter Max Jünser und Paul Klinko angeklagt. Es handelte sich um eine Episode aus der Arbeitseinstellung, die im August und September in der Porzellanmanufaktur Heldenwenger, Inhaber H. Schwarz, ausgebrochen war. Schwarz besitzt eine Fabrik in Spandau und eine in der Seseheimerstraße zu Charlottenburg. In der ersten war auf sogenannte Lampenbläser, angeblich, weil dieselben nicht mehr genügenden Abfall fanden, eine erhebliche Lohnreduktion proklamirt worden, mit welcher die Dreher nicht einverstanden waren. Sie legten die Arbeit nieder und die Arbeiter der Charlottenburger Fabrik schlossen sich ihnen im Gefühl der Solidarität an. Nun sollen Jünser und Klinko am Abend des 15. September den Dreher Vogt, der zuerst sechs Wochen mitgestreikt, dann aber die Arbeit wieder aufgenommen hatte, verfolgt, beschimpft und bedroht haben. Kerner soll Klinko am Abend des 18. September den Nachtwächter der Fabrik, Porzellanarbeiter Quos, beschimpft und mit Steinen geworfen haben. Vogt erklärte gestern als Zeuge, daß er zu seiner Braut im Hause Schillerstraße 80 gegangen sei. Ob die Angeklagten ihm gefolgt seien, wisse er nicht, denn Jünser wohnte in derselben Straße und sogar auf derselben Seite. Derselbe habe ihn gefragt, ob ihm der Werkmeister schon wieder ein Paar in die Presse gegeben habe, worauf er erwiderte: „Wer mich schlägt, kann wegen Körperverletzung auf drei Monate zum Egen kommen!“ Nun habe Jünser zu Klinko etwas gesagt, etwa als wie „Hau ihm ein Paar runter“, aber er könne es nicht auf seinen Eid nehmen, ob die Worte so lauteten. Es sei richtig, daß Klinko ihm mit erhobener Hand nachgelaufen sei, ob derselbe aber habe schlagen wollen, wisse er nicht. Beeinflusst, die Arbeit niedergulegen, sei er niemals worden. — Staatsanwalt: „Warum standen denn nun die Streikposten vor der Fabrik?“ — Vertheidiger Schmilinski: „Die Streikposten standen dort, um den Zugang von außerhalb abzuhalten!“ — Zeuge Vogt: „Die Arbeitenden sind nicht belästigt worden!“ Der Nachtwächter Quos hat in der Nacht vom 18. zum 19. September den Angeklagten Klinko mit zwei Anderen aus dem gegenüber der Fabrik liegenden Lokale von Paris kommen sehen. Diese Leute hätten ihn beschimpft und mit Steinen nach ihm geworfen. Zunächst giebt Zeuge zu, daß eine Einmischung auf ihn, am Streik theilzunehmen, nicht statgefunden hat und auch nicht stattfinden konnte, da er nicht in Arbeit stand, sondern nur als Wächter angestellt war. Zeuge hat zunächst nicht gewußt, daß es Klinko war, der mit Steinen nach ihm warf und ihn beschimpfte. Er hat seinen Strafantrag auf der Polizei gegen die beiden unermittelten Begleiter Klinko's gestellt und erst später ist es ihm eingefallen, daß es Klinko war. Die zur Verlesung gelangten Strafanträge, gut kontrollirt von Polizeibeamten aufgesucht, besagten bedeutend mehr, als wie die Belastungszeugen gestern auszusagen, das wurde aber durch das Zeugniß des Revierleutnants Hinz erklärt, der eine ziemlich traffe Schilderung der Ausschreitungen der Streitenden gab. Unter Anderem erzählte er, daß neun Mann wegen Streikpostenstehens verurtheilt worden seien. Der Vertheidiger setzte erklärend hinzu, daß jeder der Angeklagten vom Schöffengericht wegen groben Unfugs verurtheilt worden sei. Hier fiel ein Richter ein: „Aber Streikpostenstehen ist ja gar kein großer Unfug!“ — Vertheidiger: „Die Leute wurden nur zu 5 M. verurtheilt und um sich selbst nicht weitere Schererien zu machen, beruhigten sie sich!“ Der Staatsanwalt sah selbst ein, daß Nötigung und Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung nicht vorliege, insofern liege Verleumdung vor, und da diese Verleumdungen aus dem Bestreben hervorgingen, die Arbeitswilligen zu drangsaliren, so sei eine Geldstrafe nicht am Plage. Er beantrage für Jünser 3 Wochen Gefängnis, für Klinko einen Monat Gefängnis, und 2 Wochen Haft. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Schmilinski, bezeichnete zunächst die gestellten Strafanträge für rechtswidrig. Der Gerichtshof hielt die Strafanträge für zutreffend, zog auch bei der Bemessung der Strafe die ganze Situation (also den Arbeiterkampf) strafschärfend in Betracht, weshalb im Prinzip auf Gefängnisstrafe erkannt wurde, doch wurden die Angeklagten nur wegen Verleumdung zu je einer Woche Gefängnis, Klinko außerdem wegen Steinwerfens zu drei Tagen Haft verurtheilt.

**Gelegentlich eines Streiks** hatten am 10. Mai 1898 vier Spandauer Zimmerer (Reinle und Genossen) einen jüngeren Kollegen, der vom Bau nach Hause gehen wollte, davon abgehalten und ihn in eine Kneipe hineingeschoben, um ihm dort einen Vortrag über Solidarität zu halten. Er erklärte sich dann auch bereit, die Arbeit niederzulegen. Später erzählte er den Vorgang dem Meister und erklärte seine Nachgiebigkeit damit, daß er geglaubt habe, die Leute „würden“ ihn todtschlagen. Daraus wurden die vier Betheiligten des Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt und auch in den beiden ersten Instanzen verurtheilt. Auf ihre Revision hob gestern der Strafensatz des Kammergerichts das Urtheil des Landgerichts auf und verwies die Sache mit folgender Begründung in die Vorinstanz zurück: In dem Verhalten der Angeklagten auf der Straße könne ein körperlicher Zwang im Sinne des § 153 nicht gesehen werden, denn da sei es ihnen nur darum zu thun gewesen, den jungen Mann am Nachhausegehen zu hindern. Es fragte sich insofern, ob nicht der Thatbestand des § 240 Reichs-Strafgesetzbuchs (Nötigung) gegeben sei. Andererseits sei nachzuprüfen, ob nicht die Vorgänge in der Kneipe die Anwendung des § 153 rechtfertigten.

**Sechs Parteigenossen aus Gleiwitz** hatten am Himmelfahrtstoge des vorigen Jahres Wahlschlager in der Oeffentlichkeit veröffentlicht. Sie wurden vom Schöffengericht wegen groben Unfugs und wegen Vergehens gegen die Polizei-Ordnung vom 9. März 1896, die für Sonn- und Feiertage jede öffentlich bemerkbare Arbeit verbietet, zu Geldstrafen verurtheilt. Die Strafkammer in Gleiwitz sprach sie jedoch mit folgender Begründung frei: Die Flugblatt-Verbreitung, die von

Nachmittags 1 Uhr ab vor Beginn des Nachmittags-Gottesdienstes erfolgte, habe zwar die Aufmerksamkeit des Publikums erregt, sei aber im Uebrigen geräuschlos vor sich gegangen, so daß sie ein besonderes Aufsehen nicht bewirkt habe. Das Publikum habe sich erst in größerer Menge neugierig zusammengefunden, als der Bürgermeister zum offenen Fenster hinan einen Gendarm beauftragt habe, einigen inzwischen arreirten Flugblattverbreitern die übrigen Blätter abzunehmen. Auch in diesem Moment hätten die Angeklagten keinen Lärm gemacht. Die ganze Szene habe nur 10 Minuten gedauert. Das allen politischen Parteien durch § 43 Absatz III der Gewerbe-Ordnung gewährte Recht, zwischen der Bekanntmachung des Wahltermins und dem Wahltag selbst Wahlschriften ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis öffentlich zu vertheilen, müsse auch der Sozialdemokratie zugestanden werden. Es sei hier weder von einem groben Unfug, noch von einer bemerkbaren Arbeit zu reden. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urtheil insofern Revision ein, als dadurch die Angeklagten für nicht schuldig befunden wurden, an einem Feiertage eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet zu haben. Der Strafsatz des Kammergerichts, vor dem Rechtsanwalt Heinemann die Angeklagten vertrat, gab gestern der Revision des Staatsanwaltschafts statt, hob das freisprechende Urtheil auf und verwies die Sache nochmals an das Landgericht, indem er ausführte: Zu Unrecht sei das Landgericht in dem Vertheilen und Tragen der Flugblätter keine öffentlich bemerkbare Arbeit. Es sei einzig und allein maßgebend, daß das Publikum das Aufsehen und Tragen der Blätter gesehen konnte. Die Polizeiverordnung sei nicht irrtümlich angewendet worden, denn § 43 der Gewerbe-Ordnung enthalte nur gewerbepolizeiliche Bestimmungen, während es sich hier um die Heilhaltung der Feiertage handele.

**Schwere Mißhandlungen ihres Dienstmädchens** führten gestern dem Schankwirth Rudolph Hoffmann und dessen Ehefrau Christiane Hoffmann vor die IV. Strafkammer des Landgerichts I. Die Hauptbelastungszeugin, die unverschämte Dahle, behauptete, daß sie im Herbst v. J. bei den Angeklagten in Dienst getreten sei. Sie habe fortgesetzt eine so schlechte Behandlung seitens ihrer Dienstherrin erfahren, daß sie wiederholt darauf gedrängt habe, entlassen zu werden. Schließlich habe Frau Hoffmann sich damit einverstanden erklärt, daß die Zeugin am 30. November ziehen könne. Als die Zeugin am Abende des genannten Tages um ihr Dienstubuch bat, sei Frau Hoffmann wieder anderen Sinnes geworden und habe sie nicht ziehen lassen wollen. Die Zeugin habe nun ihren Meißel forttragen wollen, Frau Hoffmann habe aber den Griff an der anderen Seite des Korbes gepackt und beide hätten nun hin- und hergezerrt, um in den Besitz des Korbes zu gelangen. Um die Zeugin zu bewegen, den Griff loszulassen, habe die Angeklagte ihr fortgesetzt heftige Schläge mit einem Schüssel auf die Hand veretzt. Als sie ihren Zweck hierdurch nicht erreichte, ergreife Frau Hoffmann sodann die brennende Küchenlampe und hielt den heißen Zylinder so dicht gegen die Stirn der Zeugin, daß deren Haare abgebrannt wurden. Auf die Hilferufe der Begeleiteten eilte die Portiersfrau herbei, rief den Arm der Angeklagten mit der brennenden Lampe zurück und veranlaßte dadurch die Angeklagte, sich nach der Schankstube zurückzuziehen. Hier erzählte sie ihrem Manne, daß das Mädchen in Gemeinschaft mit der Portiersfrau sie schwer mißhandelt habe. Der Ehemann Hoffmann eilte nach der Küche, versegelte zunächst dem Mädchen mehrere Schläge und dann der auf dem Korridor stehenden Portiersfrau zwei Fußtritte gegen den Unterleib. Die Beweisnahme bestätigte die Angaben der Belastungszeugen vollumfänglich. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die angeklagte Ehefrau härter anzusehen sei, als ihr Ehemann; die erstere wurde zu drei Monaten, der letztere zu einem Monat Gefängnis verurtheilt.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Dresden, 16. Februar.** (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Genosse Ledebour von hier sollte heute Abend in Leipzig über die Rechtszustände in Deutschland reden. Die Versammlung wurde verboten, weil die „Sächsische Arbeiterzeitung“, deren Chefredakteur Ledebour ist, aufreizend geschrieben habe. (Die sächsische Regierung hat offenbar das Gefühl, daß das Dresdner Urtheil aufreizend gewirkt habe; sie zielt nun in bekannter Verwechselung der unglücklichen Kritik, statt dem schlechten Stück, das sie erst veranlaßt hat. Red.)

**Stuttgart, 16. Februar.** (W. L. W.) Infolge eines heftigen Windstokes stürzte heute Nachmittag in Asperg ein in Reparatur befindliches Wohnhaus ein. Bisher wurde ein Todter aus den Trümmern hervorgezogen, zwei Kinder sind verletzt.

**Laibach, 16. Februar.** (W. S.) Hier wurde heute früh um 3 Uhr 27 Minuten ein mehrere Sekunden andauerndes Erdbeben wahrgenommen.

**Paris, 16. Februar.** (W. S.) Im Senat hat heute die Wahl des Ausschusses stattgefunden, welcher über die Gesetzesvorlage betreffend die Revision berathen soll. Es wurden 9 Mitglieder gewählt, von denen 5 der Regierungsvorlage günstig und 4 derselben ungünstig gestimmt sind. Die Zusammenstellung der Stimmenzahl in den verschiedenen Gruppen hat ergeben, daß von den anwesenden 243 Senatoren 123 dem Gesetzesentwurf günstig und 113 ihm ungünstig gegenüberstehen. 7 Mitglieder hatten sich der Abstimmung enthalten. Dies Votum kann nicht als endgiltig angesehen werden, da 57 Senatoren bei der Abstimmung fehlten, deren Abstimmung im Plenum nach der einen oder anderen Seite den Ausschlag geben wird. Trotzdem ist man der Meinung, daß die Gesetzesvorlage der Regierung durchgehen wird. Die Aufregung in den Wandelgängen war eine so große, wie sie seit den Tagen des Boulangerismus nicht mehr vorgekommen ist.

**London, 16. Februar.** (W. L. W.) Unterhaus. Parlaments-Untersekretär Brodrick erklärt, die Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus habe beschlossen, die Verhandlungen als geheime zu betrachten. Es sei daher nicht möglich, Schriftstücke darüber vorzulegen. Uebrigens hätten bei den Schlussabstimmungen die englischen Delegirten sich der Abstimmung enthalten. England sei daher durch die vereinbarten Beschlüsse nicht gebunden. — Lawrence fragt an, ob mit Deutschland wegen der neutralen Zone im Hinterlande der Goldküste Verhandlungen stattfinden und ob jenes Gebiet jetzt für den Handel geöffnet sei. Brodrick erwidert, Verhandlungen fänden gegenwärtig nicht statt, aber das bestehende Abkommen hindere durchaus nicht, daß dort Handel getrieben werde. — Buchanan fragt an, ob der Sultan von Oman an Frankreich einen Hafen oder eine Kohlenstation abgetreten habe, oder abzutreten im Begriffe sei. Brodrick erklärt, soweit er unterrichtet, sei dies nicht der Fall.

Das Haus verwirft ohne Abstimmung einen Unterantrag Seton Karr's, wonach eine Untersuchung über die steigende Abhängigkeit Englands von der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande und die daraus im Kriegsfall sich ergebenden Zustände angestellt werden sollte. Im weiteren Laufe der Debatte erklärte Ritchie, das Handelsamt, die Admiralität und das Landwirtschaftsministerium hätten jene Frage untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchung gäbe indeß der Regierung keine Veranlassung, die vom Antragsteller erwarteten schlimmen Folgen zu fürchten. Der Ackerbau sei in England nie als ein entwickelterer gewesen als jetzt. (Aufe: Oho!) Ein Arrangement, durch welches England eine größere Zufuhr von Rohstoffen aus den Kolonien erhalten könnte, sei wünschenswerth, aber, wenn ein solches nur mittelst einer Einrichtung in der Art von Schutzzöllen möglich sei, so sei dies eine so eingreifende Abweichung von der Politik, welche die große Mehrheit des Landes adoptirt habe, daß das gewünschte Resultat unerreichbar sei. Eine starke, mächtige Flotte sei der Hauptfaktor zum Schutze der Lebensmittelfuhr aus dem Auslande.

Reichstag.

34. Sitzung, Donnerstag, 16. Feb. nar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates: Graf v. Posadowski. Die erste Beratung des neuen Invalidenversicherungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Certeil (lon.):

Gewisse Aeußerungen aus der gestrigen Verhandlung zwingen mich zunächst einige mit der Vorlage wenig zusammenhängende Gebiete zu streifen. Auch in die Beratung dieser eminent sozialen Vorlage spielt die alte Verwechslung zwischen sozial und sozialistisch hinein. Zwischen dem gesunden sozialen Sinn und dem ungesunden sozialistischen Unsinne (Weiterkeit links) ist eine himmelweite Kluft. Der gesunde soziale Sinn spricht sich aus in dem Sprichwort: Alle für Einen und Einer für Alle, der sozialistische Unsinne ist eine Treibhauspflanze, die nur im stidigen Dunst einer übermäßigen Hochkultur gedeiht. (Sehr richtig! rechts, stürmische Heiterkeit links.) Er zwingt den Einzelnen, unterzugehen in einer gestaltlosen Masse und erreicht nur den Kampf aller gegen Alle. (Bravo! rechts.) Vor dem gesunden, sozialen Sinn brauchen wir uns nicht zu fürchten, unsere gesammte Versicherungs-Gesetzgebung steht auf dem Standpunkt desselben. Herr Sturm hat nun gesagt, für die ganze soziale Gesetzgebung sei die Furcht vor der Sozialdemokratie bestimmend. Unter Furcht versteht man erstens die blasse Angst vor einem unabwehrbaren Schrecknisse. (Sehr wahr! rechts, Heiterkeit links.) Diese Art von Furcht dem Kanzler nachzusagen, der das geflügelte Wort geprägt hat, daß der Appell an die Furcht beim deutschen Volke nie Gehör finden werde, das kann ich nur als groteske Komik bezeichnen. (Sehr richtig! rechts.) Zweitens bedeutet Furcht indeß auch die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, einen Schaden oder einen Schädling (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten) abzuwehren. Ich will nun nicht leugnen, daß die Nebenabsicht bei der sozialen Gesetzgebung war, dem Schädling in Gestalt des sozialistischen Unsinn entgegenzutreten, die Hauptabsicht aber war, den sozialen Frieden zu fördern. Wir haben die Wirkung dieser Gesetzgebung niemals überschätzt, und wenn wir auch hoffen, daß der weitere Ausbau derselben dazu dienen wird, der Sozialdemokratie einen Theil ihrer Anhänger zu entziehen, so wissen wir doch, daß die fanatisirte Masse niemals überzeugt werden kann. Und wenn wir ihr die eine Hand fällen, die andere wird sie doch immer in der Tasche halten. (Sehr richtig! rechts.) Herr Sturm mag recht haben, daß für manche Kreise der Gedanke bestimmend gewesen ist, eine Erleichterung der Armen-Gesetzgebung herbeizuführen und wenn die Hoffnung, daß man sich durch die soziale Gesetzgebung von der Sozialdemokratie loskaufen könne, aber doch nur für die Kreise, welche von dem christlichen Grunde der sozialen Gesetzgebung und von der deutschen Auffassung noch Abstammung und Race keine Abnung haben können. (Weiterkeit links.) Herr Sturm hat ferner auch Veranlassung genommen, auf die brennende Frage der Landflucht der Arbeiter einzugehen, er schloß wohl das Bedürfnis, das hier vorzubringen, weil es den Herren, Gott sei Dank, im preussischen Landtage noch nicht möglich ist. Herr Sturm führte als einzigen Grund für diese Landflucht den Hunger an, den der Dichter Heine in seinen schönen Versen von den hungerigen und fatten Matten ausgesprochen hat. Meine Herren, überlegen Sie sich doch, daß Heinrich Heine, dessen lyrische Begabung ihm unbenommen sein mag, weder unseres Stammes noch im Grunde seines Herzens unserer Religion war. (Sehr wahr! rechts, große Heiterkeit links.) Für diejenigen seiner Mitbürger, die ihm persönlich am nächsten standen, ist ja allerdings, auch nach meiner Meinung, die Ueberfälligkeit erst der Anlaß zur Heimathstriebe. (Leb! Bravo! rechts, Lachen links.) In unserer deutschen Volks wird das Heimathdgefühl unter allen Umständen mächtig bleiben, aber es liegt in ihm doch ein seltsamer Zug in die Ferne, der durch allerhand andere Gedanken bestimmt wird. Die Lage der Landarbeiter ist durchaus nicht so schlecht, wie sie Herr Sturm sicherlich nicht aus eigener Erfahrung schildert. Will man sie mit derjenigen der Industriearbeiter vergleichen, so muß man auch ihre Naturbezüge in Betracht ziehen und diese nach Berliner Preisen berechnen. (Lachen links.) Vergessen Sie auch nicht, daß in Ostpreußen die meisten Ostpreußen ihre Leute nicht nur gegen Invalidität allein sichern, sondern auch alle anderen Versicherungen mit übernehmen und in der Regel die Kranken auf das Sorgsamste und Beste versorgen lassen. Auch ist das ganze Leben der ländlichen Arbeiter viel gesünder, als das der Industriearbeiter. Es ist zweifellos, daß die Vergütungssucht der jüngeren ländlichen Arbeiter eine Hauptursache der Landflucht bildet. Wenn Sie demgegenüber immer auf die vielfachen Vergünstigungen der Ostpreußen, speziell der Mitglieder des Bundes der Landwirthe hier in Berlin in den Wallfäden hinweisen, so möchte ich Sie nur einmal auf die Nummer des „Vorwärts“ vom 12. Februar er. hinweisen. Ich habe da im ganzen 12 Passagen, 10 Anzeigen von Spezialitäten-büchern und 4 Anzeigen von Wiener Maskenbällen gefunden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, diese Anzeigen sind sicher nicht für die „nothleidenden Agrarier“ oder für Fabrikarbeiter und deren Söhne bestimmt, sondern für die Arbeiter, und Sie werden nicht leugnen, daß solche Anzeigen einen großen Anreiz für einen Landarbeiter bilden müssen, dem vielleicht — was Gott beschützen möge — dieses Blatt in die Hand kommt. Er kann zu leicht auf den Gedanken kommen, wie schön muß es doch das werthvolle Volk in Berlin haben! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch das famose Thema der Prügelestrafe hat Herr Sturm wieder in die Debatte gezogen. Mein Fraktionsgenosse v. Köbell hat schon erklärt, daß wir die Prügelestrafe bei Minderjährigen verbieten für angemessen halten. Ich gehe noch weiter und halte sie bei gewissen thierischen Minderjährigen auch für ältere Leute für sehr nützlich. Freilich, unsere Anschauungen über das, was eine Nothheit ist, gehen weit auseinander. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich dazu denke, wie gewisse Herren über einen Fall denken, den ich hier nicht besprechen will, wie man bei viehischen Verbrechen gegen einen Halbblutigen schreiben konnte: wir denken menschlich über Menschliches — so kann ich eine solche Auffassung nur als eine Frage, als ein Geruch der Humanität bezeichnen. (Sehr wahr! rechts, Lachen links.) Nun komme ich zur Sache. (Weiterkeit links.) Ein erheblicher Theil meiner Freunde hat dem ganzen Gesetzentwurf gegenüber große Bedenken. Der Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsanstalten hätte man durchaus näher treten müssen. Die Einführung der Rentenstellen erhöht die Organisation außerordentlich. Herr Köfide sprach seine Vertheidigung darüber aus, daß das Haus von dem Antrag Bloß vertheidigt geblieben sei. Ein Freigeben der Grundzüge desselben liegt in dieser Schwung indeß nicht. Herr Sturm hat gemeint, der Antrag Bloß sei abgeändert gewesen von dem sozialdemokratischen. Dagegen hat Herr Vollenbruch 1897 wörtlich gesagt: Nun kann man freilich Herrn Bloß recht geben, er hat nichts abgeschrieben! (Lebhafter Widerspruch des Abg. Vollenbruch.) Uebrigens kommt es doch auch häufiger vor, daß eine minder scharfsichtige Heine ein brauchbares Et legt (Große Heiterkeit), also den Vorwurf des Abschreibens können wir ruhig auf uns nehmen. Weiter müssen wir fordern, daß auch die Betriebsunternehmer, die unter 2000 M. Vermögen haben, in die Invalidenversicherung einbezogen werden, denn ihnen geht es ebenso schlecht, wie den Arbeitern. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Kosten der Alters- und Invalidenversicherung von der Gesamtheit getragen werden müssen, daß die Versicherung nur bestehen kann im Einklang mit dem praktischen Christenthum. (Weiterkeit.) Von einem Vertheilungsgeld der einzelnen Anstalten kann keine Rede sein. Jeder aus der großen Volksgenossenschaft hat theil daran. Die Mittel sollten eigentlich durch Einkommensteuer aufgebracht werden;

dem stehen aber zur Zeit praktische Bedenken entgegen. Dringend notwendig ist aber die schleunige Hebung der Nothlage einzelner Anstalten, vor allem der ostpreussischen.

Zurückweisen muß ich ferner das, was Herr Sturm gegen die Kerze gesprochen hat. Der deutsche Kerzestand ist einer der ersten der Welt. Er ist parteilicher Urtheile gar nicht fähig.

Wir wollen an dem Gesetz mitarbeiten, in der vollen ethischen Absicht, Verbesserungen zu erzielen; aber man muß auch, und das ist mein Ceterum censeo, vor allem an den Mittelstand denken. (Beifall rechts.) Der soziale Gesetzgebung treibt und nicht an den Mittelstand denkt, gleicht einem Manne, der die Steine aus dem Fundament eines Hauses reißt, um damit die Säulen der oberen Geschosse zu füllen. Wenn Sie nicht stets des Mittelstandes eingedenk sind, so kommt für ihn vielleicht bald die Zeit, wo er sagen muß: Man kann nicht mehr, als man kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Bräufke (fr. Sp.):

Das Klebegezet hat in Ostpreußen nicht nur keine Sympathien, sondern vielfach große Entrüstung hervorgerufen. Die Kosten des Gesetzes ruhen da gänzlich auf den Schultern der Arbeitgeber. Dazu kommt noch die in der That nicht geringe Unbequemlichkeit des Lebens. In vielen Fällen ist deshalb auch jahrelang nicht geliebt worden. Ein Antrag auf Kostensenkung fand aber wenig Gegenliebe. Derartige Vorkommnisse muß durch eine Verbesserung des Gesetzes vorgebeugt werden. (Beifall.)

Abg. Stöbel (Z.):

Die Forderung der Aufbringung der Beiträge durch allgemeine Reichseinkommensteuer, die Herr Certeil heute betreten hat, ist ja auch eine alte sozialdemokratische Forderung. Ganz rechts und ganz links, das reicht sich da ja die Hand. Zum Glück ist ja wenig Anschritt vorhanden, daß wir dergleichen je bekommen. Ebenso wird auch der Vermögens-Ausgleich, der eigentlich springende Punkt dieser Vorlage, schwerlich Annahme finden. Er beruht auf einer Vermögens-Konfiskation und würde im Lande allenthalben nur Unwillen hervorrufen; dadurch würde das ganze Gesetz noch weniger beliebt werden, als es jetzt schon ist. (Sehr richtig!) Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Sacke über die Anknüpfungsklassen. Herr Sacke hat gesagt, daß sich heute die Vergarbeiter schlechter stehen als früher, weil die Anknüpfungsklassen alles Mögliche einrechnen; daß sie auch die Militärpensionen einrechnen, ist mir freilich neu. Aber ich kann nicht recht begreifen, weshalb die Leute früher mehr bekommen haben sollen. Wenn früher zehn verunglückten, so war es ganz sicher, daß neun davon nichts erhielten. Der jetzige Zustand bedeutet eine große Verbesserung in diesem Punkte.

Die örtlichen Rentenstellen halte ich für eine ganz gute Einrichtung. Eine zweckmäßige Versicherung der Weisiger ist aber notwendig. Es würde dem Arbeiter ein Gefühl der Sicherheit geben, wenn er Arbeitsgenossen auch in der entscheidenden Stelle wähle. Das mündliche Verfahren wird gleichfalls dem Arbeiter eine ganz andere Gelegenheit geben, seine Ansprüche vorzubringen, als bisher die vielen beschriebenen Vogen. Er hat wenigstens, wenn er plant, daß ihm ein Unrecht geschehen ist, die Möglichkeit, sich ordentlich auszusprechen.

Wir hoffen, daß das Gesetz aus der Kommission als ein recht brauchbares herauskommen und den Unwillen vermindern wird, der jetzt so allgemein gegen das Versicherungsgesetz herrscht. (Beifall im Centrum.)

Abg. Langinger (bayer. W.):

fordert eine Befreiung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes von dem ganzen Gesetz, das schon so viele traurige Folgen gezeitigt habe.

Abg. Jehr v. Stumm (Sp.):

Ich stimme darin mit den meisten Vorgesetzten überein, daß die Vorlage eine ganze Anzahl nützlicher Verbesserungen bringt. Aber sie macht nur halbe Arbeit. Ich habe schon vor zwei Jahren hier betont, daß man zu einer Reichsanstalt oder zu Landesanstalten übergehen müsse. Der vorgeschlagene Ausgleich ist nur ein Palliativmittel. Alle die Bedenken, die man gegen die theilweise Vermögenskonfiskation vorbringt, würden hinfällig sein, wenn man Landesanstalten schaffen würde. Wenn man sagt: der industrielle Arbeiter darf für den landwirtschaftlichen nicht leiden, so möchte man viel weiter gehen, man möchte für jede Arbeiterkategorie in jedem Ort eine eigene Versicherungsanstalt einrichten. Und da sieht man sofort die prinzipielle Unhaltbarkeit jenes Entwurfs.

Kommt der hier vorgeschlagene Ausgleich nicht zu stande, so ist meines Erachtens die preussische Regierung geradezu verpflichtet, die provinzialen Versicherungsanstalten zu einer großen Landesanstalt zu vereinigen. Ich höre, daß eine solche Vorlage bereits vorbereitet wird. (Hört! hört!) Dem Wunsche des Abg. Jehr, daß die Reklotten der Arbeiter mit in die Versicherung aufgenommen werden möchten, schlicke ich mich an und hoffe, daß die Kommission dazu Mittel und Wege finden wird. Für ganz ungerecht halte ich das System, daß die höher entlohnenden Arbeiter nicht nur höhere Rente bekommen, sondern auch früher in den Besitz derselben gelangen. Gerade diese Arbeiter sind in der Lage, Erbschaften zu machen. Wenn indeß die Wittwen- und Waisenversicherung einbezogen wird, würde ich diesen Mangel mit in den Kauf nehmen. Die Anknüpfungsklassen muß ich gegen den Abg. Sacke in Schutz nehmen; sie leisten mindestens soviel wie die provinzial-Vericherungsanstalten. Daß die Versicherungen-Gesetzgebung aus Furcht vor der Sozialdemokratie entstanden ist, ist nur sehr theilweise richtig, unrichtig ist aber die Folgerung, daß sie daher ein Verdienst der Sozialdemokratie sei. Wenn ein Baumeister aus Furcht vor Dieben an seinem Hause Verbesserungen aufzuführen läßt, ist doch etwa der Vortheil, den die Einwohner haben, ein Verdienst der Diebe? (Weiterkeit.) Die Sozialdemokratie weiß aus allem Guten, das für die Arbeiter geschieht, nur das Gift zu ziehen. Wir thun trotzdem, was wir für unsere Pflicht halten, müssen aber endlich der Debarkeit von jener Seite ein Ziel setzen. Sie raubt nicht nur den Arbeitern ihre Freiheit, sondern untergräbt auch die ganze Grundlage des Staates. (Leb! Bravo! rechts.)

Abg. Lucke (Rund der Landwirthe):

Auch ich bin der Ansicht, daß die Unternehmer des Mittelstandes in die Invalidenversicherung mit einbezogen werden müssen. Ebenso wichtig ist die Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung.

Abg. Graf Bernstorff-Mejlen (Welfe):

findet in den vielen Abänderungsvorschlägen zu der Vorlage der Verhütung seiner Ansicht, daß das Gesetz auf falschen Grundlagen aufgebaut ist. Die Kommission werde eine schwere Arbeit haben, wenn etwas Brauchbares zu stande kommen solle. Der vorgeschlagene Vermögensausgleich sei für ihn unannehmbar.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.):

Die Debatte dauert nun vier Tage, ich möchte wünschen, daß auch für unsere anderen Invaliden, die Militärinvaliden, der Reichstag einmal soviel Zeit übrig hätte, wie für die Invaliden der Arbeit. Zum Worte habe ich mich gemeldet, um mich gegen die heutige Behauptung des „Vorwärts“ in der Politischen Uebersicht zu wenden, ich hätte das Präsidium Urtheil bewundert. Im Parlamentsbericht des „Vorwärts“ steht richtig, was ich gesagt habe. Der „Vorwärts“ täuscht also seine Leser abfällig und wider besseres Wissen. (Siehe Notiz unter „Deutsches Reich“. D. Red.)

Abg. Singer (Soz.):

Herr von Stumm hat die Behauptung aufgestellt, meine Parteigenossen wollten in den Anknüpfungsklassen die Kerze zu sozialdemokratischen Agenten machen. Herr Stumm hat diese Behauptung ganz bewußlos aufgestellt. (Zuruf rechts: Wird schon kommen.) Ich glaube, der Beweis wird nicht zu erbringen sein. Charakteristisch für Herrn v. Stumm war weiter der Hinweis, daß er 1887, nachdem das Sozialgesetz gegeben war, die Noth-

wendigkeit empfunden hat, nunmehr etwas Positives für die Arbeiter zu schaffen. Das ist die Theorie des Ruderbrotes und der Beifische, und die Arbeiter danken für ein Ruderbrot, welches gleichzeitig mit der Beifische des Sozialengesetzes verbunden ist. Auf die Einbrechtheorie des Herrn v. Stumm einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Der mangelnde Beifall seiner Freunde wird ihn vielleicht belehren haben, wie fehlerhaft dieser Vergleich war. Herr v. Stumm hat gesagt, die Sozialdemokratie verführe es, aus allem Guten, was für die Arbeiter geschieht, nur das Gift zu ziehen. Ich nehme Akt davon, daß Herr v. Stumm damit zugegeben hat, daß auch Gift in der sozialen Gesetzgebung vorhanden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dies Gift ist der Zwang, der auf die Freiheit der Arbeiter ausgeübt wird; alle schmalen Vortheile sollen sie damit bezahlen, daß sie sich der Gewalttherrschaft der Unternehmer unterordnen. Herr v. Stumm war während der Verlesung, hier wieder für die Freiheit der Arbeiter einzutreten. Herr v. Stumm, der in seinen Betrieben keine andere Meinung duldet, als die er haben will, der seinen Arbeitern verbietet zu lesen, was sie wollen, und ihnen vorschreibt, was sie lesen sollen, der ihnen gebietet, nur mit seiner hohen Bewilligung zu betrahen.

Ich wende mich nunmehr zu Herrn Certeil. Ich habe mehr von ihm erwartet. Zunächst hat er die Behauptung des Abg. Sturm für unrichtig erklärt, daß die Invalidenversicherung auch zur Entlastung der Armenpflege dienen solle. Herr Certeil ist jedenfalls noch nicht lange genug im Reichstag, um die parlamentarische Gewohnheit zu kennen, sich erst das Material anzusehen, ehe man über eine Sache spricht. (Weiterkeit.) Ich verweise ihn auf die Regierungsvorlage. Da heißt es: „Dazu kommt noch die Erwägung, daß durch die Alters- und Invalidenversicherung eine erhebliche Erleichterung der öffentlichen Armenpflege eintritt. Die schigen Träger der Armenpflege werden, wie von keiner Seite bestritten wird, durch die Armenpflegegesetzgebung so ungleichmäßig betroffen, daß die Uebernahme eines Theiles derselben auf die Schultern des Reichs wiederholt angeregt worden ist. Die Invalidengesetzgebung bietet den Weg, um den in dieser Beziehung laut gewordenen Wünschen in der Gestalt des Reichsbeitrages entgegenzukommen.“

Nun hat sich Herr Certeil lebhaft erregt darüber, daß wir uns gegen die Prügelestrafe ausgesprochen haben. Er und seine Freunde sind ja für die Prügelestrafe bei Minderjährigen. Ich hoffe aber, daß Herr Certeil unter die Minderjährigen der Minderjährigen auch die Missethäter und Ungehorsamen der Offiziere und Studenten rechnet. (Sehr gut! links.) Wenn aber schon gewisse Missethäter bestraft werden sollen, dann glaube ich, werden die Herren vom Bunde der Landwirthe die ersten sein, gegen die sie angewandt werden muß, denn etwas Verwerblicheres, als diese Herren in der Art ihrer Agitation leisten, ist nicht denkbar. (Sehr richtig! links.)

Ich könnte Herrn Certeil Beweise für diese Behauptung was ihm nahe stehenden Kreisen bringen, die genügt haben, daß gegenüber dieser Agitation die der Sozialdemokratie gar nicht in Frage käme, daß diese sauft zu nennen sei gegenüber der Agitation des Bundes der Landwirthe. Herr Certeil hat uns zugernst, daß unsere Ansichten über Nothheit auseinander gingen und ich erlaube mir, ihm ein „sehr richtig“ zuzurufen. Ich wiederhole jetzt in der Diskussion, daß ich allerdings erregt und beglückt darüber bin, daß die Auffassung meiner Partei über Nothheit diametral gegenübersteht der Auffassung, die Herr Certeil zum Ausdruck gebracht hat. Wir nennen Nothheit z. B. die Verneinung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, wie sie seitens der Unternehmer versucht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — wir nennen Nothheit die Behandlung der ländlichen Arbeiter (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), wie es vielfach von Seiten der Ostpreußen geschieht, wir nennen Nothheit das Erlangen nach einer Nachahmungs-Vorlage gegen die Arbeiter seitens der Konfektion und das Verlangen, daß gegen Arbeiter anders verfahren werden müsse, wie gegen alle anderen Menschen. Als Beispiel, was wir unter Nothheit verstehen, habe ich hier ein Zirkular in der Hand, das von der Organisation der Köpfermeister Nürnberg verfaßt worden ist. Die Köpfermeister werden dadurch unter Androhung von Bestrafung seitens des Verbandes gezwungen, auf dem Entlassungsbüchlein jedes Gefellen folgende Punkte auszufüllen: Der Entlassene soll gekennzeichnet werden entweder als Blumacher oder als Geber, Fretter, Brauchbarer oder Fleißiger. Ein solches Verfahren nennen wir eine Nothheit, weil es dadurch jedem Arbeiter, der aus irgend einer Veranlassung mit seinem Meister auseinandergekommen ist, unmöglich gemacht wird, in seinem Berufs-Stellung zu finden. Bei Ihnen ist alles roh, was die Arbeiter thun, und was die Mitglieder der anderen Klassen thun, einschuldigen Sie mit jugendlichem Leichtsinne und allerlei anderen Dingen. (Sehr richtig! links.) Der Herr Abg. Certeil hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir gelegentlich eines Urtheils geirrt haben, daß wir menschlich über Menschliches denken. Er hat gemeint: wenn wir einen solchen Satz aussprechen, so sei unser Widerstreben gegen die Nothheit ein Verbrechen, eine Frage der Humanität. Ich konstatire, daß Herr Certeil die Pflicht gehabt hätte, wahrheitsgemäß zu zitiren. Herr Certeil, der jene Stelle ja doch gelesen hat, konnte nicht entgangen sein, daß wir ausdrücklich gesagt haben: „Es war unter den gegebenen Verhältnissen selbstverständlich, daß die Arbeiter wegen ihrer Ausbreitung bestraft werden mußten, aber es handelt sich nur darum, ob die so furchtbar harte Strafe, die verhängt wurde, im Verhältniß siehe zu den begangenen Thaten.“ Ich will jetzt auf das Urtheil selbst nicht weiter eingehen, davon wird an anderer Stelle die Rede sein. Ich will Ihnen nur Kenntniß von einem anderen Urtheil geben, welches angeht des Lübbauer Urtheils wohl Ihre Beachtung verdient: „Auf dem Rittergut Jankowalde hatte der Gärtner Robert Wittstod die beim Adbenbau beschäftigten polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu beaufsichtigen. Als am 22. Juni v. J. die polnische Arbeiterin Frau Redziolla sich einen Augenblick vom Unkrautjäten emporraffete, schlug Wittstod die Frau so brutal, daß sie hinfiel. Das Weib lag auf, worauf Wittstod sie mit der Erleuchtung, daß sie nicht weiter arbeiten solle, gewaltsam vom Felde brachte. Der entstandene Lärm lockte die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gemüthselken heran, und einige Leute, darunter auch der Gbemann der Gbshlagenen, gingen auf den Kuffcher zu, um ihm die notwendigen Vorhaltungen zu machen. Wittstod zog darauf einen Revolver hervor und rief den Arbeitern ein „zurück“ entgegen. Mit Ausnahme des empörten Gbemannes folgten sämtliche Arbeiter der Warnung. Als Redziolla weiter vordrängte, um sich seiner Gattin anzunehmen, drückte Wittstod los und traf den Arbeiter mit einem wohlgezielten Schuß in die Brust, so daß der Unglückliche tod zusammenbrach. (Hört, hört!) Die Gbshworenen fanden an Wittstod keine Schuld und nahmen Rothwech an, worauf dieser freigesprochen wurde. (Zurufe und anhaltende Bewegung.) Wir brauchen nichts weiter zu thun, als diese beiden Urtheile gegen einander zu stellen. Hier ein Mann, der getödtet hat, freigesprochen, dort Leute, welche roh gewesen waren, für ihr Leben vernichtet! (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.)

Ich will also auf dies Urtheil nicht weiter eingehen. Aber ich sage Ihnen, und man muß es dem Bürgerthum zur Ehre anrechnen, daß weit über unsere Kreise hinaus sich ein Schrei der Entrüstung und Empörung erhoben hat über dies Urtheil. (Große Unruhe rechts.) Das Urtheil wird allenthalben als Unrecht empfunden (Unruhe und starke Bewegung rechts), es wird eine blutige Saat sein für die Sozialdemokratie. (Entlassungsschrei rechts, stürmischer Beifall links.)

Herr Certeil hat die Lage der Landarbeiter sehr hell gezeichnet. Wir sind darüber etwas anderer Meinung, und ich kann mich da auf einen guten Zeugen berufen. Herr von Wittlicher sagte bei der Beratung des Alters- und Invaliden-Gesetzes: er kenne ganze Landstriche, in denen es geradezu Gewohnheit gewesen sei, für den Landarbeiter, in dem Moment, wo er aufgehört habe, zu arbeiten, gar nichts zuthun! (Hört! hört! links.) Es gebe Arbeitgeber, die dem Arbeiter

gegenüber die Prügelestrafe ausgesprochen haben. Er und seine Freunde sind ja für die Prügelestrafe bei Minderjährigen. Ich hoffe aber, daß Herr Certeil unter die Minderjährigen der Minderjährigen auch die Missethäter und Ungehorsamen der Offiziere und Studenten rechnet. (Sehr gut! links.) Wenn aber schon gewisse Missethäter bestraft werden sollen, dann glaube ich, werden die Herren vom Bunde der Landwirthe die ersten sein, gegen die sie angewandt werden muß, denn etwas Verwerblicheres, als diese Herren in der Art ihrer Agitation leisten, ist nicht denkbar. (Sehr richtig! links.)

Ich könnte Herrn Certeil Beweise für diese Behauptung was ihm nahe stehenden Kreisen bringen, die genügt haben, daß gegenüber dieser Agitation die der Sozialdemokratie gar nicht in Frage käme, daß diese sauft zu nennen sei gegenüber der Agitation des Bundes der Landwirthe. Herr Certeil hat uns zugernst, daß unsere Ansichten über Nothheit auseinander gingen und ich erlaube mir, ihm ein „sehr richtig“ zuzurufen. Ich wiederhole jetzt in der Diskussion, daß ich allerdings erregt und beglückt darüber bin, daß die Auffassung meiner Partei über Nothheit diametral gegenübersteht der Auffassung, die Herr Certeil zum Ausdruck gebracht hat. Wir nennen Nothheit z. B. die Verneinung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, wie sie seitens der Unternehmer versucht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — wir nennen Nothheit die Behandlung der ländlichen Arbeiter (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), wie es vielfach von Seiten der Ostpreußen geschieht, wir nennen Nothheit das Erlangen nach einer Nachahmungs-Vorlage gegen die Arbeiter seitens der Konfektion und das Verlangen, daß gegen Arbeiter anders verfahren werden müsse, wie gegen alle anderen Menschen. Als Beispiel, was wir unter Nothheit verstehen, habe ich hier ein Zirkular in der Hand, das von der Organisation der Köpfermeister Nürnberg verfaßt worden ist. Die Köpfermeister werden dadurch unter Androhung von Bestrafung seitens des Verbandes gezwungen, auf dem Entlassungsbüchlein jedes Gefellen folgende Punkte auszufüllen: Der Entlassene soll gekennzeichnet werden entweder als Blumacher oder als Geber, Fretter, Brauchbarer oder Fleißiger. Ein solches Verfahren nennen wir eine Nothheit, weil es dadurch jedem Arbeiter, der aus irgend einer Veranlassung mit seinem Meister auseinandergekommen ist, unmöglich gemacht wird, in seinem Berufs-Stellung zu finden. Bei Ihnen ist alles roh, was die Arbeiter thun, und was die Mitglieder der anderen Klassen thun, einschuldigen Sie mit jugendlichem Leichtsinne und allerlei anderen Dingen. (Sehr richtig! links.) Der Herr Abg. Certeil hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir gelegentlich eines Urtheils geirrt haben, daß wir menschlich über Menschliches denken. Er hat gemeint: wenn wir einen solchen Satz aussprechen, so sei unser Widerstreben gegen die Nothheit ein Verbrechen, eine Frage der Humanität. Ich konstatire, daß Herr Certeil die Pflicht gehabt hätte, wahrheitsgemäß zu zitiren. Herr Certeil, der jene Stelle ja doch gelesen hat, konnte nicht entgangen sein, daß wir ausdrücklich gesagt haben: „Es war unter den gegebenen Verhältnissen selbstverständlich, daß die Arbeiter wegen ihrer Ausbreitung bestraft werden mußten, aber es handelt sich nur darum, ob die so furchtbar harte Strafe, die verhängt wurde, im Verhältniß siehe zu den begangenen Thaten.“ Ich will jetzt auf das Urtheil selbst nicht weiter eingehen, davon wird an anderer Stelle die Rede sein. Ich will Ihnen nur Kenntniß von einem anderen Urtheil geben, welches angeht des Lübbauer Urtheils wohl Ihre Beachtung verdient: „Auf dem Rittergut Jankowalde hatte der Gärtner Robert Wittstod die beim Adbenbau beschäftigten polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu beaufsichtigen. Als am 22. Juni v. J. die polnische Arbeiterin Frau Redziolla sich einen Augenblick vom Unkrautjäten emporraffete, schlug Wittstod die Frau so brutal, daß sie hinfiel. Das Weib lag auf, worauf Wittstod sie mit der Erleuchtung, daß sie nicht weiter arbeiten solle, gewaltsam vom Felde brachte. Der entstandene Lärm lockte die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gemüthselken heran, und einige Leute, darunter auch der Gbemann der Gbshlagenen, gingen auf den Kuffcher zu, um ihm die notwendigen Vorhaltungen zu machen. Wittstod zog darauf einen Revolver hervor und rief den Arbeitern ein „zurück“ entgegen. Mit Ausnahme des empörten Gbemannes folgten sämtliche Arbeiter der Warnung. Als Redziolla weiter vordrängte, um sich seiner Gattin anzunehmen, drückte Wittstod los und traf den Arbeiter mit einem wohlgezielten Schuß in die Brust, so daß der Unglückliche tod zusammenbrach. (Hört, hört!) Die Gbshworenen fanden an Wittstod keine Schuld und nahmen Rothwech an, worauf dieser freigesprochen wurde. (Zurufe und anhaltende Bewegung.) Wir brauchen nichts weiter zu thun, als diese beiden Urtheile gegen einander zu stellen. Hier ein Mann, der getödtet hat, freigesprochen, dort Leute, welche roh gewesen waren, für ihr Leben vernichtet! (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.)

Ich will also auf dies Urtheil nicht weiter eingehen. Aber ich sage Ihnen, und man muß es dem Bürgerthum zur Ehre anrechnen, daß weit über unsere Kreise hinaus sich ein Schrei der Entrüstung und Empörung erhoben hat über dies Urtheil. (Große Unruhe rechts.) Das Urtheil wird allenthalben als Unrecht empfunden (Unruhe und starke Bewegung rechts), es wird eine blutige Saat sein für die Sozialdemokratie. (Entlassungsschrei rechts, stürmischer Beifall links.)

am Sonntag nichts zu essen geben, weil er am Sonntag auch nicht arbeitet. (Hört, hört! links. Unruhe rechts.) Nebenher giebt weitere Beispiele von den Zuständen auf dem Lande und dem Leben der Landarbeiter.

Wenn jeder Versuch einer sozialen Reform immer mit dem Hinweis auf die Sozialdemokratie bekämpft wird, so sind das eben Gründe, die nicht in der Sache selbst liegen, sondern in dem Widerwillen der Arbeiterklasse durch die soziale Gesetzgebung diejenigen Rechte zu geben, die ihr gebühren. Einer meiner Kollegen hat einmal mit einem gewissen Recht gesagt: Gebt den Arbeitern das volle Koalitionsrecht und wir schenken Euch die ganzen Arbeiterversicherungs-Gesetze etc. (Unruhe rechts.) Etwas Wahres ist in dem Ausspruch. Die Zeiten sind vorüber, wo die Arbeiterklasse in Deutschland dankbar die Hand des Herrn küßte, der ihr ein Stück Brot reichete. Sie hat gelernt, sich als gleichberechtigten Faktor im wirtschaftlichen Leben zu fühlen. Und wenn die Sozialdemokratie, welche die politische Organisation der Arbeiterklasse ist, diesen Grundfahnen im Lande, in der Presse und hier im Hause vertritt, dann erwirbt sie sich Anspruch auf größeren Dank der Arbeiterklasse, als die Herren, welche für die Arbeiter nichts Anderes haben, als etwas Puderbrot und recht viel Peitsche! (Große Unruhe rechts. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schinger (bayer. Bauernbündler) schließt sich den Ausführungen des Abg. Lanzinger an. Am besten wäre es, die Landwirtschaft wäre von dem „Wappergesetz“ ganz verschont geblieben.

Die Disjunktion wird geschlossen.

**Persönlich bemerkt.**

Abg. Freiherr v. Stumm: Herr Singer hat sich über mangelnden Beifall meiner Freunde geäußert, ich antworte ihm, daß wir keine Klagen haben. Er hat weiter gesagt, ich hätte am Schluß meiner Rede die Justizhausvorlage verlangt. Ich habe nicht die Justizhausvorlage, sondern ein Sozialistengesetz verlangt, also noch viel mehr. (Heiterkeit.)

Abg. Certeil (l.) persönlich: Herr Singer hat mir den Rathschlag gegeben (Stimme des Präsidenten).

Präsident Graf Ballestrem: Die Rathschläge des Herrn Singer können Sie nicht zum Gegenstande einer persönlichen Bemerkung machen.

Abg. Dr. Certeil (persönlich) (fortfahrend): Herr Singer hat gemeint, ich verurtheilte nur Rohheitsvergehen der Arbeiter. Er hat mich da mißverstanden. Ich verurtheile die Rohheitsvergehen in allen Kreisen, auch bei solchen Arbeitgebern, die ihre weiblichen Angestellten auf unsittlichen Nebenwerb hinweisen.

Die Vorlage wird auf Antrag des Abg. Schmidt-Eberfeld einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die nachstehende Interpellation des Abg. Johannsen (Däne):

„Erachtet der Herr Reichskanzler die außerordentlichen Maßregeln und die damit in Verbindung stehenden Ausweisungen dänischer Unterthanen, welche von der preussischen Staatsregierung in den nord-schleswigschen Kreisen ergriffen worden sind, für gerechtfertigt und den Interessen des Reiches entsprechend?“

Präsident Graf Ballestrem: Ich frage zunächst den Herrn Reichskanzler, ob und wann er die Interpellation zu beantworten gedenkt.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe:

Ich gestatte mir auf die Frage des Herrn Präsidenten folgendes zu erwidern: Das Recht der Ausweisung von Ausländern ist der Ausfluß eines Landes-Hoheitsrecht der Bundesstaaten, dessen Ausübung weder nach der Reichsverfassung noch nach den Reichsgesetzen der Beaufsichtigung des Reichs unterliegt. Die Bestimmung des Artikels 4 Absatz 1 der Reichsverfassung, wonach die Fremden der Beaufsichtigung des Reichs unterliegen, kann auf die Ausweisung von Ausländern nicht bezogen werden. Diese Bestimmung ist im Jahre 1867 auf Antrag des Abg. Michaelis in die Verfassung aufgenommen worden. Ihre Absicht und ihr Anlaß gingen lediglich dahin, die Möglichkeit auszusprechen, daß etwa auf dem Wege der einzelstaatlichen Fremdenpolizei die reichsrechtlichen Bestimmungen über Indigenat und Freizügigkeit illusorisch gemacht werden. Dagegen ist eine Einschränkung des Rechts der Einzelstaaten zur Ausweisung von Ausländern aus dieser Bestimmung nicht abzuleiten. Es werden also die Maßregeln der preussischen Regierung, welche den Gegenstand der Interpellation bilden, davon nicht berührt. Aus diesem Grunde muß ich es ablehnen, die Interpellation zu beantworten und auf dieselbe sachlich einzugehen. Sollte trotzdem eine Besprechung der Interpellation beschlossen werden, so würden sich die Vertreter der verbündeten Regierungen nicht daran beteiligen können. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Ich beantrage, daß das Haus trotz dieser Erklärung in eine Besprechung der Interpellation eintritt.

Präsident Graf Ballestrem: Die Besprechung einer Interpellation ist zulässig, auch wenn die Regierung eine Antwort verweigert, sobald 50 Mitglieder eine Besprechung verlangen.

Für die Besprechung stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen, die sächsische Volkspartei, der Abg. Nische und die große Mehrheit des Zentrums. Die Unterstützung ist mehr als genügend und das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Der Reichskanzler, Graf Poyadowsky und alle Regierungskommissare verlassen den Saal.

Abg. Johannsen (Däne):

Die Massenansammlungen dänischer Unterthanen, die brennendsten politischen Maßregeln, die seit vier Monaten in Nord-Schleswig an der Tagesordnung sind, dauern fort. Herr v. Köller und im preussischen Abgeordnetenhaus die Regierung haben offen erklärt, daß ihre Ausweisungen, soweit sie sich gegen Personen richten, die in der Landwirtschaft thätig sind, nicht der Ausgewiesenen selber, sondern ihrer Arbeitgeber wegen erfolgt sind. Wirkliche Dänen gibt es in Nord-Schleswig noch nicht 2000. Die 19- bis 20 000, von denen die preussische Regierung immer spricht, sind nicht in Dänemark geborene Dänen, sondern geborene Nord-Schleswiger, die nach dem Wiener Vertrag von 1864 das verfassungsmäßige Recht besitzen, bei uns unbefristet an Person und Eigentum zu wohnen. Sie besitzen das Recht des Indigenats bei uns. Im Lichte dieser Thatfachen müssen wir die Ausweisungen betrachten. Die 2000 Dänen in Nord-Schleswig sind friedliche, ruhige Arbeiter, sind Aechte, Mägde, Handlungsgehilfen, Meierei-gehilfen und Tagelöhner, und diese ruhigen Unterthanen eines befreundeten Staates werden in großer Zahl ausgewiesen. Durch diese Ausweisungen schafft man bei uns nicht bloß Unzufriedenheit, sondern auch Verunsicherung. Die Regierung und ihre Anhänger behaupten, die dänische Agitation und die dänische Presse habe Schuld an den Ausweisungen und an den neuen politischen Maßregeln. Die parlamentarischen Vertreter der nord-schleswigschen Bevölkerung werden als dänische Agitatoren bezeichnet. Galtten wir vor den Dänen in Nord-Schleswig einen Vortrag über Parlamentarismus, so werden wir der dänischen Agitation bezichtigt, Verdächtigungen kommen gegen uns zum Vorschein, als ob wir in diesen Verclamungen landesverrätherisches Treiben uns erlaubten. Meine Herren, das stimmt nicht, das ist eine Unwahrheit, alle die, die solche Behauptungen aufstellen, sind Lügner. Wie ist es auch nur gewagt worden, uns eine Anklage wegen Landesverrats an den Hals zu werfen. Gegen so schändliche Beschuldigungen sind harte Worte am Platze. Ich wiederhole, das sind Lügner, die Derartigen sagen. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus wiederholte die Regierung Behauptungen, die sich nicht beweisen lassen und griff, statt auf die Sache selber einzugehen, die Person des Abg. Hansen an. (Stimme des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie haben diejenigen, die Beschuldigungen gegen den Abgeordneten aus Nord-Schleswig vorbringen, mit großer Emphase Lügner genannt, nunmehr tragen Sie vor, daß von Seiten der preussischen Regierung gegen diese Veronen Vorwürfe erhoben worden seien. Das ist nicht zulässig. Sie dürfen nicht die Mitglieder einer Bundesregierung Lügner nennen. (Beifall rechts.) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Johannsen (fortfahrend): Das hat nach meiner Auffassung in meinen Worten nicht gelegen, ich habe nur gesagt, daß die preussische Regierung gegen den Abg. Hansen Beschuldigungen aus einer Schrift erhoben... (Stimme des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, das ganze Haus wird den Eindruck gehabt haben (Stimme links: nein! nein!), daß Sie mit großer Geschicklichkeit Ihre Worte gegen die preussische Regierung gerichtet haben. Ich glaube, in Ihrem Innern werden Sie selbst davon überzeugt sein, daß ich recht habe.

Abg. Johannsen (fortfahrend): Die Schrift, die gegen den Abg. Hansen verwerthet worden ist, ist eine Schmähschrift gegen das Dänentum und enthält eine unendliche Menge von Lügen gegen das Dänentum in Nord-Schleswig. Es beweist also tiefste Unkenntnis, wenn man diese Schrift gegen den Abg. Hansen benutzen will. Die Rede des Herrn Riquel war kurz, sie hätte noch länger sein können. (Heiterkeit.) Man hat unsere Presse und unsere Vereine angegriffen. Die Presse steht unter dem Preßgesetz, die Vereine unter dem Vereinsgesetz. Man hat ihnen nichts anhaben können. Wenn das aber genügt, die Ausweisungen zu rechtfertigen, dann muß ich ausrufen: O tempora, o mores (O Zeiten, o Sitten). (Große Heiterkeit.) Was will man denn mit den Ausweisungen bezwecken? Die Regierung sagt, die Sprache will sie nicht verfolgen, die Schleswiger können so viel dänisch sprechen, wie sie wollen. Das wäre auch sehr schwer. Aber in der Schule ist jetzt die dänische Sprache bis auf den Religionsunterricht ausgemerzt. Früher dachte man ja noch anders. Ein gut deutscher Professor hat einmal gesagt, die Gerichte sind des Volkes wegen, nicht das Volk der Gerichte wegen da. Das Volk hat ein Recht darauf, daß ihm Recht gesprochen wird in seiner Sprache. In Deutschland hat man diesen Rath nicht befolgt. Ich meine, im Gebrauch der Muttersprache kann doch keine Agitation gegen die deutsche Nation gesehen werden. Aber weil selbst die dänischen Privatschulen verboten wurden, haben die Nord-schleswiger ihre Kinder in Dänemark in die Schulen geschickt. Wie kann man einem Volke den Gebrauch der Muttersprache verbieten. Jetzt werden die Leute, die ihre Kinder in dänische Schulen schicken, ausgewiesen, das betrachten die Nord-schleswiger als große Ungerechtigkeit, ja als Rechtswidrigkeit. Das kleine Völkchen fühlt sich unendlich bedrängt in seinem Recht auf Freiheit, die auch ihm als Theil des deutschen Volkes zu gute kommen sollte. In diesem ungleichen nationalen Kampf fühlt sich dieses kleine Völkchen umso mehr zum Mutterlande hingezogen. Herr von Köller hat sich gewundert, daß ich nicht zu ihm gekommen bin und gesagt, ich müßte wohl ein böses Gewissen haben. Herr v. Köller irrte sich, nicht mein böses Gewissen, sondern mein kranker Hüh hat mich verhindert, zu ihm zu gehen. (Heiterkeit.) Er muß aber über die Dänen sehr falsch berichtet worden sein, sonst wären seine harten Maßregeln gar nicht zu erklären. Der houvinsische-deutsche Verein, der sich in Nord-schleswig gebildet hat, treibt ein schändliches Denunziationshandwerk gegen die dänische Bevölkerung. Der Verein glaubt den Patriotismus gepachtet zu haben. Das ist aber kein reiner Patriotismus. Die Thatfache, daß in Nord-schleswig viel dänisches Gefühde beschäftigt wird, wird als dänische Agitation gedeutet. Aber nur die Leutenoth führt die dänischen Arbeiter nach Deutschland. Herr v. Köller sagt, er will Ruhe haben. Jetzt hat er die Unruhe geschaffen. Es sind viele unschuldige dänische Volksangehörige ausgewiesen worden. Ich frage, sind solche Maßregeln des deutschen Volkes würdig? Die Verantwortung dieser Frage überlasse ich Ihnen, den Vertretern des deutschen Volkes. (Beifall links und im Zentrum.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung der Interpellation Johannsen. Außerdem: Wahlprüfungen. Antrag Nicker, betr. Wahrung des Wahlheimrechts. Antrag Deul zu Hermsheim über Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen. Antrag Liebermann von Sonnenberg über das Schächerverbot.

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Kommunales.

### Stadterordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Februar 1899, Nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berichterstattung des Stadtv. Dr. Herm es über die Vortage betr. die Ordinariate jüdischer Lehrkräfte an den hiesigen Gemeindefschulen, wozu die in gestriger Nummer bereits mitgetheilten Anträge des Ausschusses und des Stadtv. Dr. Preuß vorliegen.

Es wird beschlossen, den Gegenstand für heute ab- und auf die nächste Tagesordnung zu legen.

Die brennende Frage einer städtischen Zentralbibliothek soll wenigstens provisorisch gelöst werden. Die Magistratebibliothek und die Görtz'sche Bibliothek, erstere bis auf eine im Rathshaus verbleibende Geschäfts- und Handbibliothek von 20-25 000 Bänden, sollen nach den bisherigen Räumen der zweiten Sparkasse in der Zimmerstr. 91 verlegt werden. Zugleich wird von dem niedergelegten Ausschuss folgende Resolution empfohlen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei der Aufstellung des Etats für 1900 dafür Sorge zu tragen, daß die Mittel für Vergrößerung der Bücherbestände der städtischen Bibliothek erheblich vergrößert werden.“

Stadtv. S o r w i l y bedauert, daß dieser so wichtige Gegenstand anscheinend aus Rücksicht auf die Etatsberatung etwas über das Anie abgedrängt werden soll.

Die Stadtv. S c h w a l b e und G e r s t e n b e r g, sowie der Referent K a l i s c h zerstreuen die Besichtigungen des Vortredners.

Der Antrag des Ausschusses und die Resolution gelangen zur Annahme.

Ungeöhnlich früh ist in diesem Jahre der Versammlung vom Magistrat der Etatsentwurf für 1899 vorgelegt worden, dessen erste Beratung den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet.

Stadtkämmerer M a h: Unser Etat erfordert diesmal eine Ausgabe von rund 99 Millionen Mark; gerade 55 Millionen davon sind durch Steuern zu decken. Die festen Steuern ergeben 3 317 000 M.; die restierenden 52 Millionen müssen durch die Grund- und Gebäude-, Gewerbe- und Einkommensteuer gedeckt werden. Dazu wird der alte Satz von 100 pCt. Einkommensteuer und 150 pCt. der andern ausreichen. Grund- und Gebäudesteuer ergeben 17 400 000 M. oder 5,8 pCt. des auf 300 Millionen angenommenen Rubrikbetrages der städtischen Grundstücke. Die Gewerbesteuer ist mit 8 100 000 M., die Einkommensteuer mit 26 880 000 M. angelegt. Seit 1887 ist die Einkommensteuer von 12 Millionen auf 26 Millionen erhöht, wobei die verfahrte Einschätzung in Betracht kommt, so daß wir mit der Einschätzung der Wirklichkeit bereits ganz nahe gekommen sein dürften und nennenswerthe Ueberschüsse über den Anschlag nicht mehr zu erwarten sind. Im Einzelnen sind u. A. für Neu- und Umpflasterungen 4 800 000 M. vorgezogen. Was die städtische Finanzlage im Allgemeinen betrifft, so dürften wir immerhin einen nicht unangünstigen Abshluß haben, sofern nicht noch Elementarereignisse, wie große Schneefälle u. dergl., eintreten, die den Ausgabe-Etat belasten.

Stadtv. S i n g e r: Mit Gemüthung konstatiere ich, daß der Etat uns diesmal früher als sonst zugegangen ist; unser Drängen ist also nicht erfolglos geblieben, und der Kämmerer wird sich jetzt zu dem geflügelten Wort bekennen: „Es geht auch so!“ Ich kann nur wünschen, daß noch im Laufe der Etatsberatung uns zur Kenntniß komme, wie sich der Abshluß des laufenden Etatsjahres stellt. In Rücksicht auf die laufenden Ueberschüsse, die vielleicht in Aussicht stehen, könnten ja dann doch ein Etat noch Änderungen vorgenommen werden. Für uns ist eine Ueberschreitung der Einkommensteuer über 100 pCt. keineswegs das Schreckenswort, wie für viele andere Mitglieder. (Unruhe.) Das stets angeführte Motiv, die Nothwendigkeit der Genehmigung des Etats durch die Aufsichtsbehörde zu vermeiden, hat ja gewiß, zumal unter den heutigen Verhältnissen, seine Berechtigung; aber die Stadt

wird doch niemals Staats machen, welche die Approbation der Aufsichtsbehörde zu scheuen haben. Die Finanzlage Berlins kann auch ich als günstig bezeichnen. Die Etatsberatung fordert zu einigen allgemeinen Betrachtungen auf. Die Bürgerchaft wünscht endlich die Beendigung der oberbürgermeisterlosen, der schrecklichen Zeit. Wir haben einen Oberbürgermeister vor bald 8 Monaten gewählt, der bis jetzt nicht bestätigt, auch nicht nichtbestätigt ist. Wir stehen alle unter dem Eindruck, daß hier eine Behandlung der Stadtverwaltung stattfindet, die geeignet ist, die größten Verlegenheiten zu bereiten. Wenn die lokale Versammlung so oft in der Lage ist, in Allerhöchsten Schreiben Dank und Anerkennung für ihre Thätigkeit zu erhalten, dann steht damit ein Widerspruch die Thatfache, daß nun schon seit Monaten der Stadt diejenigen Verlegenheiten bereitet werden, welche aus dem Fehlen des ersten Chefs der Verwaltung entstehen. Die Schäden liegen nicht in dem formellen Fehlen des Oberbürgermeisters, sondern in dem Fehlen einer Arbeitskraft für die Leitung der städtischen Geschäfte. Da wir angeblich in einem konstitutionellen Staate leben, so wende ich mich an die danach verantwortliche Stelle, den preussischen Minister des Innern. Ich kann es nur als eine Mißachtung der Verwaltung und der Bürgerchaft bezeichnen, daß man eine solche bedeutsame Entscheidung Monate und Monate lang in der Schwebe läßt. Der Minister hat im Landtage die Verantwortung dafür übernommen, daß sein Unglück daraus entsteht, wenn die Bestätigung sich noch verzögert. (Heiterkeit.) Hat er vielleicht geglaubt, die städtische Verwaltung würde mit Stangen und Spießen vor sein Palais ziehen, um seine Nachtruhe zu stören? Ich glaube im Gegentheil, die Bevölkerung wünscht dem Minister solange und soviel wie möglich Ruhe, auch für seine ministerielle Thätigkeit und namentlich soweit Berlin in Frage kommt. (Heiterkeit.) Mit Scherzen fertig man solche Dinge nicht ab; der Minister hat seine Verantwortung zu tragen, Berlin kann ihn nicht verantwortlich machen. Im Zusammenhang damit steht das Ausbleiben der Bauerlaubnis für den Friedhof im Friedrichshain. Erfreulicherweise ist, wenn auch spät, dem Magistrat die Geduld in dieser Sache endlich gebrannt. Der Minister hat im Abgeordnetenhaus davon gesprochen, daß die Regierung der Bauerlaubnis deswegen nothwendig geworden sei, weil Rückfragen nötig gewesen wären, neue Pläne hätten vorgelegt werden müssen etc., als ob ein dauernder Verkehr in dieser Frage zwischen der Stadt und dem Polizeipräsidium stattgefunden hätte. Davon ist aber nicht ein Wort richtig. Der Magistrat hat nur mitgeteilt, daß er die Bauerlaubnis nachgefragt, nach Monaten daran erinnert und wieder erinnert und endlich, nachdem sich im ministeriellen Walde gar nichts gerührt hatte, eine Beschwerde an den Oberpräsidenten gerichtet hat. Ich habe die Empfindung, als ob noch andere Einflüsse, Motive und Wünsche an bestimmten Stellen vorhanden sind, welche in gar keinem Zusammenhang mit den schwebenden Fragen stehen; ich habe so im Stillen die Meinung, als ob der künftige Oberbürgermeister erst über die Schloß-terrasse ins Rathshaus einziehen wird. (Sehr gut!) Unsere Erfahrungen auf diesem Gebiete zwingen uns ganz entschieden, alle Vorsicht zu üben; die Würde der Bürgerchaft wird am allerbesten dadurch gewahrt, wenn an seiner Stelle auch nur der Versuch gemacht wird, derartigen Lokationen zu folgen. Je fester die Bürgerchaft auf ihren Rechten besteht, desto sicherer wird sie Beeinträchtigungen widerstehen, wie sie hier hereingebrochen sind. Was uns bestimmen kann, den Muth nicht zu verlieren, ist, daß der Herr, um den es sich hier handelt, seit jener Zeit durch Verdoppelung seiner Arbeitskraft uns die Rothlage, in die er und wir veretzt sind, möglichst vergehen zu machen gesucht hat. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.) — In der Stadtverwaltung muß zunächst an dem dringendsten Punkte die Reform einsehen, bei den Armengebern. Hier sind noch Säge in Geltung, die absolut nicht den bescheidensten Ansprüchen genügen. Kommt der neugewählte Chef der Armenverwaltung diesem Bedürfnis entgegen, so wird er sich den Dank der Stadt verdienen. Aber ein lebhafteres Tempo muß eingeschlagen werden. Berlin muß sich überhaupt bewegen, die für eine humane, verständige Verwaltung nötigen Kosten nicht bloß aus den städtischen Werken und den Steuern aufzubringen, sondern die Quelle der Abgaben von Mien-geellschaften ergiebiger zu machen. Für die Folge darf die Politik der Uebergabe der Straßen und Plätze an das Privatkapital nicht weitergetrieben werden. Das wird uns so nötiger sein, als wir nach dem Scheitern der vorigen Sitzung an die Hausbesitzer (Widerpruch) zweifellos nicht mehr dem Andrängen auf Beibehaltung des Gales widerstehen können. Eine Herabsetzung muß erfolgen, die Einnahmen werden etwas geschmälert werden, und die Erschließung neuer Einnahmequellen wird deshalb mit um so dringender. — Für die städtischen Arbeiter sind in den Spezialentscheidungen durchweg Lohnerhöhungen vorgenommen. Wenn sie auch gering sind, es ist doch ein kleiner Fortschritt zu konstatieren. Um aber die Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, reichen kleine Lohnerhöhungen nicht aus. Wir müssen in der sozialen Fürsorge für die städtischen Arbeiter zu ganz anderen Mitteln und Maßregeln übergehen. Die moderne Zeit hat mit der Auffassung übereinstimmend, als ob die Arbeiterklasse eine quantitas négligeable wäre; das geht heute nicht mehr. Die Gleichberechtigung der Arbeiter ist anerkannt, und wenn wir es in den städtischen Betrieben noch immer an den Einrichtungen fehlen lassen, die das zum Ausdruck bringen, wie Pensionen und dergl., so ist das doppelt zu beklagen, nachdem uns andere deutsche Städte längst darin vorangegangen sind. Von allen Großstädten der Welt steht Berlin in dieser sozialen Fürsorge noch am tiefsten. Frankfurt, Stuttgart, Mannheim, Bremen, Hamburg haben derartige Einrichtungen, und die wir noch immer lämpfen müssen. Die Sicherstellung des Koalitions- und Petitionsrechts ist in unseren Verwaltungen nicht vorhanden. Entlohnungen sind erfolgt aus politischen Gründen. So ist ein Mann entlassen worden, der den Vorsitz in der Filiale des Verbandes der städtischen Arbeiter Friedrichshagen übernommen hatte. Alle Beamtencategorien haben sich in Verbänden zusammengeschlossen, kein Mensch legt ihnen einen Stein in den Weg, aber dann muß den Arbeitern billig sein, was jenen recht ist. (Sehr richtig!) Ein anderer Arbeiter von den Wasserwerken hat erzählt, der Betriebsingenieur Kalkmann hätte ihm vorgeworfen, daß er eine Petition unterschrieben habe, und hätte hinzugefügt: Solche Elemente werden bei uns nicht geduldet. Herr Kalkmann hat allerdings besprochen, diese Worte gebraucht zu haben. Nun ist der Arbeiter entlassen worden, weil er angeblich falsche Gerüchte über den Herrn verbreitet hat; die Gründe für seine Entlassung sind ihm nicht angegeben worden. Der Stadtrath Haad hat eine Deputation der Wasserwerks-Arbeiter nicht empfangen, während die Stadträte Ramsau und Marggraf ohne Weiteres ähnlichen Gesuchen nachgegeben sind. Ich hoffe, diese Beispiele werden erziehblich auf Herrn Stadtrath Haad wirken. (Große Heiterkeit.) Es scheint überhaupt so in der Luft zu liegen, daß alle Forderungen der Arbeiter innerhalb ihrer Betriebe als sozialdemokratische Agitation zurückgeführt werden, man nimmt an, die städtischen Arbeiter stehen in steter Verbindung mit uns, den sozialdemokratischen Vertretern, und wir sagen ihnen, was sie fordern sollten. Das ist eine ganz unzutreffende Auffassung. Mängel in unseren Betrieben sind auch sonst vorhanden. Bei den Gaswerken ist ein Arbeiterauschuss eingesetzt, tritt aber nicht zusammen. Die Forderungen der Arbeiter der Wasserwerke, welche in dem Verlangen nach einem Arbeiterauschuss gipfeln, sind abgelehnt worden, soweit der Arbeiterauschuss in Frage kommt. Bei den Kanalisationswerken hat man einen Arbeiterauschuss rundweg abgelehnt, während allerdings an einer Arbeitsordnung bereits gearbeitet werden soll. Alle solche Einrichtungen muß sich doch eine Stadt wie Berlin nicht erst abringen lassen, sie muß ihren Stolz darin setzen, sie zu haben und musterhaft zu haben. Nicht Armen- und Krankenpflege allein machen eine städtische Verwaltung zu einer Selbstverwaltung, sondern die soziale Fürsorge ist es, welche heute einen Betrieb über den andern hinaushebt. In einer Stadt mit einem 100-Millionen-Etat, zu dem noch 60 Millionen aus den städtischen Werken kommen, sollten doch auch alle den Arbeitern in der Gewerbe-Ordnung garantierten Ein-

richtungen, wie Arbeitsordnung, Arbeiterauschüsse etc. endlich zur Durchführung gelangen. Der Magistrat kann nichts Besseres thun, als Gelegenheit zu geben, diese Einrichtungen zur Ausführung zu bringen. Heute herrscht in unseren Betriebsverwaltungen noch die reine Anarchie. Wenn diese meine Anregungen etwa die Ausgaben vermehren sollten, kann der Magistrat sicher sein, einen Widerspruch von uns nicht zu erfahren, und ich hoffe, daß auch die Mehrheit sich schließlich immer mehr überzeugen wird, daß zur vollständigen Erfüllung der Aufgaben der Verwaltung in erster Reihe die Fürsorge für die Arbeiter gehört. (Beifall.)

**Stadt. Gersberg:** In der Oberbürgermeister-Frage kann die Verwaltung nicht das mindeste Verschulden treffen. Wir müssen uns bescheiden, daß wir vor einer unerklärlichen Thatsache stehen. Wir wissen, was wir an unserm Bürgermeister haben, wie er arbeitsfähig und charaktervoll seines Amtes waldet. Ueber die Gründe des Ausbleibens der Verfassung kann auch Herr Singer nur Vermuthungen haben. Herr Singer hat übersehen, daß die Arbeiter aus eigenen Mitteln eine Pensionskasse begründen wollen, deren Aufsicht die Stadt führen soll. Das ist der richtige Weg, der Weg der Selbsthilfe, den wir immer empfohlen haben. Die Einzelfälle, die Herr Singer vorgebracht hat, können wir nicht prüfen, im Staatsauschuss und in den Verwaltungsdeputationen wird sich darüber reden lassen. Falschlich hält man die Stadt für feindlich. Der Ueberstich des letzten Jahres rührt nicht aus den Steuern, sondern aus außerordentlichen Einnahmen her, so beinahe vier Millionen aus den Rückeinnahmen aus Straßenerweiterungen. Unsere städtische Schuld beträgt 276 Millionen, davon freilich 206 Millionen durch die städtischen Werke gedeckt werden. Wir sind also nach wie vor auf Sparfüßigkeit angewiesen, wenn wir auch auf die musterhafte Ordnung unserer Finanzen stolz sein können. Die Verbilligung des Gases läßt sich nicht durchführen, ohne die Einkommensteuer zu erhöhen, und darauf können wir unmöglich eingehen. Nach unserem letzten Beschlusse wegen des Waffentaris muß ja auch für den Einnahmefall anderweitige Deckung gesucht werden.

**Stadt. Kallisch:** hält die Finanzlage für nicht ungünstig, aber für immerhin ernst. Der jetzige Etat sei noch immerhin günstig, aber bloß weil die Steuern so hoch geschraubt seien. Diese Schraube müsse doch einmal versagen. Im Gelde werde die Stadt vom nächsten Jahre an nicht mehr schwimmen. An eine Ermäßigung des Gaspreises sei unter solchen Umständen schwer heranzutreten. Dem Vorsteher spricht er für die mannhaften Worte, die er im Abgeordnetenhause aus Anlaß der Oberbürgermeister-Frage gefunden, unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Dank aus.

**Stadt. Rommelen:** schließt sich der letzteren Erklärung an und wendet sich dann gegen Singer's Ausführungen betreffend die soziale Fürsorge. Herr Singer sei heute bescheidener als sonst in seinen Forderungen gewesen. Durchaus einer Meinung mit ihm ist Redner bezüglich der Nothwendigkeit der Pensionskassen. Dagegen singt er selbstredend das Lob der Privatverwaltung; auch der Gasetat beweise das, denn der Privatbetrieb wäre sicher profitabler.

Damit schließt die erste Beratung. Der Etat wird einem besonderen Staatsauschuss überwiesen, der sofort nach der Sitzung gewählt werden soll.

**Die Stadt. M. Geride, Spinola, Dinse, Gerzienberg und Buchow** haben folgenden Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, durch Verhandlungen mit den betreffenden königlichen Behörden eventuell durch eine Immediateingabe an Se. Majestät den Kaiser und König dahin zu wirken, daß das zum kleinen Thiergarten gehörige Gelände westlich der Heilandskirche zwischen Thunoldallee, Oststraße und Alt-Roadit nicht bebaut, sondern als Park erhalten werde.

Nach einer Begründung des Stadt. M. Geride und nachdem Stadt. Spinola sich in gleichem Sinne geäußert, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die Vorlage wegen Erwerbung bezw. Austauschs von Ländereien in Gütergoy zu Niesfelweden wird trotz des Widerspruchs des Stadt. Wallach genehmigt.

Zum Zwecke der Beschaffung der Pariser Weltausstellung 1900 werden 4000 M. verlangt. Es sollen eine Anzahl Modelle, Pläne und Photographien von städtischen Bauten u. s. w. zur Ausstellung gelangen.

**Stadt. Friedemann** wünscht Abfertigung des Gegenstandes bezw. Anschlußberatung zur Erwägung darüber, ob sich die vom Magistrat getroffene Auswahl der Objekte empfiehlt, resp. ob sich bei der heutigen Rechtsunsicherheit in Frankreich eine Beschädigung überhaupt empfiehlt.

**Stadt. Singer:** Ich hätte gegen beides nichts einzuwenden, aber nach dieser Begründung würde ich Abfertigung wie Veräußerung für verwerflich halten. Wie so wir aus Anlaß der Pariser Ausstellung uns zu Richtern über die inneren Verhältnisse Frankreichs machen sollen, erscheint mir zweifelhaft. (Ruf: Drehfus!) Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist doch die letzte, wo der Fall Drehfus zur Verhandlung steht. Es ist eigenbühlich, daß wir gegenüber einer Weltausstellung, einem friedlichen Weltkampf der Völker für die Kultur, hier über die innerpolitischen Verhältnisse des Landes aburtheilen sollen. Bei aller Hochachtung vor den Ausstellungsobjekten Berlins, so werthvoll sind diese für Frankreich nicht, daß es sich gefallen lassen könnte, sich von uns in seine inneren Zustände hineinreden zu lassen.

**Stadt. Hugo Sachs:** Die persönlichen Gefühle, die uns vielleicht beherrschen, stehen auf einem ganz anderen Platz. Ein Ausschuss wäre aber erwünscht, um Auslese unter den architektonischen Modellen u. s. w. zu halten, welche Berlin repräsentieren sollen.

Nachdem noch die Stadt. Friedemann und Singer sich kurz zur Sache geäußert, wurde der Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Schluß gegen 8 1/2 Uhr.

## Tokales.

### Die Vankatastrophe in Halensee

hat natürlich vor allem die an Bauten beschäftigten Arbeiter lebhaft erregt und ihnen eine mit Eifer benutzte Gelegenheit gegeben, sowohl das Walten des Staates im Zuchthauslande zu beleuchten, als auch die Pflichtverfehlung der zehnjährigen Bauunternehmer an den Pranger zu stellen.

Wie weit die Unternehmer gehen, um die Organe der Behörden zu betrügen, lehren manche an uns gerichtete Zuschriften, von denen einige auch für das Publikum von Bedeutung sind. Ein Dachecker berichtet uns: „Vor längerer Zeit kam die Baukommission nach Halensee, wo von ihr zwei Neubauten zu gleicher Zeit abzunehmen waren. Vorchriftsmäßig steckten alle Anker an der richtigen Stelle und die Mitglieder der Kommission, die den Bau von oben bis unten betrachtet hatten, gingen befriedigt von dannen. Kaum hatten sich die Herren von diesem ersten Bau entfernt, so packte der Keller mit Hilfe einiger Maurer die Deloratur — denn etwas Anderes waren die Anker nicht — schnell zusammen, schaffte sie nach dem anderen Bau und nahm dort dieselbe Komödie vor. Die Anker wurden einfach in die Wand gesteckt und auf die Balken genagelt; Ankersplinte waren nicht vorhanden. Als nunmehr die Baukommission den zweiten Bau betrat, war auch dort alles vorchriftsmäßig veranfert. Hätten die Herren mit mehr Sorgfalt nach den Ankersplinten geforscht, so wäre der Schwundel entdeckt worden, so aber wurden sie irreführt.“

Von einem Maurer wird uns folgendes mitgeteilt: „Ich kann wohl aus eigener Erfahrung sprechen, und da muß ich dem beim Lesen Ihres Berichtes über die Katastrophe in Halensee lebhaft an die Art von Kalkbereitung denken, die ich verschiedentlich beobachtet habe. Ich war vor einiger Zeit gezwungen, von einem in der Poststraße aufgeführten Bau der Behörde Mitteilung zu machen. Dort bestand der zum Graufall verwandte Sand aus nichts als der schwarzen Erdmasse, wie sie eben oberflächlich ausgegraben wird. Als der

Beamte kam, hatten die „arbeitswilligen“ Bauarbeiter, die auf irgend eine Weise von meinem Vorkaben Wind bekommen hatten, schnell hellen Sand aufgeschüttet. Sobald der Beamte fortgegangen war, mußte ich selbstverständlich unter dem Hohn dieser Meisterstücke lächen.“

Ferner wird uns geschrieben: „Betrügen heißt im modernen Bauwesen die Parole. Mag der Baupolizeistatist alle Tage kommen, was ja zuweilen geschieht, so wird ihm unter heutigen Verhältnissen doch ein K für ein H gemacht. Nur während der Anwesenheit dieses Herrn muß vorchriftsmäßige Arbeit geliefert werden, während der übrigen Zeit ist um des heiligen Profits willen Pfuschen und Staalen die Regel. Auf meinem letzten Bau in Charlottenburg, wo ich verunglückt bin, wurde ganz besonders nach diesen eintägigen Grundrissen gearbeitet. Nach meiner Meinung trägt bei dem Bau in Halensee die Baukommission ebenfalls die Verantwortung, weil sie bei der ersten Abnahme nicht das Fehlen der Verankerung bemerkt hat. Selbstverständlich tragen Polier und Bauunternehmer die schwerste Schuld, aber auch die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, die um weniger Mark Mehrerdienst willen derartige Pfuscharbeit liefern, sollten in sich gehen und trotz Zuchthausstrafe standhaft die Fertigstellung solcher gemeingefährlichen Bauten verweigern.“

Alle diese Zuschriften beleuchten vortrefflich die Gewissenlosigkeit und Niedertracht jener Unternehmer, die ihre gemeingefährlichen Verträge wegen mit dem Mantel des Anstandes drapirt sehen möchten, indem sie die Gefängnisstrafe, die sie jetzt in gar zu argen Fällen bei gerichtlicher Verurteilung trifft, in die anheimelnde „Strafe“ der Festungsummaele umgewandelt wissen wollen. Für die Arbeiter aber, die sich mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisation ihres Lebens zu wehren suchen, soll für solchen Frevel an der Heiligkeit des Kapitals die Zuchthausstrafe gerade gut genug sein.

Wie mag den Herren, die den Zuchthaus-Gesetzentwurf auszuarbeiten haben, im Angesicht der Halensee-Affäre zu Muth sein?

**Die Kerkzammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin** trat gestern Vormittag im hiesigen Provinzial-Ständehause, Matthäikirche, 20/21, zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Der zur Verhandlung stehende Antrag des Ausschusses der Berliner ärztlichen Ständevereine verlangt wegen der in Aussicht stehenden Einrichtung der ärztlichen Ehrengerichte den baldigen Erlass einer Landesordnung für die Kerkz. Der Antrag wird der für die Ehrengerichtsangelegenheit bestehenden Kommission zur weiteren Veranlassung überwiesen. Zum Punkt Belämpfung der Kurpfuscherei, liegt ein Schreiben des Ministers für Medizinalangelegenheiten vor, welches von der Kerkzammer Stellungnahme zu einer etwaigen Aushebung der Kurpfuscherei und dem Erlass eines Kurpfuschereiverbotes verlangt. Dem Begriff des Kurpfuschertums wird von der Kerkzammer die weiteste Ausdehnung gegeben. Manche Kerkz schämen sich nicht, auch ihre Kollegen, die, dank unserer rücksichtlosen Gesetzgebung, nothgedrungen ihre Approbation im Auslande ablegen mußten, als Kurpfuschern zu beschimpfen.

Es wird beschlossen, aus den Mitteln der Kerkzammer zur Belämpfung des Kurpfuschertums tausend Mark zu bewilligen, welche zur Drucklegung einer populär gefaßten Schrift verwendet werden sollen, ferner die Angelegenheit zur weiteren Veranlassung auch an den Kerkzammer-Ausschuss zu bringen. Des Weiteren soll durch die Medizinalbehörde der Minister des Innern ersucht werden, eine Anordnung zu erlassen, wonach in den Statuten der Krankenkassen eine Bestimmung aufgenommen wird, daß zur Ausstellung von Bescheinigungen für die Kasse nur die nach § 29 der Gewerbe-Ordnung berechtigten Personen zugelassen werden. Endlich sollen die Kerkzammern vor den Krankenkassen ihres Bezirks die Statuten zur Prüfung daraufhin einfordern, ob die event. vom Minister erlassene Bestimmung in die Statuten aufgenommen ist und im Nothfalle den Klagenweg beschreiten. Oberpräsident Dr. v. Achenbach erklärt hierzu, daß er ganz der Ansicht der Kammer ist und dieselbe beim Minister vertreten wird. Ein Antrag des Geschäftsausschusses der ärztlichen Ständevereine wegen Abänderung des Wahlverfahrens für die Kerkzammer, welchen Dr. Lewandowsky vertritt, wird hierauf abgelehnt. Es folgt nach einer Pause die Beratung über die Stellungnahme der Kerkzammer zu den ihr vom Kerkzammer-Ausschuss vorgelegten Fragen betreffend das Krankenkassen-Gesetz. Es werden folgende Beschlüsse angenommen: 1. Die jetzt gültigen Bestimmungen des Krankenkassen-Gesetzes bedürfen nach folgender Richtung einer Aenderung bezw. Ergänzung: 1. In ärztlicher Behandlung (§ 6 des Krankenkassen-Gesetzes) sind ausschließlich in den Bundesstaaten approbirte Kerkz berechtigt. 2. Die Bedingungen, unter denen die Ausübung lasserärztlicher Ausübung zu erfolgen hat, werden durch einen schriftlichen Vertrag zwischen Arzt und Krankenkassen-Vorstand festgelegt. 3. Der Vertrag bedarf der Genehmigung durch eine staatlich anerkannte Ständeversammlung der Kerkz. 4. Streitigkeiten, welche aus der Festsetzung der Vertragsbestimmungen oder aus deren Inhalt entstehen, werden durch eine gezielte Instanz, deren Mitglieder zur Hälfte Kerkz sein müssen, entschieden. 5. Die Honorierung der lasserärztlichen Leistungen erfolgt nach den Sätzen der Gebührenordnung der einzelnen Bundesstaaten. 6. Unter den sub 1 bis 5 genannten Voraussetzungen müssen alle Kerkz, welche im Geschäftskreise der Krankenkassen ihren ständigen Wohnsitz haben, zur Ausübung lasserärztlicher Tätigkeit zugelassen werden. 7. Versicherungsbeitrag und Versicherungsbeitrag sind nur zulässig, wenn das jährliche Gesamtentkommen nicht über 2000 M. beträgt. Außerdem werden diejenigen Anträge des Dr. Wagnan angenommen, welche von der gezielten Festlegung der freien Arztwahl und dem Gehalt der bestehenden freien Arztwahl handeln. Damit ist die Aufgabe der Kerkzammer-Ausschusses erledigt. Es soll hierüber eine Denkschrift an den Minister abgehandelt werden.

Wir haben schon bei früherer Gelegenheit betont, daß für die in den Krankenkassen versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen, die namentlich die weiblichen Kerkz zu unterstützen alle Ursache haben, die hier beschlossene Anträge der Kerkz zum Teil unannehmbar sind. Ueber manche Dinge, so namentlich bezüglich der Arztwahl ließe sich bei gutem Willen auf beiden Seiten allerdings sehr wohl eine Verständigung zwischen Kerkz und Krankenkassen erzielen.

**Ueber eine Duellpragerei** hieß wiederum das „Berl. Tagbl.“ zu berichten: Mit einer Duellaffäre hängt dem Vernehmen nach die im vorigen Monat erfolgte Beurlaubung eines Offiziers vom 3. Brandenburgischen Trainbataillon in Spandau zusammen. Der betreffende Offizier, der auch auf Kempten bekannt ist, verkehrte recht freundschaftlich mit einem Berliner Sportmann. Da kam es plötzlich zum Bruch, und eine weitere Folge der Affäre war ein Duell zwischen dem Offizier und dem ehemaligen Freunde; der Zweikampf fand bei Spandau statt; Pistolen waren die Waffen. Gleich darauf schoß sich, wie erzählt wird, der Offizier noch mit dem Bruder der Frau des Sportmannes. Die beiden Duelle sind jedoch vollkommen unblutig verlaufen, und der Offizier ist, wie Eingangs bemerkt, auf Urlaub gegangen.

**Die Dresdener Verurtheilten und die Berliner Studentenschaft.** Uns wird geschrieben: Der heutige „Vorwärts“ meldet, daß die Jülicher Studenten in einer Resolution gegen das Urtheil protestirt haben. Auch einige Berliner Studenten wollten das und beantragten beim Direktorium der Akademischen Gesellschaft, die Familien der Zuchthäuser zu unterstützen. Aber in dieser erwählter Vertretung der Berliner Studentenschaft fand sich auch nicht ein einziger, der den Rath gehabt hätte, die Annahme des Antrages zu fordern.

**Von Herrn Rechtsanwält Dr. Nieber** erhalten wir folgende Zuschrift: Eine hochwohlgebildete Redaktion bitte ich gütigst Folgendes zu den Jhnen vom Hilfsverein für weibliche Angestellte und Frau Cauer zugegangenen Verhörungen, be-

treffend meine Verhörungen über die gemeinsame Thätigkeit der Vorsitzenden des Vereins Jugendjahre und mir einerseits und dem kaufmännischen Hilfsverein für weibliche Angestellte andererseits, veröffentlicht zu werden. Der Verein Jugendjahre hatte wiederholt Gelegenheit gehabt, junge Mädchen gegen ehrenrührige Angriffe ihrer Arbeitgeber zu verteidigen. Vor Jahr und Tag kam mir die Leiterin des Stellenmagazins des Hilfsvereins für weibliche Angestellte, Fräulein Herrmann zu der Vorsitzenden des Jugendjahre und zu mir. Sie erzählte, daß dem Hilfsverein eine ganze Reihe von Arbeitgebern bekannt sei, die sich unerlaubte Uebergriffe gegen ihre weiblichen Angestellten zu schulden kommen ließen. Es sei sehr schwer, die jungen Mädchen zu bewegen, gegen ihre Arbeitgeber aufzutreten; sie hätten sich aber vorgenommen, in jedem Fall des Einverständnisses der Beleidigten denselben die Rechtshilfe zu gewähren. Sie sei beauftragt, uns zu bitten, ob wir in etwa vorkommenden Fällen auch unsererseits die Sache in die Hand nehmen wollten. Wir erklärten uns dazu bereit. Ich wies jedoch darauf hin, daß, soweit meine Person als Rechtsanwält in Frage stehe, der Hilfsverein ja selbst zwei Rechtsanwält als ständigen Beistand habe. Fräulein Herrmann erwiderte, daß gerade ich mich der etwaigen Sachen annehmen solle, aus besonderen, in meiner Person liegenden Gründen. Infolge dieser Unterhaltung sandte mir Fräulein Herrmann wiederholt beleidigte Mitglieder des Vereins zu uns; wiederholt kam sie auch zunächst selbst. Die Korrespondenz ist stets mit dem Hilfsverein für weibliche Angestellte als solchen, vertreten durch Fräulein Herrmann, geführt worden. Sie ergibt, daß es sich in allen Fällen um Schlingens des Hilfsvereins handelte; diese in ihm Schuß verlangt hatten und die dann zu der Vorsitzenden des Vereins Jugendjahre sowohl wie zu mir gerichtet worden sind. Als nun in einem Falle eine Freisprechung erfolgte, wurden in einem Theile der Presse der Verein Jugendjahre und Fräulein Herrmann heftig angegriffen.

Darauf veröffentlichte der Vorstand des Hilfsvereins eine Erklärung, daß der Verein mit dem Verein Jugendjahre in keiner Verbindung stehe und mit der ganzen Angelegenheit nichts zu thun habe.

Wie wenig dies der Wahrheit entspricht, beweist die Thatsache, daß gerade in diesem Falle der Hilfsverein dem als Nebenkläger beigetretene Vater der Beleidigten die ihm auferlegten Gerichtskosten erstattet hat. — Trotzdem erklärte Frau Cauer, als sie von Fräulein Herrmann mit den Herzgängen vertrauten Personen über diese Erklärung interpellirt wurde, die Veröffentlichung sei im Interesse des Vereins nötig gewesen, er müsse Rücksicht auf die Ehre nehmen.

Sald darauf ereignete sich der Fall Köppen. Frau Cauer weigerte sich damals, mit der Vorsitzenden des Vereins Jugendjahre die geplante Versammlung gemeinsam einzuberufen, weil sich dann der „Hilfsverein“ nicht an der Versammlung beteiligen würde. Früher war das anders. Frau Cauer schreibt in ihrer Zeitschrift „Die Frauenbewegung“, vom 15. Juni 1895: „In Berlin sind jetzt 3 Vereine, welche treu und fest zusammenhalten und in allen allgemeinen Fragen geschlossen vorgehen, trotzdem diese Vereine sehr verschiedene Ziele und Thätigkeiten haben. Der Verein „Frauenwohl“, „Jugendjahre“ und „Hilfsverein für weibliche Angestellte“. . . . Ob die obigen Thatsachen mit den von dem Vorstande des Hilfsvereins für weibliche Angestellte gemachten Veröffentlichungen übereinstimmen, überlasse ich dem Urtheil des Publikums.“

**Das im Kontur befindliche Olympia-Theater** G. m. b. H. hat am Mittwoch Abend für immer seine Thüren geschlossen. Der Konturverwalter, Herr Dielich, hatte den Artisten und dem Personal gestattet, weiter zu spielen, um so die Wasse eventuell zu vergrößern und den Mitwirkenden Gelegenheit zu geben, noch für einige Zeit Bezüge zu erhalten. Am Dienstag Mittag erschien jedoch Herr Rechtsanwalt Dr. Voller in dem Direktions-Bureau der Olympia und erklärte, daß Herr Kommissionsrath Reng als Vermittler des Gebäudes die sofortige Räumung desselben verlange. Nun wandten sich die Artisten und das Personal in einem längeren Telegramm an Herrn Reng in Hamburg, ihnen doch noch kurze Zeit die Vorstellungen im Olympia-Theater zu gestatten. Sie appellirten in ihrer Witschrift an das edle Herz und die Menschlichkeit des Herrn Kommissionsrathes und baten dringend, Mitleid mit ihnen zu haben. Am Dienstag Abend traf ein Telegramm des Herrn Franz Reng hier ein, in dem der genannte Herr erklärte, daß er kein Mitleid empfinde, denn es hätte auch mit ihm niemand Mitleid empfunden und er befände sich in einer weit entsehtlichen Lage. Er bestimme auf sofortigen Schluß. Trotz dieses sehr merkwürdigen kühnen abweisenden Bescheides unternahm es der bisherige Vorwärtler am Olympia-Theater, Herr Reider, persönlich nach Hamburg zu fahren, um Herrn Reng anzukommen. Dies gelang ihm nicht, wie ein am Mittwoch Abend hier eingetroffenes Telegramm verländet; Herr Reng blieb unerbittlich. Allerdings ist der genannte Herr durch den Kontur des Olympia-Theaters ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Olympia-Theater-Gesellschaft hatte für diese Saison das Gebäude von ihm zum Preise von 120 000 M. gemiethet und hat ihre Verpflichtungen infolge des bekannten schlechten Geschäftsganges gegen den Vermittler nicht voll erfüllen können; sie ist ihm 40 000 M. Miethrate schuldig geblieben. Als Deckung für diese Schuld fällt Herrn Reng die sehr werthvolle Wühne und der gemiethete Fundus zu.

Infolge dessen hat sich Herr Konturverwalter Dielich veranlaßt gesehen, das Olympia-Theater gestern Abend gütlich zu schließen.

**Gegen die geplante Verlegung der königlichen Bibliothek nach Charlottenburg** hat Mittwoch Abend eine Delegirtenversammlung von wissenschaftlichen, literarischen und Grundbesitzervereinen Stellung genommen. Auf Antrag des Geh. Rathes Prof. Cwald von der Berliner Medizinischen Gesellschaft wurde folgender Antrag genehmigt: „Die am heutigen Abend versammelten Vertreter wissenschaftlicher Gesellschaften, Vereine, Korporationen etc. sprechen sich einstimmig dahin aus, daß die Erhaltung der königlichen Bibliothek im Zentrum der Stadt mit allen angänglichen Mitteln zu bewerkstelligen ist. Die Verlegung der Bibliothek nach der Peripherie der Stadt zieht die Verarmung als eine Beeinträchtigung der Interessen weiter Kreise der Stadt an und beschließt die Bildung einer Kommission zu weiterer Agitation in diesem Sinne.“

**Zu der Zentral-Markthalle** wurden vorgestern mehrere Doppelgehner verdorbener Gauder und gestern 112 Stück Haken als zum Gemüß ungeeignet beschlagnahmt und der Abbederei überwiesen.

**Die Zahl der öffentlichen Fuhrwerke** Berlins betrug am 31. Dezember 1898: 6067 Droschke I. Klasse (davon 5111 mit Fahrpreisanzeiger), 1842 II. Klasse (davon nur 3 mit Fahrpreisanzeiger), 157 Gepäddroschken, insgesamt 8006 Droschkenfahrzeuge. Interessant ist die stetige Zunahme der Droschken mit Fahrpreisanzeiger. Gegen den Bestand vom 1. Oktober 1898 waren von diesen Gefährten am 31. Dezember 1898 wiederum 151 mehr vorhanden. Die Zahl der vorhandenen Omnibusse betrug 551. Thronwagen giebt es 231, Straßenbahnwagen für Pferdebetrieb und elektrischen Betrieb) insgesamt 1842.

**Ehrenarten für nothleidenden Landwirthe.** Ein Berichterstatter meldet: „Vor dem Versammlungslokal des Bundes der Landwirthe traf man Vertreter von „Ehrenarten“ für hiesige Wall-Kolale, zu denen der Zutritt nur sonst gegen Entgelt gestattet ist. Die Inhaber der Tanzböden aber, die in den Tänzern deren gefällte Börsen lieben und ihre Pappenheimer zu lernen pflegen, müssen nach dieser Artzelen von einer Rothlage der Landwirthe nicht überzeugt zu sein.“

Diese Schlussfolgerung kam unrichtig sein. Vielleicht werden die Ehrenarten nur aus Mitleid mit der unerschämten Armut der Nothleidenden vertheilt.

**Von zwei Angestellten** der Berliner Gadesfahrer erhalten wir zu unseren Ausführungen in Nr. 34 eine Zuschrift, deren Zweck nicht recht ersichtlich ist. Die beiden Herren korrigiren unsere Witschrift über das Schicksal des Pensionsfonds für die Angestellten dahin, daß in jedem Jahre wirklich eine Sitzung in Sachen des Pensionsfonds stattgefunden habe. Das Geld sei vorhanden und komme bedürft-

igen Mitteln verstorbenen Angestellten und Kranken Beamten zu Gute. Das ist alles recht schön, aber damit ist der Kern der Frage nicht berührt. Im Statut der Pensionkasse ist den Angestellten sinngemäß ein Anrecht auf Pension und Unterstützung gegeben und nunmehr hangen und bangen sie im Grunde an nichts anderem als an der Gnade ihrer Direktion. Wenn die Herren weiter behaupten, die Angestellten hätten keine Beiträge geleistet, so steht diese Mittheilung völlig im Widerspruch mit dem § 2 des Statuts, das die Beitragszahlung der Beamten vorschreibt und tollidit gleichfalls mit früheren Abmachungen. Ferner bleibt es leider dabei, daß den Interessenten seit dem 1. April 1898 keine Abrechnung in der vom § 10 des Statuts vorgeschriebenen Form vorgelegt wurde.

Seiner Verhaftung entzogen hat sich am Mittwoch der 67 Jahre alte Pförtner und Zigarrenarbeiter Robert Klüver aus der Zeffingstr. 33. Er hatte sich im Punkte der Stillschließung schwer vergangen und öffnete sich die Pulsadern, als die Polizei ihn abführen wollte. Vorläufig ist Klüver als Gefangener einem Krankenhause überwiesen.

Reiche Beute haben Einbrecher gemacht, die gestern Morgen um 5/4 Uhr ihre Arbeit in dem Kaufladen von Rudolf Fisch in der Puttkamerstraße 11 beendet hatten und mit einem vollbeladenen Sanbwagen abzogen. Der Werth des gestohlenen Gutes beträgt 6000 M.

Der wegen Kautionschwindselen verhaftete Agent M. Kriestler ist eine in Artistenkreisen sehr bekannte Persönlichkeit, die sich auch schriftstellerisch für hiesige Spezialitäten-Theater und Schaustellungen betätigt hat. K., ein Oesterreicher, ist besonders dadurch bekannt geworden, daß er als sogenannter „Haudbichter“ einem kleinen Variété-Theater nahe gestanden haben soll.

Vietat. Ein Parteigenosse schreibt uns: In der landwirtschaftlichen Maschinen-Fabrik von Carl Weermann, vor dem Schleiffen Thor, verstarb am 14. Februar plötzlich am Herzschlag der Sternmacher Gelfert, Nixdorf, Kirchhoffstraße, wohnhaft. Der Verstorbene war seit 20 Jahren in der genannten Fabrik thätig. Derselben Umstand ist es wohl auch zu danken, daß die Fabrikleitung in der humansten Weise insofern verfuhr, als sie den Todten nicht mittelst Schubkarren, was doch so einfach gewesen wäre, sondern auf einem Rollwagen, mit Sackleinwand zugedeckt, nach seiner in Nixdorf belegenen Wohnung schafften ließ. Wer angeht dieser herzzerreißenden Missethat immer noch nicht glauben will, daß die Herren Inhaber ein warmes Herz für ihre Arbeiter haben, der verdient fürwahr ob seiner Undankbarkeit gehängt zu werden. Uebrigens steht dieser Fall nicht vereinzelt da; mit dem vor längerer Zeit verstorbenen Meister Herrn Reichelt verfuhr die Fabrikleitung in derselben Weise. Die Fabrik feiert am 1. April d. J. ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum. Vielleicht schafft sie dann einen anständigen Transportwagen für ihre todtten Arbeiter an.

Verleumdung. Ein ganzer Wagen mit Stoffen ist der Firma Casparius u. Co. gestohlen worden. Die Diebe arbeiteten mit merkwürdiger Fügigkeit, denn während der Versteigerung zur Polizei eilte, um Anzeige von dem Diebstahl zu machen, hatten sie bereits die Waaren im Igl. Leihamt versteigert und sich mit dem erhaltenen Gelde aus dem Staube gemacht.

Die goldenen Schmuckstücke einer Frau wurden vor drei Wochen am Spree-Ufer unweit der Schloßbrücke in Charlottenburg gefunden. Man vermuthete mit Recht, daß hier eine Lebensmüde den Tod im Wasser gesucht habe. Die Leiche der Selbstmörderin ist nun vor einigen Tagen bei Bismarckwerder gelandet; sie ist ein vierzig-jähriges Fräulein Wiese aus Moabit.

Selbstmord. Gestern Vormittag sprang am Tempelhofer Ufer ein etwa 40 Jahre alter Mann in den Landwehrkanal und ertrank. Bei der Leiche wurden auf den Namen Hermann S. aus der Frankfurterstraße lautende Papiere aufgefunden.

Feuerbericht. In den letzten vierundzwanzig Stunden erfolgte nur eine Alarmierung und zwar nach Schöneberg. Hier war Donnerstag gegen Mittag Neue Steinmeyerstraße 3 ein größerer Kellerbrand ausgebrochen. Auch am vorhergehenden Tage waren nur wenige kleine Brände zu verzeichnen. Ullrichstraße 51 und Koppenstraße 46 mußten kleinere Zimmer-

brände, die Gardinen, Möbel und Decken einäscherten, beseitigt werden. Ein Küchenbrand verursachte einen Alarm nach Landwehrstraße 20. Subenerstraße 12 hatte Fleisch Feuer gefangen. Endlich erfolgte noch ein Ausbruch der Feuerwehr nach Bellealliancestr. 60. Dort handelte es sich um einen Dachstuhlbrand.

### Aus den Nachbarorten.

**Friedrichsfelde.** Wir weisen die Genossen auf die am Sonntag Nachmittags 4 1/2 Uhr bei Wabe stattfindende ordentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Friedrichsfelde und Umgebung hin, in welcher Genosse Häbner über: „Die Ausbeutung des Volkes — ein Kulturfortschritt“ spricht. Wir erwarten recht regen Besuch. Der Vorstand.

**Groß-Lichterfelde.** Der sozialdemokratische Agitationsverein für Groß-Lichterfelde hat, wie früher bereits gemeldet, sich für die Wahl zur städtischen Gemeindevorwahl ausgesprochen, soweit die dritte Klasse in Betracht kommt. Da es sich bei der im März stattfindenden Erstwahl nur um einen Vertreter aus der zweiten Klasse handelt, so ist von einer Wahl zur dritten Klasse abgesehen worden. Die Gemeindevorwahl der dritten Klasse scheidet erst im nächsten Jahre aus, so daß den Parteigenossen die Gelegenheit geboten ist, bei den Neuwahlen für diese Klasse alsdann wohlgerüstet in den Wahlkampf einzugehen. J. A.: R. Wenzel.

Das Lokal von Hertel „Zum Bassethum“ in Groß-Lichterfelde, wo der Verein „Nympe“ Sonnabend seinen Maskenball abhält, ist gesperrt. — Der Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt, daß von ihm kein Mitglied auf dem Programm für das Vergnügen des Kraftturnvereins „Siegfried“ gestanden habe und auch niemand von ihnen Mitglied dieses Vereins sei. Allerdings sei es vorgekommen, daß ein Vorstandsmitglied bei den Übungen des Vereins „Siegfried“ im Lorenzischen Lokale betheilt war. Wir wollen bemerken, daß in Groß-Lichterfelde nur das Lokal von Pagel, Chauffeeer. 104, frei ist. Die Lokalkommission.

Die Charlottenburger Wohnungsnoth hat sich im Laufe des Jahres 1898 bedeutend verschlimmert. Das Charlottenburger Statistische Amt hat die im Mai 1898 angestellten Ermittlungen über die Zahl der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslöcher u. s. w. im November wiederholt. Das Ergebnis ist veröffentlicht im letzten Heft der „Monatsberichte“ des Charlottenburger Statistischen Amtes. Von Mai bis November haben sich die leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume von 1021 auf 789 vermindert, die leerstehenden mit Wohnungen verbundenen Geschäftslöcher u. s. w. von 164 auf 254 vermehrt, die leerstehenden mit Wohnungen verbundenen Geschäftslöcher u. s. w. von 210 auf 63 vermindert. Gruppirt man die Wohnungen ohne Gewerberäume nach der Zimmerzahl, so ergab sich, daß nur bei den kleinen und mittleren Wohnungen eine Verminderung der leerstehenden eingetreten ist. Von Mai bis November haben sich vermindert: die leerstehenden Wohnungen mit 1 Zimmer von 221 auf 78, die mit 2 Zimmern von 208 auf 169, mit 3 Zimmern von 205 auf 140, mit 4 Zimmern von 128 auf 88, mit 5 Zimmern von 64 auf 58; dagegen vermehrt: die mit 6 bis 8 Zimmern von 171 auf 236, mit 9-10 Zimmern von 28 auf 32, mit 11-15 Zimmern von 5 auf 18. (Dazu kamen im Mai 3 und im November 17 Wohnungen ohne Angabe der Zimmerzahl und im November 9 Wohnungen mit 1 Zimmer, aber ohne Küche.) Dieses Ergebnis entspricht vollkommen der Thatsache, daß (wie aus der Statistik der Charlottenburger Neubauten von 1897 hervorgeht) in letzter Zeit ungewöhnlich wenig neue Wohnungen kleineren und mittleren Umfangs fertig geworden sind. Die große Mehrzahl der im November 1898 als leerstehend ermittelten Wohnungen ohne Gewerberäume lag übrigens in den Bezirken längs der Stadtbahn, wo noch am meisten gebaut worden ist; doch waren hier die kleineren Wohnungen nur ganz spärlich vertreten. Dagegen fanden sich verhältnismäßig wenig leerstehende Wohnungen in denjenigen Bezirken, die nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1895 als eigentliche Arbeiterviertel bezeichnet werden müssen, in den Bezirken IV mit IVa,

in VIII und IX, auch II und III, — zusammen nur 77 Wohnungen, darunter nur 28 mit 1 Zimmer und 22 mit 2 Zimmern. Vergleicht man hinsichtlich der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume die Ergebnisse der Ermittlungen vom Mai und November 1898 mit dem Ergebnis der Volkszählung vom Dezember 1895, so zeigt sich erst mit voller Deutlichkeit, wie sehr sich in den letzten Jahren die Mietverhältnisse in Charlottenburg geändert haben. 1895 standen noch 4354 solche Wohnungen leer, im Mai und November 1898, wie gesagt, nur noch 1021 und 789. Unter den leerstehenden Wohnungen waren 1895 noch rund 28 pCt. mit 1 Zimmer und 80 pCt. mit 2 Zimmern, im Mai 1898 rund 22 pCt. mit 1 Zimmer und 20 pCt. mit 2 Zimmern, im November 1898 nur noch rund 10 pCt. mit 1 Zimmer und 14 pCt. mit 2 Zimmern. Diese Zahlen lassen auch erkennen, daß es — wie immer in solchen Fällen — die unbedeutendsten Kreise der Charlottenburger Bevölkerung sind, die am meisten unter der Wohnungsnoth zu leiden haben.

**Mafregeln zur Abhilfe der Wohnungsnoth in Charlottenburg** verlangt eine Petition an die Stadtverordneten-Versammlung, welche jetzt in zahlreichen Sälen ausliegt und viele Unterschriften findet. Die Petition erjudt die Stadtverordneten, den Magistrat aufzufordern, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die in Charlottenburg herrschende Wohnungsnoth zu beseitigen, zu welchem Zwecke in erster Linie erforderlich sein dürfte, daß weitere Flächen des städtischen Areals für die Bebauung nutzbar gemacht werden.

**Nachmals das Baumglück in Halensee.** Wie uns mitgeteilt wird, befinden sich die Angehörigen der Männer, die am Sonnabend auf dem Bau Ringbahnstr. 121 verunglückt sind, in einem um so tieferen Glend, als sie von dem Bau-Unternehmer Walter immer noch nicht den von ihren Ernährern verdienten Lohn für die letzte Woche voll ausgezahlt erhalten haben. Die Frau des verunglückten Mannes Rudolf, die sich kümmerlich mit Waschen durch die Welt schlagen muß, hatte bis gestern erst acht Mark Vorschuß erhalten.

Die Aufstellung von Schulärzten hat jetzt auch in Schöneberg die städtische Schuldeputation im Prinzip beschlossen. Mit der Kostenfrage werden sich die städtischen Behörden schon in der nächsten Zeit zu beschäftigen haben.

**Cyber der Arbeit.** Die beiden Monteurs Schönfeld und Jwan aus Halle, die vorgefunden im Betriebe der Wp. Elektrizitätswerke in Oberschöneweide verhaftet, sind beide ihren entgeltlichen Verlegungen erlegen. Das Kesselrohr war, wie uns mitgeteilt wird, schon am Freitag undicht; es bleibt hiernach unklarlich, warum dieser Maschinendefekt nicht rechtzeitig beseitigt wurde.

Ein sehr gefährliches Feuer entstand gestern Mittag aus noch nicht ermittelter Ursache in Schöneberg in einem Keller des Hauses Neue Steinmeyerstr. 3. Die Flammen gefährdeten nicht allein das Erdgeschoß, sondern auch die Treppenaufgänge. Als die Berliner und Schöneberger Wehren erschienen, war das Haus schon teilweise veranlagt, wodurch die Hausbewohner demüthigt wurden. Es gelang schließlich, nachdem der Keller teilweise unter Wasser gesetzt worden war, die Gefahr zu beseitigen und das Feuer auf den Keller, der ausgebrannt ist, zu beschränken.

### Witterungsbericht vom 16. Februar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Witterung	Temp. u. C.
Swinemünde	761	Still	Obdeckt	4	Saparanda	757	R	Zwölffig	-18
Hamburg	757	St	Obdeckt	6	Peterzburg	757	St	Obdeckt	1
Berlin	761	St	Obdeckt	6	Sart	759	St	Obdeckt	7
Wiesbaden	761	Still	Obdeckt	5	Alberden	755	St	Obdeckt	3
München	764	St	Zwölffig	1	Davis	761	St	Obdeckt	8
Wien	766	Still	Obdeckt	0					

**Wetter-Prognose für Freitag, den 17. Februar 1899.**  
Ein wenig kühler, zunächst ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; nachher aufklaarend.  
Berliner Wetterbureau.

**Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!**  
Freitag, 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Bidel's Salon, Gasruhe 52-53:  
**Partei-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehende Neuwahl. Referent: Richard Fischer. 210/9  
2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten.  
Frauen haben Zutritt.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
**Die Vertrauensperson.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Genre Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deuthstraße 20-21:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Verein der Zimmerer**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Deuthstraße 21:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. Referent: Kamerad E. Obst. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Abfälliges Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

**Fachverein der Holz- u. Bretterträger**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Androssstraße 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission über den Lohnarif. 2. Annahme neuer Mitglieder. 3. Gewerkschaftliches.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand. P. Karnal.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.**  
Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Langestraße 65  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Mitglieder zu der Sache des Kranken-Unterstützungsvereins? 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Grünau. Einsetzer Grünau.**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 19. Februar 1899:  
**Winter-Ausflug nach Grünau.**  
Treffpunkt Nachmittags 3 Uhr im Lokale von G. Lindenhayn.  
Mitgliedskarte legitimirt.  
Der Vertrauensmann.

**Achtung! Maurer. Achtung!**  
Sonntag, 19. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokal Ballschmieder (großer Saal), Radstr. 16:  
**Ordentliche Mitglieder-Versammlung**  
des  
**Bereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und die Arbeiter. Referent Genosse R. Millarg. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Um rege Theilnahme erucht  
Der Vorstand.

**Tischler-Verein.**  
Sonntag, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Weisthorstr. 15:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Biletts zu der am 5. März, Mittags 1 Uhr, stattfindenden Urwahl-Vorstellung sind in der Versammlung zu haben. [198/5]  
Der Vorstand.

**Die Geschäftsstelle der Produktiv- u. Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer**  
beendet sich vom Marzlin-Str. 19 (Laden).  
Geschäftszeit von 7-9 Uhr Abends. Bestellungen auf Angabe werden den ganzen Tag entgegen genommen. [992h]  
Der Vorstand.

**Für Vereine, Versammlungen, Hochzeiten etc.**  
ist mein Saal (150 Personen) mit Parkettboden nebst anschließendem Vereinszimmer (70 Personen) nach an mehreren Sonntagen, Wochen- und Sonntagen unter sonstigen Bedingungen zu vergeben. Was hier 10 Pf. und die große Weibe nur 20 Pf.  
Berlin O.,  
Fritz Wilke, Androssstraße 26.  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl wöchentl. 1 M.  
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

**Carl Land**  
im 40. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am 18. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, von der Anstalt Döllberg aus statt. Um stille Theilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen  
Berlin, 16. Februar 1899.  
10000  
Lina Land,  
Wrenzlauer Allee 32.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Schneider.**  
Unter Mitglied  
**Albert Marquard**  
ist am 12. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. M., Nachm. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Maxstifts in Schloßberg, aus statt.  
166,3 Die Ortsverwaltung.

**Für 30 Mark**  
fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 90 Mark, fertige feine Sommer-Anzüge nach Maß.  
**Riesenstofflager**  
Krausenstr. 14. I (kein Laden).  
Sanarienthülle, vielf. prägn. Stamm, best. Kreb., Kömmerstr. 154a, IV.

Empfehle meine beiden Lokale:  
**„Herdenucht“** bei Adpenta,  
**„Kietmal“** bei Bahnhof Ostsch.  
(15 Minuten gerader Fußweg).  
Sonntag, 19. Febr., in „Kioskmal“:  
Güter Wiener Waidendank,  
wozu freundlichst einladet  
W. Hagdeburg.

**Zähne 1,50 M.**  
Plomben 1 M. u. E. Fuhrmann,  
Dentist, Schwedterstr. 245 a. Ute  
Kassanten-Allee. 8285/6

**Arbeitsmarkt.**  
Achtung! Holzarbeiter.  
Bei der Firma Carl Lutz (Waldhof) haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit eingestellt.  
Zugang ist fernzubalten.  
Die Ortsverwaltung.

**Ein Lokalredakteur**  
gesucht.  
Offerten mit Gehaltsansprüchen unter L. 9 befördert die Expedition dieser Zeitung.

**Gelernter Handwerker,**  
27 Jahre alt, fleißig, Wesen, nicht unbedeutende Kenntnisse, gute Handschrift, sucht Beschäftigung als K. 9 an d. Exp. d. „Bor.“. 8285

**Hoch-Arbeiterinnen**  
in und auherm Hause finden dauernde und lohnende Beschäftigung. [994h]  
**Strelitzer & Kasket,**  
Reisigerstraße 58.

**Korbmadler Fechner,** Rangstr. 49. 8285  
Tücht. Versilberer verlangt Gr. Frankfurterstr. 81.  
Karmoliner verlangt Beschäftigung als Fabrikarbeiter. Rosenst., Zumpo & Co., Holzmarktstr. 67.  
Barbier-Lehrling [993b] verlangt Pensionerstr. 19.  
Tüchtige Stepperrinnen auf Hausarbeiten verl. Nixdorf, Kaiser Friedrichstr. 18, 1 Tr. 8285

**Fantastie-Federn.** 47/4  
Geübte Arbeiterinnen bei hohem Gehalt und dauernder Stellung verlangt **Wilhelm Freystadt,** Kommandantenstr. 90/91, 2. Etage.

**Kartonarbeiterinnen** verlangt **Pape,** Wallstraße 3 (Gute Kungstr.).  
Kraut- u. Kartondruck, Lehmannstr., berl. Schmidt, Krausenstr. 76. [975b]

**Schürzen**  
Stepperrinnen im Hause verlangen **Strauss & Gl.,** Blumenstr. 68.

**Junge Mädchen** für leichte Handarbeit und zum Knöpfen annehmen verlangt **Lambrecht,** Bernauerstraße 42.

**Mamsells**  
auf Kinder-Jackets verlangt **Lambrecht,** Bernauerstraße 42.

**Tüchtige Stärkerin** verlangt **Wäschefabrik Waltraud & Wolff,** 9925  
Stralauerstr. 50.

**Arbeiterinnen** auf Wäsche-Unterricht finden unter Vorlegung von Probe-Arbeit Beschäftigung bei **Löh & Oertel,** Radstr. 42.

**Geübte Mädchen-Jackets-Arbeiterin** in und auherm Hause verlangt **Holz,** Weidenborferstr. 41.

**Handfertigerin,** die auch Mädchen-Jackets arbeiten kann, gegen hohen Wochenlohn ohne Pause verlangt [978b] **Holz,** Weidenborferstr. 41.

**Kinderhütchen-Arbeiterinnen**  
geübt auf Strümpfen, Kapotten, Anoden, baretts, weiche Hüthen lief. können, and. dauernde Beschäftigung bei [981b]  
**Fraenkel,** Seubelstr. 24.

**Fantastie-Federn.** 9905  
Geübte Arbeiterinnen find. dauernde Beschäftigung bei hohem Gehalt.  
**Schmidt & Konemann,** Blumenstr. 8.

**Kurbelstepperrin.**  
Sountage in und auher dem Hause bei hohem Wochenlohn verlangen **Krombach & Stein,** Bernauerstr. 17.

**Geübte Schleifenarbeiterinnen**  
und Garnierinnen finden bei uns im Hause dauernde Beschäftigung.  
**Kemak & Silber,** Schloßberg, Krausenstr. 39, I.

**Blumen- u. Juarbeiterin** verlangt **Schmidt,** Weidenborferstr. 23. [983b]  
**Kartonarbeiterinnen** 9915  
auherm Hause verlangt  
**Gustav Fränkel,** Rantianer-Allee 79.  
**Maschinenarbeiterinnen**  
auf gute Schneiderei bei dauernde Arbeit verl. Frau Köhn, Negerstr. 39

Für die Angehörigen der Beurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein: Franz Tremmel, gef. unter Fremden 5,25. Hamburger, Berlin 3.— Emma 2,25. 2 Dorfjöhren 1.— Vom diesen und blühnen Hühnerkäse Würd 1.— Zentralräthe Arbeiter durch Knoblich 50.— Stahlkammerfabrik Weller, Moabit 12,50. Von den Gesellen der Rauhschmiede-Werkstatt Westling u. Weichau, Charlottenburg 24,15. Parteidirekt Specht 1,45. Zigarrenfabrik Zieg, Charlottenburg 4.— Tischlerei Franz Behrens, Petersburgerstraße 17,75. Arbeiter der Eisenlegerei Grauert, Stralau 27,15. In Erinnerung an einen unerschrockenen Vertheidiger 20.— Goldschmiedefabrik Schmidtstraße 8a 30,55. Gesammelt von den Arbeitern der Firma Reichl u. Co., Weinmeisterstraße 14 7.— Rauchklub Dornroschen 5.— Studiarene Bodman u. Knauer 6,50. Jacobhoff, durch Mag. Kander 13,70. Personal der Firma Wehrhald Rudolf 3,15. Gemüthliches Gießereifabrik, d. S. T. 4.— Von den Stahlbrüdern aus der Brennstraße 7,60. Gef. C. Weichau, Hennrich 61, 21,45. Lese- u. Diskussionsklub „Süd-Ost“ 25.— Tischlereiwerkstatt Wien Riebling 12,25. Junges Göttingen 2.— Graupentzsch 1,50. L. Oberbergerstr. 48, 1.— Bräderklub Nord-West 1885 15.— Drei Köpfe von S. Ködel 1,50. Müller, Schönberg 1,35. Ein Kommissionsmitglied der Gewerkschaft 4.— Durch Bekleid, Blumenthalstr. 5, 15,40. Geburtsklub Wölfflerstraße 3,50. Pianofabrik Weber, Brückstr. 13a, 1. Rate 23,50. Ein Berliner Engländer-Bücher aus der Gr. Frankfurterstraße 5.— „Vorwärts“ Red. u. Buchh. 60.— P. W. 0,50. H. J. 2.— Gesammelt durch G. Kiegeles 8,50. Neuer Trübsalbrüder 0,50. Gesammelt im Maschinenbau von Rudolf u. Kühne 24,35. Von den Buchbindern Prinzenstraße 43, 4.— H. St. 1.— G. u. M. Jerusalem durch Ego 10.— Seheraal „Morgenpost“, 1. Rate 4,50. Marie und Emilie 2.— Gef. bei G. Köhler 2,50. Stoffklub Rat, Nitzdorf 6,25. Adolf — 50. Vom Kronoplatz 8,30. Gefang. „Freie Stunde“ und „Genesende“ 8,50. Gef. beim Bodiker in Stralau 6,50. Von Weidenweg 2,50. Photographie Ottenshof 11,90. Buchdruckerei R. 8,30. Buchdruckerei Deuter u. Nicolai 10.— Arbeiter der Lederwarenfabrik v. S. Knauer 7,05. Schuhfabrik von Sänger u. Stodwald Klöckerstr. 11,90. Ein Theil der Arbeiter von Wänter u. Co. 6.— Kurdecker u. Stickerinnen der Firma D. R. u. Co. 15,50. Studiarene S. S. 4.— Wer ist da noch sicher? 2.— Tischlerei von Handmann, Prinzenstr. 22, 4,50. 5 Stahlbrüder 5,50. „Wir protestieren“ 21,50. Stoffklub „Vech“ 10.— Stoffklub Klotzstr. 40 1,58. Bauhilfsverein Wegener, Deutsch-Altenhofstr. 7,85. Die verschollenen Droschkenschreiber des 177. Stadtbezirks 6.— Von den Schuhmachern Barntschers 22 2.— Louise Bombard, Zigarrengeschäft, Nebenmalerstraße 3.— Die Tischler Wrangelstr. 107 durch Barn 4,50. Theaterverein „Proletariat“ durch W. Gerand 10.— Von den organisierten Volkswirthschaftslehren aus der Kronenbrennerei Moabit 2,30. Julius R. Köhler, Pantlitzstr. 4, 10.— Personal des „Berliner Tageblatt“ 52.— Rote Brüder, Deutsche Wollen- und Wollwäscherei-Abteilung 38,30. Gef. beim Weidlich in der Bahnhofsstraße 10,50. Misch, mehrere Kollegen 1. Rate 3.— Auch in Hinterzimmer wird es helle 3.— Kabinen Oberpre 17,10. Ordnenen Begleit 1,90. Buch- und Stein-druckerei Karb u. Thomas durch E. 5,25. Kompositionen Spandau-Berlin 3.— Verein Nette durch J. 6.— Hausdiener bei Fränkel u. Nitz 9.— Arbeiter der Fabrik u. Fabrik, Nitzdorf 34,10. Bauhilfsverein v. Deul, Pfaffenstraße 7 in Schönberg 8,75. Monopol Fahrradwerke, Friedrichstraße 20.— Entlassene Genossen von Schwarzstein 2.— Pianofabrik Janowitz durch Schütz 7,10. Geburtsklubfeier Heilbrunn 44, 5,50. „Zwei Geister“, Kirchstr. 27, 3.— Waler vom Bau Petersburgerstr. 40 d. B. 2. 4,30. Bis zum 15. Februar in der Gp. d. Nordb. Volksblatt in Vent-Büchelmann-haven 120.— (Darunter von Harel (Oldenburg) 41.—) Die Graveure aus d. Kassenstr. 3. R. 3,45. Verein d. Mütterinnen Berlin 25.— Wälsch, Friedrichstraße 1.— Zentralverein der Bänder, Auisburg a. Rh. 25,35. Von den freunden Handwebern vom Kurhaus Hainburg durch Kalle 12,85. Hans Carlisle in Hofloch durch Dittmann 4.— D. R. P. 5.— „Unerschöpf.“ H. R. S. R. J. 3.— Freie Turner auf Knie 6. gef. 8,50. Stoffklub Grünpan 5.— Verein Unruhe Schwefel 3.— Goldschmiedefabrik, Weißmalderstr. 13 4.— Gelangereiten Heberling, Mühl. d. R. S. B. 10.— Bürgerklub, sozialistisch durchsucht 5.— Beerdigungsverein der Berliner Zimmerleute durch König 50.— Tischler von Kautz, Saal 2, 2,90; Saal 1 S. u. R. 0,70. Gesammelt auf einer Hochzeitsfeier in Moabit 2,30. „Friede“ 2.— Summa 1206,24 M. Vereits quittirt 5935,10 M. In Summa 6141,34 M.

Verfammlungen.

Die Dresdener Justizhändler und die reichstreuen Knüppel... den lautete das Thema, über welches Adolph Hoffmann am Mittwoch in einer Volksversammlung des vierten Wahlkreises sprach, die den Kellerischen Saal bis auf den letzten Platz füllte. In der Einleitung seines Vortrages führte der Redner aus, daß man angesichts mancher Vorgänge der letzten Zeit daran zweifeln müsse, daß die durch die Verfassung gewährte Gleichheit vor dem Gesetz in der Praxis zur Durchführung komme. Seit einiger Zeit könne man sehen, daß diese Strafen, sofern sie vermeintliche Gegner der heutigen Ordnung treffen, immer höher und höher geworden sind. Man glaube, durch recht harte Strafen abstrafend zu wirken. Die Geschworenengerichte, die uns als demokratische Einrichtung gepriesen werden, leiden heute unter dem Uebelstand, daß zu Geschworenen meist nur Angehörige der Bourgeoisie berufen werden, die bei der Verschiedenheit der Rechtsauffassung, welche in der Bourgeoisie einerseits und in der Arbeiterklasse andererseits herrscht, selbst bei der größten Gewissenhaftigkeit nicht im Stande sind, das Denken und Empfinden der Arbeiter zu verstehen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man das in Dresden gefällte Urteil gegen die Löttauer Bauarbeiter betrachten. Im Hinblick auf die Schwere der Strafe, eine Revision eines Schwurgerichtsurtheils durchzusetzen, haben die Dresdener Beurtheilten Recht gethan, wenn sie auf die Revision verzichteten. Im anderen Falle hätten sie zu der erkannten Strafe vielleicht noch ein Jahr Untersuchungshaft auf sich nehmen müssen.

Wenn wir sehen, wie paßte sich die bürgerliche Presse gegenüber dem Dresdener Urtheil verhält, so kann man zu der Ansicht kommen, daß der Bourgeoisie solche harten Urtheile angenehm sind, und sie meint, daß dadurch die von ihr ersehnte Kirchhofstraße eintritt. — Wenn wir auch die beurtheilten Bauarbeiter, deren Handlungsweise wir nicht beschönigen wollen, von einer gewissen Schuld nicht freisprechen können, so müssen wir doch fragen, wer die Mitschuldigen sind. Dahin gehören — abgesehen von dem, der durch Revolver-schüsse die angetrunkenen Arbeiter gereizt hat — diejenigen, die durch Uebelreden den Kampf in schwerem Kampfe erregende verurteilte Arbeiterzeit bedroht und dadurch an den Interessen ihrer Verurteilten sich schwer veründigt haben. Die große Masse der Indifferenten ist es, die auf allen Gebieten den Fortschritt hemmt. Der Redner vergleicht die Thaten der Kolonialhelden Leif, Weblan, Peters und deren milde Bestrafung sowie die Thaten in Blumberg, Spenge und Eisleben mit den Löttauer Vorgängen und führt als einer der Hauptbetheiligten am Eisleben Prozeß viele charakteristische Einzelheiten aus demselben an. — In Dresden ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden, weil, nach offiziöser Darstellung, die Erregung der Bevölkerung eine Störung der öffentlichen Ordnung befürchten ließ. In Eisleben war dagegen nach Ansicht des dortigen Bürgermeisters die Erregung so groß, daß er vom 31. Mai, dem Tage der That, bis zum 1. November keine Versammlung abhalten ließ, eben mit Rücksicht auf die Erregung. Trotzdem wurde in Eisleben öffentlich verhandelt, ohne daß die Ruhe gestört wurde. Die Verurteilung, daß die Jünger durch Leute im Zuhörerzimmer beeinflusst werden könnten, wird gleichfalls zur Begründung des Ausschlusses der Öffentlichkeit in Dresden angeführt. In Eisleben aber hatte man keine Sorge wegen etwaiger Jüngerbeeinflussung, obgleich im Verhandlungsraum in unmittelbarer Nähe des Jüngerzimmers zwei höhere Vergewaltner saßen, die jedes Wort, welches die als Belästigungen der reichstreuen Knüppelhelden vernommenen Vergewaltner ausgingen, sorgfältig notirten. Diese Jünger wählten sich denn auch meistens — es war ja schon eine längere Zeit nach der That verfloßen und ihrem Gedächtniß vielleicht manches entschwunden — nicht mehr der Vorgänge zu entsinnen. — Der Redner führt viele Einzelheiten an, aus denen hervorgeht, daß es sich in Eisleben um ein seit langer Zeit vorbereitetes Attentat gegen die Sozialdemokraten handelte, welches schließlich sogar von Polizeibeamten begünstigt wurde. Schon am 20. November 1890 wurden die be-

kannten Kaiserdelegirten Bunte und Siegel bei ihrer Anwesenheit in Eisleben von den reichstreuen Vergewaltner arg bedroht. Später wurde unter Genosse Franke, nachdem er in einer sozialdemokratischen Versammlung referirt hatte, auf dem Nachhausewege von zwei Reichstreuen schwer bedrängt und mißhandelt und zwar vor der Wohnung eines höheren Beamten, der den Vorgang von seinem Fenster aus mit ansah. Die beiden Krügelhelden kamen mit Gelbstrafen von 20 und 25 M. davon. Franke trug seit jenem Vorfall mit behördlicher Erlaubniß einen Revolver zu seinem Schutz bei sich. Von dieser Waffe machte er dann bei dem Arawall am 31. Mai 1891 Gebrauch und zwar in dem Augenblick, als von den Sozialdemokraten nur noch sechs in Saale anwesend waren, die von der wüthenden Menge in eine Ecke gedrängt wurden und zweifellos niedergeschlagen worden wären, wenn Franke nicht in jenem Augenblick höchster Noth geschossen hätte. Die durch die Schüsse erschreckte Menge zog sich einen Moment zurück und diesen Augenblick benutzten die Angegriffenen, um sich in die Straße zu flüchten, von wo sie aber später durch den Polizeifolgeanten Köhler den wüthenden Knüppelhelden überliefert wurden. Köhler ist noch längere Zeit nach diesem Vorfall im Amte geblieben, und nachdem er aus demselben geschieden, beim Mansfelder Bergwerk angestellt worden. — Wenn wir nun die Vorgänge in Löttau mit denen in Eisleben vergleichen, dann sehen wir, daß es sich hier um eine wohlüberlegte und lange vorbereitete That handelt, daß die That mit verhältnismäßig geringen Gefängnisstrafen belegt und vor Verhängung derselben begnadigt wurden; daß wir es in Löttau dagegen zu thun haben mit einer unbefonnenen Handlung betrunkenen Arbeiter, die Justizstrafen bis zu 10 Jahren erlitten. — Gegenüber solchen Zuständen, wie sie in dem Dresdener Urtheil zu Tage treten, ist mit bloßer Enttäuschung und Annahme von Resolutionsen nichts gethan. Zwar wollen wir unieren Gegnern nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern mit geistigen Waffen den Kampf für bessere Zustände führen. Das können wir aber nur, wenn die große Masse der Bevölkerung hinter uns steht. Diese für unsere Ideen zu gewinnen, sie aufzuklären, zu bilden und zu organisiren, muß unsere erste Aufgabe sein. Es sollte auch kein Arbeiter mehr jene Presse unterstützen, die unter dem Deckmantel angeblicher Unparteilichkeit die Geschäfte der Reaktion besorgt. Wenn wir in dieser Weise den Kampf führen, dann wird bald das letzte Stündlein unserer bevorrechteten Gegner geschlagen haben. — Kaufmännischer Beifall folgte den 1/3ständigen Ausführungen des Genossen Hoffmann. — Von einer Diskussion wurde abgesehen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

- 1. Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Vortragenden völlig einverstanden, sie spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß der Dresdener Urtheilspruch mit dem Rechtsbewußtsein der großen Masse des deutschen Volkes nicht in Einklang zu bringen ist, und ersucht darin zugleich einen Vorboten des nahenden Justizhaus-Gesetzes.
- 2. Die Versammlung fordert alle Arbeiterkreise auf, dafür Sorge zu tragen, daß ein Blatt wie der „Lokal-Anzeiger“, welches auch nach diesem Urtheil nichts Besseres zu thun wüßte, als jede Art Kritik zurückzuschweigen, aus ihren Reihen verschwindet. Ferner fordert die Versammlung die Vertrauensleute auf, wenn möglich, von Zeit zu Zeit diejenigen Geschäftsleute durch ein Verzeichniß zu veröffentlichen, welche in Zukunft noch im „Lokal-Anzeiger“ amnuziren.

Nachdem Hoffmann noch zu reger Theilnahme an den Sammlungen für die Angehörigen der Beurtheilten aufgefordert hatte, schloß der Vorsitzende Bengels die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Waler nahmen in einer Versammlung, die am Dienstag in den Arminkallen tagte, Stellung zum diesjährigen Bauarbeiter-Kongreß. Link betonte die Nothwendigkeit der Beschädigung derselben, da auch die Waler, ebenso wie die anderen Bauarbeiter, unter den materiellen und sanitären Missethänden im Baugewerbe zu leiden hätten. Die Waler könnten sich im Wesentlichen den Forderungen der Maurer und Zimmerer anschließen, außerdem müßten sie aber noch energisch die Verfechtung der gesundheitswidrigen Nothstände, sowie bessere Mästungen, Wasservorrichtungen und eine Viertelstunde vor den Pausen zum Reinigen verlangen. Das sich derartige Schutzbestimmungen durchzuführen lassen, beweise das Vorgehen mehrerer großer Städte in Süddeutschland, wo die Bauarbeiter nach langem Kampfe endlich ihre Absichten durchgesetzt hätten. Wie nothwendig Schutzbestimmungen, und zwar reichsgesetzlich festgelegte, seien, bezeuge das Galenier-Verdammungsurtheil, bei dem die polizeilichen Vorschriften durchaus nicht genügt haben. Nach einer längeren Debatte wurden Link und Ward zu Delegirten für Berlin gewählt, und zwar mit dem Auftrag, eventuell auch Mandate für die Städte der Provinz Brandenburg zu übernehmen, da sie am besten mit der Materie vertraut seien. Dann wurde noch die Erwartung ausgesprochen, daß der „Lokal-Anzeiger“ nicht mehr bei den Kollegen zu finden sein werde; der Indifferentismus müsse endlich im Hinblick auf den Dresdener Prozeß aus den Arbeiterfamilien verjagt werden.

Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter waren am 12. d. M. sehr zahlreich im „Englischen Garten“ versammelt, um zu dem Antrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Abänderung des § 316 des R.-Str.-G. Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Hoffmann die Versammelten auf die Agitation gegen den „Berliner Lokal-Anzeiger“ aufmerksam. Das Referat hatte Schumann übernommen, der in längerer oft von Beifallsbezeugungen unterbrochener Rede die Entwidlung des Transport- und Verkehrswezens schilderte. Alsdann zeigte Redner, wie unhaltbar und widersprüchlich die Anwendung des § 316 des Strafgesetzbuches in Bezug auf den Betrieb der elektrischen Bahn geworden ist. Nach dieser Bestimmung werde jeder, auch der geringste Zusammenstoß mit der elektrischen Bahn an dem Knäuel des anderen Gefährts mit Gefängniß bestraft. Redner weist zum Schluß auf den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hin, der diese Härten beseitigen will. Er hält aber in diesem Antrag das Strafmaß bis zu 500 Mark zu hoch. In der Diskussion sprachen Adler, Hoffmann und Dreher. Letzterer weist darauf hin, daß der Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter jedem Mitgliede, welches wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes angeklagt wird, unentgeltlich Rechtschutz gewährt. Darauf wurde eine Resolution angenommen, die sich mit dem Antrage der Fraktion einverstanden erklärt, jedoch die Höchststrafe auf 300 M. festgesetzt wissen will. Zum Einigungsongreß in Leipzig wurden Schumann, Köhler und Dertel gewählt. Dertel ersuchte, alle Uebelretungen der Sonntagstraße an das Bureau, Wilschstr. 13, zu melden. Schumann gab bekannt, daß in nächster Zeit sich die Transportarbeiter mit der Firma Jacob und Valentin beschäftigen müssen, da diese Firma ihren Angestellten verbiete, sich dem Verbands anzuschließen.

Die Holzarbeiter hielten am Mittwoch Abend im großen Saale der Brauerei Friedrichshagen eine öffentliche Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Loh. Stuttgart über die „Wertschätzung der menschlichen Arbeitskraft“ referirte. Redner betonte einleitend, daß von bürgerlicher Seite der Grundsatz aufgestellt werde, die Arbeit ist der Zweck des Lebens. Dem widerspricht Redner und zeigt an zahlreichen Beispielen, wie wenig die Arbeit heute Wächung und Wertschätzung findet. Niedere Löhne für lange mühselige Arbeit stehen überreichen Dividenden und Einkünften gegenüber, die mit viel weniger Gefahren für Leben und Gesundheit erworben werden, als die magere Entlohnung zahlreicher Arbeitsschichten. Mit einem trefflichen Hinweis auf die in letzter Zeit ergangenen Urtheile gegen die im Lohnkampf stehenden Arbeiter schließt Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Nachdem in der Diskussion Marxmann und Rob. Schmidt sich im Sinne des Referenten geäußert hatten, beschließt die Versammlung, den Vortrag der Kassenversammlung den Rednern in Krefeld

zu übermitteln, worauf der Vorsitzende ermahnt, die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen den „Lokal-Anzeiger“ zu unterstützen, sowie sich an den Sammlungen für die Beurtheilten Löttauer Bauarbeiter rege zu betheiligen.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter tagten am 15. Februar im Englischen Garten, um den Bericht des Vertrauensmannes entgegenzunehmen. In Einnahme im zweiten Geschäftshalbjahr hatte er zu verzeichnen 4378,40 M., darunter einen überkommenen Bestand von 2838,28 M. Ausgegeben wurden 291,95 M., sodas auf das nächste Jahr 4046,45 Mark übergehen. Zwei Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern waren zu erledigen. Da eine gänzlich unvorbereitete und ohne Vorbesprechung mit dem Vertrauensmann ausgebrochen war, mußte der Vertrauensmann vor solchen unüberlegten Vorgehen warnen. Darauf wurde Jaed, Oypelnerstr. 44, zum Vertrauensmann und Gewerkschaftsdelegirten wiedergewählt, und Hofmann, Wrangelstraße 106, zum Stellvertreter des Delegirten zur Gewerkschaftskommission ernannt. Jaed schlug dann vor, das schon im Bericht über die vorletzte Versammlung veröffentlichte Reglement über die Beiträge zum Streikfonds anzunehmen. Mit den Marken werde jetzt Anlauf getrieben, sodas keine Kontrolle möglich sei. Dem stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit zu. Das Reglement soll am 1. Juli in Kraft treten und vorher in einem Flugblatt veröffentlicht werden. Jaed wünscht, daß die Unfälle zeitig an die Stellen gemeldet werden, da am ersten April die Unfallstatistik herausgegeben werden soll. Zum Schluß entspann sich eine lebhafteste Debatte. Sempel empfahl die Theilnahme an einer von den Präsesbesitzern einzuberufenden Versammlung, in der die Arbeitgeber gemeinsam mit den Arbeitnehmern gegen die von einer Firma betriebene Preisdrückerei Front machen wollen. Wieland und Pantow sprachen sich dagegen aus, daß die Arbeiter den Unternehmern die Kassen aus den Fesseln holen. Es sei die Maßregelung derer zu befürchten, die in der Versammlung die Mißstände besprechen würden. Jaed, Sempel und Sauerzapf äußerten jedoch, daß die Preisdrückerei der Preise Vorwand zu Lohnreduzierungen geben werde, die schließlich zum Ausstand führen könnten. Es sei also ein Vorkrieg der Arbeiter, wenn die Preise gehalten werden könnten. Da die Arbeiter eingeladen seien, müßten sie auch hingehen.

Hilber. Die Maurer und Ruher hatten am 12. d. Mts. eine Versammlung abgehalten, in der Schulz in eingehender Weise den Augen der Gewerkschaft darlegte, sowie die Schäden des Affordsystems schilderte. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu dem Referat dadurch zu erkennen, daß sie einstimmig eine Resolution annahm, die sich im Sinne des Referats bewegte.

Hilber. In einer Versammlung der Bauarbeiter, die vom Gewerkschaftslokale einberufen war, sprach am 13. d. Mts. Reichstags-Abgeordneter Hoch in einem interessanten Vortrag über die Mißstände im Baugewerbe. Die Diskussion, an der sich mehrere Redner betheiligten, brachte zahlreiche Uebelstände zur Besprechung und verlangten alle Redner im Verein mit dem Referenten eine gesetzliche Regelung der Materie. In diesem Sinne gelangte eine Resolution zu Annahme.

Berichtigung. Der in der Nummer vom 15. Februar enthaltene Bericht aus Hilberf bezeugt irrtümlich die Versammlung als eine Sitzung des Gewerkschaftslokals. Die Versammlung war eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung.

Charlottenburg. Am 12. d. Mts. fand hier eine gut besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt. In derselben erstattete der bisherige Delegirte des Gewerkschaftslokals Bericht über die Thätigkeit im verfloßenen Geschäftsjahre, dem eine längere Debatte folgte, worauf Wilhelm Franke und Emil Arnold zu Delegirten in das Kartell gewählt wurden. Unter Verschiedenem kritisierte Buchmann die Verhältnisse in der Druckerei des Stadtraths Berg und zieht eine Parallele zwischen dem bekannten Inselfischer und Klammbrüder August Scherl und Herrn Berg. Die rechte Hand des Herrn Berg, der Faktor Hedder, ein eifriger Anhänger des Gutenbundes, versteht es, die Schriftfeder mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dem Bunde der Arbeitswilligen zuzuführen. Die Versammlung beschloß, eine Petition an die kommunalen Behörden zu richten, in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, bei Vergabung von Druckarbeiten nur tarifreue Druckereien zu berücksichtigen. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß am 11. März d. Js. ein Maskenball stattfindet, dessen Ueberflus für die Krefelder Weber bestimmt ist.

Berliner Kranen-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, Abends 7 Uhr, Johladend bei Rehwald, Alte Jakobstr. 64/65. — Neue Mitglieder werden jederzeit aufgenommen.

Humanitäre Gemeinde. Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Jägerstr. 10: Vortrag des Herrn Dr. Penzig über: „Berantwortlichkeit“.

Sozialdemokratischer Verein für Johannisdahl und Nieder-Schöneweide. Sonnabend den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Frau: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Penzig über: „Gesundheitslehre“.

Vermischtes.

Aus Hamburg wird über einen Schiffsunfall berichtet: Nach dem Bericht des Kapitäns Karlotta vom Dampfer „Vretoria“, der, wie bereits gemeldet, infolge eines Schadens an Steuer nach Plymouth zurückkehren mußte, ist an Bord Alles wohl. Unter den Passagieren ist kein Unfall vorgekommen. Das Schiff hat sich unter schwierigen Verhältnissen vorzüglich bewährt. Da die Reparatur des Schadens einige Zeit in Anspruch nehmen wird, werden die Passagiere mit der am Sonnabend, den 18. d. M., von hier abgehenden „Pennsylvania“ nach New-York weiter befördert werden.

Bei einem Brande im Johannisdahl zu Leipzig fand eine 80jährige Frau ihren Tod in den Flammen. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

Eisenbahn-Unglück. Londoner Blätter melden aus Montreal (Kanada), der von Portland kommende Expresszug der Grand-Trunk-Eisenbahn sei gestern Abend in der Nähe von Sherbrooke entgleist, wobei sieben Personen getödtet seien.

Aus New-York wird berichtet: In der Maschinenbauwerkstatt des Staats-Schiffbauhofes brach in der Nacht zum Donnerstag Feuer aus, durch welches das Gebäude zerstört wurde, in dem die Maschinenmodelle aufbewahrt wurden. Der Schaden wird auf über eine Million Dollars geschätzt. Unter den verbrannten Gegenständen befindet sich auch das Modell der „Maine“. Ueber die Entstehung des Feuers verläutet bisher nichts.

Ein Feuersbrunst in Reihourne vernichtete in dem Waarenlager von Dentz an der Ecke der Spencer Street und Flinders Lane eine Million Pfund Thee und große Mengen Wein und Spirituosen. Der Gesamtschaden ist noch nicht festgestellt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abkommensunterzeichnung beizufügen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht ertheilt.

Die juristische Zwecksunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten. H. B., Muddauerstraße. Leider nicht zu verwenden. H. B. 37. Mit der nächsten Nummer 327 Kilometer. G. G. Singer wurde 1888 aus Berlin ausgewiesen. Verein. Theilen Sie uns noch einmal mit, wann und wo die regelmäßigen Sitzungen stattfinden.

Briefkasten der Expedition.

Abonnent Darmstadt. Von den verlangten Nummern sind nur noch drei vorhanden. Die anderen sind vergriffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, 17. Februar.  
Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Die Beche. Unter blauen Seiten. Ein Ehrenhaufen. Stiebs-träume. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Die kleinen Mischu's. Hierauf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Residenz. Der Schiffsbau - Kon-treffer. Vorher: Zum Einsteher. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Der Dornenweg. Anfang 8 Uhr.  
Knecht. Der Sohn der Frau. An-fang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. Die kleinen Mischu's. Hierauf: Die Engeldjäger. An-fang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Der Dornenweg. Anfang 8 Uhr.  
Seiten. Der und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Die Suppe. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Schildebold's Engel. An-fang 7 1/2 Uhr.  
Palais. Au heil! Monsieur Perfaled! Das Fest der Handwerker. An-fang 8 Uhr.  
Volkshaus. Der Pariser Taugen-nicht. Anfang 8 Uhr.  
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshildes. Der Trompeter von Säckingen. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Eine schwache Stunde. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Band der Fjorde. Operntexten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Feen-Palast. Spezialitäten - Vor-stellung.  
Passage - Panoptikum. Spezial-itäten-Vorstellung.

**Central-Theater**  
Direktion: José Ferenczy.  
**Die Puppe (La Poupée)**  
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ardoineau und Stange. Musik von Ed. Kubran.  
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).  
Sonntag Nachmittags zu halben Preisen: Die Fledermaus. - Horbe Wolbe aus Hamburg a. West.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
Grosse Extra-Theater-Vorstellung  
**Unsere Jungen**  
oder:  
Da kennen Sie Schifemann schlecht  
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von G. Bischof.  
Nach der  
Vorstellung: **Langfranzöser.**

**Alcazar-Theater**  
Dresdenstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Neu! Neu!  
**Markthalle VII**  
oder:  
**Ein Kostümfest.**  
Bühnenstück von D. Viktor-Rieder.  
Neu! Großer Erfolg! Neu!  
**Carl Jürgensen,**  
der beste Mimiker der Zeit.  
Bismarck vom Jungling bis zum Greise.  
Neu! Vorher: Neu!  
**Ich werde den Major einladen.**  
Schauspiel von Rabiche.  
Anfang: Wochenl. 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf. Sordjungsabilet haben Giltigkeit.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Feen-Palast-Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Abendstück um 8 1/2 Uhr  
Kostümler Besalls-Fest aber die urkomische Gefangensposse:  
**Berliner Konfektionseusen.**  
August Altheberg und Kasar:  
Direktor Wilhelm Fröbel.  
Im Spezialitätenfest:  
Nach nie dagewesener Erfolg!  
Felicitas-Truppe.  
See Ba, The Alfrados, Roberty-Trio, Osadaxan, Teo Photti, Helene Voss, Marietta, Gustav Schmidt, Adele Zeth.  
Lebende Photographien.  
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Billet-Vorv. Sonn. v. 11-1 Uhr.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
Alt-Moabit 80-81.  
Jeden Sonntag:  
**Ball.**  
Anfang 4 Uhr.  
Jeden Mittwoch:  
**Hippel's Stettiner Gesellschaft.**  
Anfang 8 Uhr.  
Passo-partouts haben Giltigkeit.  
C. Peters.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sente Freitag: Zum 51. Male:  
**Die kleinen Mischu's.**  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
**Die Engeldjäger.**  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:  
**Vierter Metropol-Theater-Maskenball.**  
(Letzter).  
Sonntag: Die kleinen Mischu's und Die Engeldjäger.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sente Freitag: Zum 51. Male:  
**Die kleinen Mischu's.**  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
**Die Engeldjäger.**  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:  
**Vierter Metropol-Theater-Maskenball.**  
(Letzter).  
Sonntag: Die kleinen Mischu's und Die Engeldjäger.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sente Freitag: Zum 51. Male:  
**Die kleinen Mischu's.**  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
**Die Engeldjäger.**  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:  
**Vierter Metropol-Theater-Maskenball.**  
(Letzter).  
Sonntag: Die kleinen Mischu's und Die Engeldjäger.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sente Freitag: Zum 51. Male:  
**Die kleinen Mischu's.**  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
**Die Engeldjäger.**  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:  
**Vierter Metropol-Theater-Maskenball.**  
(Letzter).  
Sonntag: Die kleinen Mischu's und Die Engeldjäger.

**Urania**  
Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Im Hörsaal:  
**Dr. Schwahn: Die Urzeiten der Erde. (Erdgeschichte I.)**  
Invalldenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

**Passage - Panoptikum.**  
Vorlechte Woche:  
**40 Krieger des Mahdi.**  
Im Theateraal von 6 Uhr ab:  
**Théâtre variéte.**

**Castan's Panoptikum.**  
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.  
**„Santa Lucia“.**  
Die berühmten „lebenden Bilder“.  
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

**Central-Theater**  
Direktion: José Ferenczy.  
**Die Puppe (La Poupée)**  
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ardoineau und Stange. Musik von Ed. Kubran.  
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).  
Sonntag Nachmittags zu halben Preisen: Die Fledermaus. - Horbe Wolbe aus Hamburg a. West.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
Grosse Extra-Theater-Vorstellung  
**Unsere Jungen**  
oder:  
Da kennen Sie Schifemann schlecht  
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von G. Bischof.  
Nach der  
Vorstellung: **Langfranzöser.**

**Alcazar-Theater**  
Dresdenstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Neu! Neu!  
**Markthalle VII**  
oder:  
**Ein Kostümfest.**  
Bühnenstück von D. Viktor-Rieder.  
Neu! Großer Erfolg! Neu!  
**Carl Jürgensen,**  
der beste Mimiker der Zeit.  
Bismarck vom Jungling bis zum Greise.  
Neu! Vorher: Neu!  
**Ich werde den Major einladen.**  
Schauspiel von Rabiche.  
Anfang: Wochenl. 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf. Sordjungsabilet haben Giltigkeit.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Feen-Palast-Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Abendstück um 8 1/2 Uhr  
Kostümler Besalls-Fest aber die urkomische Gefangensposse:  
**Berliner Konfektionseusen.**  
August Altheberg und Kasar:  
Direktor Wilhelm Fröbel.  
Im Spezialitätenfest:  
Nach nie dagewesener Erfolg!  
Felicitas-Truppe.  
See Ba, The Alfrados, Roberty-Trio, Osadaxan, Teo Photti, Helene Voss, Marietta, Gustav Schmidt, Adele Zeth.  
Lebende Photographien.  
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Billet-Vorv. Sonn. v. 11-1 Uhr.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
Alt-Moabit 80-81.  
Jeden Sonntag:  
**Ball.**  
Anfang 4 Uhr.  
Jeden Mittwoch:  
**Hippel's Stettiner Gesellschaft.**  
Anfang 8 Uhr.  
Passo-partouts haben Giltigkeit.  
C. Peters.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sente Freitag: Zum 51. Male:  
**Die kleinen Mischu's.**  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
**Die Engeldjäger.**  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:  
**Vierter Metropol-Theater-Maskenball.**  
(Letzter).  
Sonntag: Die kleinen Mischu's und Die Engeldjäger.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Sente Freitag: Zum 51. Male:  
**Die kleinen Mischu's.**  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
**Die Engeldjäger.**  
Tanzspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bauer.  
Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:  
**Vierter Metropol-Theater-Maskenball.**  
(Letzter).  
Sonntag: Die kleinen Mischu's und Die Engeldjäger.

**Seefische**  
**Riesige Fänge** unserer Dampfer ermöglichen uns  
**Cabliau per Pfd. 16 Pf., im Ausschnitt ca. 20 Pf., Schellfische per Pfd. 18-25 Pf.**  
während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.  
Andere Fischsorten - auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle etc. - ebenfalls billig.  
**Deutsche Dampffischerei - Gesellschaft „Nordsee“.** (958L)

**Haupt-Filliale:**  
Berlin C, 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.  
**No. III. Berlin NW.,**  
Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnhofen 889 (Zentrallagerei).  
**No. IV.**  
Im Schlessischen Bahnhof, Madaistr. 22.  
**No. V. Berlin N. (Wedding),**  
Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorfer Strasse.  
**No. VI. Prinzenstr. 30,**  
zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

**Gebrauntes Kaffee billiger!**  
100 Wiener Melange 120.  
**J.F. Rauch**  
Cacao billiger, Pfd. 135  
Reiner Hafer-Cacao Pfd. 120

**Kaffeelagerieen**  
**J.F. Rauch**  
1. Brunnenstrasse 174  
2. Badstrasse 28  
3. Wilsnackerstrasse 24  
4. Weissenburgerstrasse 9.  
Cacao billiger, Pfd. 135  
Reiner Hafer-Cacao Pfd. 120

**Quarg's Spezialitäten - Theater**  
Im Grand Hotel Alexanderplatz.  
Täglich:  
Hervorragende Kunstkräfte!  
**Horley-Trio**  
Frieda Schwarz, Louis Höhn, Duo Iamenco, Lozère,  
**Willy Walde,**  
Lucie Waldmann, Prager.  
Der Mann mit der Maske.  
Neue Bilderreihe des Micrograph etc.  
Anfang 8 Uhr. - Sonntags 7 Uhr.

**Mähr's Theater**  
Dranienstr. 24.  
Täglich:  
**Berliner im Hochland.**  
Voll mit Gesang in 2 Akten. Und das gesamte Personal. Sonntags 6 Uhr.  
Sond. haben Wochentags Giltigkeit. Freitag, 17. d. M.: Familienabend. Die Fieder des Musikanten.  
**Circus Renz-Riesen-Tunnel.**  
Direktion: J. M. Hatt.  
Täglich: **Grosses Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung** mit reich wechselndem Programm.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
Grosse Extra-Theater-Vorstellung  
**Unsere Jungen**  
oder:  
Da kennen Sie Schifemann schlecht  
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von G. Bischof.  
Nach der  
Vorstellung: **Langfranzöser.**

**Charlottenburg!**  
Grosses Lager! (517L)  
Reparaturen gut und billig.  
Uhrmacher **F. Kunstmann, Wallstrasse 1.**

**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett-Humoristen**  
Sente Freitag:  
Ein Dienstmäddchen von heute  
Morgen Sonnabend:  
Geschlossen.  
In Vorbereitung:  
**Ein Theater-Kandal.**  
Sonntag: Heinrich Heine.  
Guten Morgen Herr Fischer.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Pietro, Veitton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Sente:  
**Neues Elite-Programm.**  
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonlogge Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk. Tageshalle von 11-1 Uhr.  
Morgen, Sonnabend:  
**Frauen - Emanzipation.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Grfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität, 7 M.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " Befest. u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" **Agrafenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Stoffen und Breiten.  
**Arbeitschuhe**, reell, fest, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
**Schafstiefel, Reistiefel.**  
**Damen-Zugstiefel** 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 M. an.  
" **Schnürschuhe** . . . . . von 3,50 M. an.  
" **Hauschuhe** . . . . . von 3,00 M. an.  
**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe**, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Formen von 2,50 M. an.  
Grösste Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (6408)